

# Sand im Getriebe 131

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## Soziale, Klima- und Steuer- gerechtigkeit

<p><b>Venezuela</b> John Pilger, Noam Chomsky, Phyllis Bennis u. v. m.: Kein Krieg der USA gegen Venezuela! Dr. med. Klaus-U. Piel: Venezuela: Internationale Blockade beenden! Harald Neuber: Juristen stellen Anerkennung von Venezuelas Gegenpräsidenten in Frage Kommuniqué der Nationalen Bolivarischen Streitkräfte</p>	3	<p><b>Bewegung der Gelbwesten in Frankreich</b> Attac Deutschland – Projektgruppe Europa: Solidarität mit der Rebellion der Gilets Jaunes gegen den Neoliberalismus Aufruf der ersten Versammlung der Versammlungen der Gelbwesten (26. / 27. Januar 2019) François Ruffin: Schlaft nicht wieder ein! Für soziale, Klima- und Steuergerechtigkeit Alter Summit: Erklärung zur Unterstützung der Bewegungen der Gelbwesten Polizeiliche Repression: – Attac-Aktivistin bei Polizeieinsatz in Nizza schwerverletzt – Wir erklären uns zu „Komplizen“ der Gelbwesten! Perspektiven der Gelbwesten-Bewegung</p>	21
<p><b>Friedensbewegungen</b> Kooperation für den Frieden: Appell zur Europawahl Petition: Rüstungsgeheimpapier zum Aachener Vertrag veröffentlichen! ISW München: Europas teuerstes Waffenprogramm aller Zeiten Rüstungsexporte stoppen! BAK Gerechter Frieden in Nahost (Die Linke): Erklärung zur Verleihung des Göttinger Friedenspreises an die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“</p>	6	<p><b>Großbritannien</b> The People’s Vote: Eine Million Menschen demonstrieren in London, 24. März 2019 D. G. Guerrero: Die britische Einwanderungsregel- ung nach dem Brexit wird den Unternehmen helfen, Wanderarbeitnehmer auszubeuten Offener Brief zur Handelspolitik nach dem Brexit Global Justice Now: „Beklagenswerter Mangel an Demokratie“ bei Handelsverhandlungen mit den USA</p>	30
<p><b>Frauenstreiks am 8. März 2019</b></p>	10	<p><b>Gegen die Macht der Konzerne</b> Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen! Attac Österreich: Resolution <i>für</i> TTIP 2.0 im EU-Parlament gescheitert / Abkommen EU-Singapur: EU-Parlament stimmt für Ausweitung von Konzernprivilegien</p>	33
<p><b>Soziale und Klimagerechtigkeit</b> Demonstrationen weltweit am 15. März 2019 23.000 Wissenschaftler/-innen: Die Anliegen der demonstrierenden jungen Menschen sind berechtigt Vielfältige Klimabewegungen Attac Frankreich: Eine Mobilisierung von historischer Dimension für soziale und Klimagerechtigkeit Aufrufe in Frankreich zum 15. und 16. März 2019 (Bündnis von 140 Organisationen; Gewerkschaft CGT)</p>	11	<p><b>Bolkesteins Hammer schlägt wieder zu</b> Wie die EU die Daseinsvorsorge demontiert</p>	35
<p><b>Attac Frankreich</b> Französischer Staatshaushalt 2019: Der Präsident der Reichen bleibt bei seinem Kurs! Unsere Vorschläge zur Steuergerechtigkeit und zur Einleitung des ökologischen Übergangs Diese unendliche Krise – hier ist der Ausgang</p>	16	<p><b>Attac Österreich</b> <b>Fragen und Antworten zur EU</b></p>	39
		<p><b>¡No pasarán!</b> <b>Konferenz gegen Rechtsextremismus</b> Bücher zu Europa</p>	40

Statt eines Vorworts diesmal ein Plakat:



**„Die einzige erfolgreiche Strategie:**

**3 Westen, 3 Kämpfe: gegen die Marktfanatiker, gegen ihre politischen Freunde  
und gegen die sozialen und ökologischen Folgen“**

(Die Westen sind von links nach rechts gelb, grün und rot.)

**[SiG-Werkstatt 131: Ergänzungen zu dem Heft 131; ab Mai einzelne Artikel, die evtl. in SiG 132 veröffentlicht werden](#)**



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

**Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! [www.coorditrad.attac.org](http://www.coorditrad.attac.org)**

**Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:**

**Eintragung online** (rechte Spalte!): <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

**Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch [hier](#) zur Verfügung.**

**Gedruckte Exemplare** von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €). **Bestellung in Deutschland** per Mail an [sig-abo@gmx.de](mailto:sig-abo@gmx.de).

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 5 €, 3 Hefte: 7 €, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft

**Bis zur Nr. 120: pro Heft 1 € + Porto: portofrei ab 5 Heften**

**Abonnement: 17 € für 6 Ausgaben.**

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland). An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben.

Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

# John Pilger, Noam Chomsky, Phyllis Bennis u. v. m. Kein Krieg der USA gegen Venezuela!

John Pilger, Noam Chomsky, Phyllis Bennis, Boots Riley, Vijay Prashad und viele weitere Stimmen der kritischen Öffentlichkeit haben sich zusammengeschlossen, um in einer gemeinsamen Erklärung den US-Interventionismus in Venezuela anzuprangern und sich für eine friedliche auf Dialog gründende Lösung der Krise im Land einzusetzen.

24. Januar 2019

Die Regierung der Vereinigten Staaten muss aufhören, mit der Absicht, die Regierung Venezuelas stürzen zu wollen, in die Innenpolitik des Landes einzugreifen. Die Maßnahmen der Trump-Regierung und ihrer Verbündeten in der Hemisphäre werden die Situation in Venezuela mit Sicherheit nur verschlimmern und zu unnötigem menschlichem Leid, Gewalt und Instabilität führen.

Die Polarisierung in Venezuelas Politik ist nichts Neues – schon lange ist das Land entlang ethnischer und sozioökonomischer Bruchlinien tief gespalten. Doch die Polarisierung hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Dies ist zum Teil auf die Unterstützung der USA für eine Oppositionsstrategie zurückzuführen, die einzig darauf abzielt, die Regierung von Nicolás Maduro fernab der Wahlurne zu beseitigen. Während die Opposition bezüglich dieser Strategie gespalten war, unterstützten die USA hartgesinnte oppositionelle Fraktionen bei ihrem Ziel, die Maduro-Regierung durch oft gewalttätige Proteste, einen Militärputsch oder andere undemokratische Wege zu Fall zu bringen. Unter der Trump-Regierung erreichte die aggressive Rhetorik gegen die venezolanische Regierung ein extremes und bedrohliches Ausmaß: Vertreter der Trump-Administration sprachen von „[Militäreinsätzen](#)“ und verurteilten Venezuela zusammen mit Kuba und Nicaragua als Teil einer „[Troika der Tyrannei](#)“.

Probleme, die sich aus der Politik der venezolanischen Regierung ergaben, wurden durch US-amerikanische Wirtschaftssanktionen [verschärft](#), die unter den Rahmenbedingungen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Vereinten Nationen [illegal](#) waren – ebenso unter US-amerikanischem Recht und anderen internationalen Verträgen und Übereinkommen. Diese Sanktionen schnitten die Mittel ab, mit denen die venezolanische Regierung ihrer wirtschaftlichen Rezession hätte entkommen können, während sie weiterhin einen [dramatischen Rückgang der Ölproduktion](#) zur Folge hatten und die Wirtschaftskrise weiter verschlimmert. Viele Menschen starben, weil sie keinen Zugang zu lebensrettenden Medikamenten haben. Unterdessen beschuldigen die USA und andere Regierungen – einzig und allein –

die venezolanische Regierung für den wirtschaftlichen Schaden, selbst für jenen, der durch die US-Sanktionen verursacht wurde.

Jetzt haben die USA und ihre Verbündeten, darunter der Generalsekretär der OAS, Luis Almagro, und [Brasilien](#) [rechtsextremer Präsident Jair Bolsonaro](#) Venezuela an den Abgrund gedrängt. Durch die Anerkennung des Präsidenten der Nationalversammlung Juan Guaido als Venezuelas neuen Präsidenten – [ebenfalls illegal unter der OAS-Charta](#) – hat die Trump-Regierung die politische Krise Venezuelas eskaliert, in der Hoffnung, das venezolanische Militär zu spalten und die Bevölkerung weiter zu polarisieren und so zu zwingen, sich für eine Seite zu entscheiden. Das offensichtliche und [gelegentlich artikulierte](#) Ziel ist es, Maduro durch einen Staatsstreich aus dem Amt zu jagen.

Die Realität ist, dass Venezuela trotz Hyperinflation, Engpässen und einer einschneidenden Depression ein politisch polarisiertes Land bleibt. Die USA und ihre Verbündeten müssen aufhören, die Gewalt zu befördern, indem sie auf einen per Gewalt erzwungenen, unrechtmäßigen Regime Change drängen. Wenn die Trump-Regierung und ihre Verbündeten in Venezuela ihren rücksichtslosen Kurs fortsetzen, wird das wahrscheinlichste Ergebnis Blutvergießen, Chaos und Instabilität sein. Die USA hätten aus ihren Regime-Change-Eskapaden im Irak, Syrien, Libyen sowie ihrer langen, gewalttätigen Geschichte der Regime Changes in Lateinamerika etwas lernen sollen.

Keine Seite in Venezuela kann die andere einfach besiegen. Das Militär hat beispielsweise mindestens 235.000 aktive Mitglieder und mindestens 1,6 Millionen Milizionäre. Viele dieser Menschen werden nicht nur auf der Grundlage eines in Lateinamerika weit verbreiteten Glaubens an die nationale Souveränität kämpfen – angesichts einer zunehmend als von den USA angeführt wahrgenommenen Intervention –, sondern auch, um sich vor einer möglichen Repression zu schützen, sollte die Opposition die Regierung mit Gewalt stürzen.

In solchen Situationen ist die einzige Lösung eine auf Verhandlungen gründende Einigung – wie es in lateinamerikani-

schen Ländern in der Vergangenheit der Fall war, als politisch polarisierte Gesellschaften ihre Differenzen nicht durch Wahlen lösen konnten. Es gab derartige Anstrengungen, wie zum Beispiel die [vom Vatikan im Herbst 2016 geführten](#), die großes Potenzial hatten. Doch erhielten sie keine Unterstützung von Washington und seinen Verbündeten, die stets dem Regime Change anhängen. Diese Strategie muss sich ändern, soll es eine praktikable Lösung für die anhaltende Krise in Venezuela geben.

Im Interesse des venezolanischen Volkes, der Region und des Prinzips der nationalen Souveränität sollten diese internationalen Akteure stattdessen Verhandlungen zwischen der venezolanischen Regierung und ihren Gegnern unterstützen, die es dem Land ermöglichen, endlich aus seiner politischen und wirtschaftlichen Krise herauszutreten.

## Unterzeichnende des offenen Briefs:

Noam Chomsky, Professor Emeritus, MIT and Laureate Professor, University of Arizona  
Laura Carlsen, Director, Americas Program, Center for International Policy

John Pilger, Journalist & Film-Maker  
Phyllis Bennis, Program Director, New Internationalism, Institute for Policy Studies  
Boots Riley, Writer/Director of *Sorry to Bother You*, Musician

Vijay Prashad, Editor, *The TriContinental*  
Greg Grandin, Professor of History, New York University

Miguel Tinker Salas, Professor of Latin American History and Chicano/a Latino/a Studies at Pomona College

Sujatha Fernandes, Professor of Political Economy and Sociology, University of Sydney  
Mark Weisbrot, Co-Director, Center for Economic and Policy Research

Dr. Tim Anderson, Director, Centre for Counter Hegemonic Studies

Elisabeth Armstrong, Professor of the Study of Women and Gender, Smith College

Medea Benjamin, Cofounder, CODEPINK  
James Cohen, University of Paris 3

Sorbonne Nouvelle  
Jorge Mancini, Vice President, Foundation for Latin American Integration (FILA)

Christian Parenti, Department of Economics, John Jay College CUNY

Nicole Phillips, Law Professor  
Emir Sader, Professor of Sociology, University of the State of Rio de Janeiro

u. v. m.

(von Jakob Reimann für [JusticeNow!](#) übersetzt) Quelle: [commondreams](#)

## Zum Verständnis der aktuellen Situation:

### Artikel in „Sand im Getriebe“:

**Maurice Lemoine: Ära der leisen Staatsstreiche in Lateinamerika in SiG 113**

**2018: Wahlen und US-Sanktionen in SiG 128;**  
[SiG-Werkstatt](#) Anfang 2018: Mehrere Artikel (Opposition bricht Dialog ab / US-Politik)

**2017: Sieben Schlüsselfaktoren zum Verständnis der aktuellen Krise in SiG 124**, S. 26-29 (und S.29 weitere Artikelhinweise)

**2016: Schwierige Zeiten in Lateinamerika - daraus lernen in SiG 121**

[SiG-Archiv](#) : Nr. 114, 113, 105, 101, 98, 95, 64, 50, 14

## web-Seiten

<https://amerika21.de/dossier/venezuela-krise>

In Lateinamerika wächst die Kritik an Guaidó, Westen hält zu ihm, [amerika21](#)

Trumps Führungsanspruch in Lateinamerika, [amerika21](#)

"Weder Übergabe noch Zurückweichen noch Verhandlung" - [Aufruf](#) zahlreicher Basisorganisationen Venezuelas

<https://www.npla.de/country/venezuela/>

Rede des ehemaligen Präsidenten der Republik Uruguay José „Pepe“ Mujica: USA können nicht akzeptieren, dass China über das venezolanische Öl bestimmt, [www.npla.de](#)

*In der englischen Ausgabe von Le Monde Diplomatique (Dez.2018): [Venezuela's crazy economics](#) (Französisch: [Sortir de l'impasse](#)), bisher leider keine deutsche Übersetzung.*

## **Dr. med. Klaus-U. Piel Venezuela: Internationale Blockade beenden!**

*Im staatlichen Gesundheitssystem Venezuelas mangelt es durch Wirtschaftskrise und Blockade an Medikamenten*

Liebe KollegInnen vom Marburger Bund, (...) Wie Sie vielleicht wissen, ist es Venezuela durch eine rigide Blockade kaum noch möglich, ausreichende Mengen an Medikamenten und Nahrungsmitteln auf dem Weltmarkt zu kaufen. Erst neulich blockierte die spanische Regierung eine Lieferung von rund 200.000 Medikamenten, die für Venezuela bestimmt waren, ohne nähere Begründung. Das berichten Medien des südamerikanischen Landes. Demnach stoppte die spanische Fluggesellschaft Iberia die aus Qatar stammende Ladung – unter anderem Insulin und Mittel gegen Bluthochdruck – auf Druck der Regierung in Madrid.

Wie das Portal Misión Verdad berichtet, ist dies nicht das erste Mal, dass die Lieferung lebenswichtiger Medikamente nach Venezuela durch ausländische Regierungen gestoppt wird. So verhinderte Kolumbien im November 2017 den Export von Malaria-Medikamenten aus Indien nach Venezuela und begründete das mit der von den USA verhängten Finanzblockade. Im gleichen Monat hatte die Citibank venezolanische Finanzmittel eingefroren, die zur Bezahlung von Insulin-Importen vorgesehen waren. Die Schiffe mit der entsprechenden Ladung wurden in ausländischen Häfen festgehalten. Von Seiten der Fluggesellschaft Iberia oder der spanischen Regierung wurde die Blockade der Lieferung von Medikamenten nach Venezuela bislang weder bestätigt noch dementiert. Andere Lieferungen kommen an. Wie am Donnerstag gemeldet wurde, erreichte ein Schiff mit 933 Tonnen Medikamenten und medizini-

scher Ausrüstung aus China, Kuba und von der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (OPS) den Hafen von La Guaira unweit der Hauptstadt Caracas. Der Frachter transportierte 64 Container mit mehr als 18 Millionen Medikamenten, unter anderem Impfstoffe, Antibiotika und Spezialnahrung für Schwangere. Zudem erreichten das südamerikanische Land 22.575 Ersatzteile für medizinische Geräte und viele weitere dringend benötigte Waren.

Desweiteren werden Finanztransaktionen und der normale Zahlungsverkehr durch die US-Blockade fast unmöglich gemacht, Venezuela kann seine bestellten Waren, sei es Medikamente, Nahrungsmittel oder Anderes nicht mehr bezahlen. Die Bank von England weigert (1) sich mit fadenscheinigen Gründen venezolanisches Gold im Werte von 550 Millionen Dollar zu repatriieren.

Die Taz berichtete am 29.1.2019: *"Die US-Regierung verschärft den wirtschaftlichen Druck auf Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro. Erstmals verhängte sie Sanktionen auf die Ölgeschäfte, die zwischen Venezuela und den USA abgewickelt werden. 'Wir erwarten, dass mit den Maßnahmen sieben Milliarden Dollar an Vermögen und mehr als elf Milliarden Dollar an Exporterlösen in den kommenden zwölf Monaten blockiert werden', sagte US-Sicherheitsberater John Bolton."*

Im Wesentlichen scheint es mir so zu sein wie bei der Belagerung einer mittelalterlichen Burg. Man bewirkt Mangel, Elend, Krankheit und Tod, damit es zu einer

Aufgabe oder zu einer Revolte kommt. Man boykottiert die Lieferung von Medikamenten und Lebensmitteln, um sagen zu können, Maduro mit seinen sozialen Programmen könne als Sozialist nicht wirtschaften. Man schafft Elend, um "humanitär" eingreifen zu können, da der Staat ja handlungsunfähig sei und eine humanitäre Katastrophe drohe. Schlimmer geht's nimmer.

Also, wenn man schon aus humanitären Gründen Forderungen stellt, dann die, dass die internationale Blockade beendet wird, um den venezolanischen Staat wieder handlungsfähig zu machen. Das ist viel wirksamer als das, was die westlichen Staaten, letztlich als trojanisches Pferd, in viel kleinerem Umfang anbieten. Viele Analysten sagen, dass diese humanitäre Karte nur gezogen wurde, um einen Grund für eine sogenannte humanitäre Intervention zu bekommen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an den früheren US-Präsidentenberater Zbigniew Kazimierz Brzezinski und seine Weltpolitik als großes Schachspiel.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

Dr. med. Klaus-U. Piel  
Facharzt für Innere Medizin  
(1)<https://amerika21.de/2018/11/217974/gross-britannien-venezuela-gold>

<https://amerika21.de/dokument/222763/venezuela-marburger-bund>

**Interview mit Dario Azzellini:  
„Es ist falsch,  
von Hilfslieferungen zu reden“**

## Juristen stellen Anerkennung von Venezuelas Gegenpräsidenten in Frage

In einem [Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages](#) heißt es:

„Die Anerkennung des Oppositionspolitikers Guaidó als venezolanischen Interimspräsidenten stellt in gewisser Weise eine Abkehr von der bisherigen Anerkennungspraxis der Bundesrepublik Deutschland dar. [...]

Die Anerkennung des Interimspräsidenten Guaidó durch die Bundesrepublik Deutschland am 4. Februar 2019 stützt sich u.a. auch auf Art. 233 der venezolanischen Verfassung. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass Präsident Madu-

ro aus deutscher Sicht über keine verfassungsrechtliche Legitimation (mehr) verfügt. Mit dem Verweis auf Art. 233 der venezolanischen Verfassung positioniert sich Deutschland gleichzeitig in einer strittigen Frage des venezolanischen Verfassungsrechts. Dies erscheint unter dem Gesichtspunkt des Grundsatzes der

„Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates“ völkerrechtlich ebenso fragwürdig wie die (vorzeitige) Anerkennung eines Oppositionspolitikers als Interimspräsidenten, der sich im Machtgefüge eines Staates noch nicht effektiv durchgesetzt hat.“ [heise.de](#)

### Pfeil auf Grundgesetz und Völkerrecht

Die Tagesschau dient der Regierung als Sprachrohr beim rechtswidrigen Umgang mit Venezuela

Von [Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam](#), [publikumkonferenz](#)  
<http://www.derblindefleck.de/2019-top-3/>

### Zur Ausweisung des deutschen Botschafters, Daniel Kriener

Kommuniqué des venezolanischen Außenministeriums und Replik von Bundesaußenminister Heiko Maas vom 6. März 2019: [amerika21](#)

## Venezuela: Offizielles Kommuniqué der Nationalen Bolivarischen Streitkräfte

*Amerika21 dokumentiert die von Venezuelas Verteidigungsminister Vladimir Padrino López unterzeichnete Antwort des Generalstabes der Bolivarischen Streitkräfte auf die Drohungen von US-Präsident Donald Trump*

24. Februar 2019

Der Putschversuch gegen die rechtmäßig konstituierte venezolanische Regierung, der seit einiger Zeit geschmiedet worden ist und zu Beginn dieses Jahres an Wucht zugenommen hat, hat die Nationalen Bolivarischen Streitkräfte (FANB) in den Mittelpunkt der Debatte gestellt, was eindeutig nicht angebracht ist, da die politischen Differenzen innerhalb Venezuelas durch die in der nationalen Verfassung festgelegten Mechanismen und keinesfalls mit Gewalt zu lösen sind.

In diesem Zusammenhang konnten wir gestern einen Akt extremer Arroganz und schrecklicher Torheit seitens des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, beobachten, der sich auf unser Land bezog. Der Ton und der Inhalt seiner Aussagen lassen die sehr gefährliche Haltung desjenigen mit bloßem Auge erkennen, der leider das Schicksal einer Militärmacht lenkt, die in ihrer unbändigen imperialen Gier einen interventionistischen Plan gegen die Nation orchestriert.

In diesem Sinne ist es unerlässlich, vor der Welt zu bekräftigen, dass wir vor einer Eskalation stehen, die auf die Methode der hybriden Kriegsführung zurückgegriffen hat, um die Wirtschaft durch eine Wirtschafts- und Finanzblockade zu ersticken, mit der Unregierbarkeit, Chaos und Anarchie erzeugt werden sollen. Wir wissen sehr gut, dass ihr eigentlicher Zweck darin besteht, die nationalen Reichtümer

in Besitz zu nehmen.

Es ist außergewöhnlich, dass beabsichtigt wird, dem venezolanischen Militär unter flagranter Verletzung der elementaren Normen des Völkerrechts Befehle zu erteilen, unter dem Vorwand der "humanitären Hilfe" eine Konfrontation mit seinen Landsleuten zu befördern oder zu ermutigen. Stellen wir uns für einen Moment vor, wie ein Regierungschef angesehen würde, der die US-Truppen bittet, ihren Oberbefehlshaber zu missachten und sich seiner Autorität zu widersetzen.

Es ist unvorstellbar, dass die Streitkräfte irgendeines Landes, einschließlich der Vereinigten Staaten von Nordamerika, auf grobe und unverschämte Weise bedroht werden, wie es Präsident Donald Trump getan hat, der darüber hinaus versucht, uns mit einer angeblichen Amnesie zu erpressen und zugleich mit Nötigung einschüchtern will.

Eindeutig ignoriert Präsident Donald Trump völlig den eminent bolivarischen, antiimperialistischen und professionellen Charakter unserer Institution, die seit mehreren Jahrzehnten Garant der Demokratie geworden ist, immer streng an die Verfassung und die Gesetze der Republik gebunden, auf deren Grundlage die Wahl des Bürgers Nicolás Maduro Moros mit den Stimmen des Volkes als Präsident für die Amtsperiode 2019-2025 stattgefunden hat, dem die Generäle und Admirale, höheren Offiziere, Unteroffiziere, die professionellen und freiwilligen Truppen,

alle Soldaten und Soldatinnen des Vaterlandes uneingeschränkt Gehorsam, Unterordnung und Loyalität bezeugen.

Die Nationalen Bolivarischen Streitkräfte werden niemals Befehle von einer ausländischen Regierung oder Macht akzeptieren, noch von einer Autorität, die nicht aus der souveränen Entscheidung des Volkes stammt, und werden entlang der Grenzen im Einsatz und alarmbereit bleiben, wie unser Oberbefehlshaber angeordnet hat, um jegliche Verletzung der Integrität des Territoriums zu unterbinden.

Drohungen, Erpressung und Nötigung werden unsere Einheit und moralische Stärke nicht zerbrechen, denn wir sind keine Söldner, die sich an den Meistbietenden verkaufen; wir sind die würdigen Erben von Bolívar, Zamora und Chávez und getreu ihren Prinzipien werden wir die heiligsten Interessen des venezolanischen Volkes, seine Freiheit, Souveränität und Unabhängigkeit verteidigen.

„Chávez lebt ... Das Vaterland für immer“

„Unabhängigkeit und sozialistisches Vaterland ... Wir werden leben und siegen“

„Die Sonne Venezuelas geht im Esequibo auf“

„Immer loyal - Niemals Verräter“

Vladimir Padrino López  
Befehlshabender General

Quelle: [mindefensa](#);  
Übersetzung: [amerika 21](#)

# Kooperation für den Frieden Appell zur Europawahl

## Ein friedliches Europa ist das Tor zu einem anderen Europa

21.01.2019 - Die Kooperation für den Frieden fordert anlässlich der Wahlen zum EU-Parlament ein friedliches, gerechtes, demokratisches, gastliches, soziales und ökologisches Europa. Dazu gehört auch, dass die Konflikte, inneren Zerwürfnisse und Spannungen in Europa und darüber hinaus friedlich gelöst werden. Verbindungen zwischen den Menschen und zwischen den Staaten in Europa müssen gestärkt werden.

Aus der Geschichte zweier Weltkriege haben wir gelernt, wie wichtig die Bewahrung des Friedens ist. Auf den europäischen Kontinent zu blicken bedeutet zugleich zu erkennen, dass das Ziel eines friedlichen Europas mehr umfassen muss, als die jetzige politisch-wirtschaftliche Europäische Union. Dazu ist die Möglichkeit, ein Europa für die Menschen zu entwickeln, zu wichtig.

Wir sind überzeugt, dass es ein Europa geben kann, das auf der Grundlage partizipativer Demokratie und sozialer Gerechtigkeit sowohl im Inneren als auch nach außen Auseinandersetzungen und Konflikte mit zivilen Mitteln bearbeitet. Statt mit Konfrontation, Abschottung und

Sanktionen, muss es eine den Kontinent umfassende Entspannungspolitik im Sinne eines zweiten Helsinki-Prozesses geben. Unsere Kritik an politischen und strukturellen Mängeln der Europäischen Union enthält Vorschläge für eine EU und ein Europa des Friedens.

Die europäische Währungsunion und eine restriktive Finanzpolitik haben soziale Spaltungen vertieft.

Eine aggressive EU-Handelspolitik fördert Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Das und die Missachtung des Klimaschutzes veranlassen viele Menschen weltweit zur Flucht.

Wir wollen kein auf neoliberale Dominanz zugeschnittenes Europa, das zu Oligarchie, Reichtum für wenige, zum Abbau demokratischer Rechte und zur Marginalisierung ganzer Gruppen führt.

Ein Europa, das Aufrüstung betreibt, das seine Rüstungsexporte immer wieder über Menschenrechte stellt und eine eigene EU-Armee schaffen will, läuft Gefahr, Krieg als Mittel der Politik immer wieder in Betracht zu ziehen. Der mit 13 Milliarden Euro geplante Europäische Verteidigungs-

fonds, die Aufstockung der Rüstungshaushalte sowie die Verpflichtung zu ständiger Militärzusammenarbeit stehen einem Europa des Friedens entgegen. Es ist zudem bedenklich, dass die Mittel für zivile Krisenprävention, Friedensförderung und Versöhnungsprozesse zukünftig um etwa zwei Drittel gekürzt werden sollen. Ebenso fehlen entscheidende europäische Abrüstungsinitiativen, etwa für ein atomwaffenfreies Europa.

Wir erheben als Bürgerinnen und Bürger und als Organisationen der Friedensbewegung den Anspruch, uns aktiv und kontinuierlich in die europäischen Angelegenheiten einzumischen. In unserem Bemühen für ein friedliches Europa lassen wir nicht nach!

[www.koop-frieden.de/europa](http://www.koop-frieden.de/europa)

*Die Kooperation für den Frieden ist ein Zusammenschluss von mehr als 50 Initiativen und Organisationen aus der Friedensbewegung. Seit 2003 setzt sie sich dafür ein, dass kriegerische Gewalt als Mittel der Politik geächtet wird und stattdessen Methoden und Strategien der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung ausgebaut werden.*

## Petition: Rüstungsgeheimpapier zum Aachener Vertrag veröffentlichen!

*Wir fordern die Bundesregierung auf, das Rüstungs-Geheimpapier zum Aachener Vertrag zu veröffentlichen und fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den Aachener Vertrag abzulehnen. Stattdessen müssen Waffenexporte verboten und Waffenexporte in Krisengebiete sofort gestoppt werden! Video zum Hintergrund: <https://youtu.be/CqSBwzQvMUw>*

Fabio De Masi, Judith Benda und Andrej Hunko

Warum ist das wichtig?

(...) Kürzlich erließ die Bundesregierung nach dem Mord an dem saudischen Journalisten Jamal Khashoggi ein Stopp für Waffenexporte nach Saudi-Arabien. Ein Geheimpapier der deutschen und französischen Regierung zeigt: Die Bundesregierung meint ihr Verbot von Waffenexporten nach Saudi Arabien offenbar nicht ernst! Denn dieses Verbot soll über den europäischen Binnenmarkt umgangen werden. Was passiert, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsame Rüstungsprojekte verfolgen oder Deutschland nach Frankreich Rüstung liefert, aber Frankreich weiter nach Saudi-Arabien exportieren möchte?

Der Aachener Vertrag zwischen der deutschen und der französischen Regierung legt bereits einen Schwerpunkt auf mehr Rüstung. Denn die EU will nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit) ein militärischer Player werden, der auch ohne die Unterstützung der USA in unserer

Nachbarschaft - etwa Afrika - Kriege führen kann.

Am 14. Januar vereinbarte die Bundesregierung jedoch eine Geheimabsprache zum Aachener Vertrag mit der französischen Regierung ([Spiegel](#)). Davon erfuhren weder der Bundestag noch das französische Parlament (Assemblée nationale). Man sicherte sich gegenseitig zu, sich bei Rüstungsexporten nicht zu behindern.

Bei Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission über „ethische Grundsätze“ im Rüstungsbereich weigerte sich die französische Regierung kürzlich sogar, Waffen, die durch das geltende Völkerrecht verboten sind (Phosphorbomben, Uran-Munition etc.), aufzulisten und damit von der Rüstungsfinanzierung (und dem späteren Export?) auszuschließen!

CDU-Verteidigungsministerin von der Leyen sprach auf der Münchener Sicherheitskonferenz davon, dass man in Europa

gemeinsame ethische Standards beim Rüstungsexport entwickeln müsste. Der SPD-Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth, bekräftigte, dass „Europe United“ (also ein vereintes Europa) eben heiße, dass Deutschland seine nationalen Verbote von Waffenexporten nicht mehr 1 zu 1 umsetzen könne. Dabei ist Deutschland bereits heute der viertgrößte Waffenexporteur der Welt! Weil andere Länder in der EU häufig schwächere Regeln für den Verkauf von Waffen haben und die Rüstungslobby gegen einen Exportstopp für Saudi-Arabien Sturm läuft, müssen die ohnehin löchrigen deutschen Regeln also weiter gesenkt werden ([Tagesschau](#)).

Mehr Europa heisst für die GroKo offenbar mehr militärisch-industrieller Komplex, mehr Profite mit dem Tod, mehr Fluchtursachen! (...). Wir sagen:

**Stoppt diesen Irrsinn! Hört auf immer mehr Waffen in die Welt zu verkaufen!**

[Petition](#)

# ISW München

## Europas teuerstes Waffenprogramm aller Zeiten

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihre französische Amtskollegin Florence Parly dürften bei der diesjährigen Tagung des globalen Militär-Industrie-Komplexes im Bayerischen Hof, auch Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) genannt, groß rauskommen. Die Ministerinnen hatten eine Woche vor dem Treffen von Kalten Kriegern, Militärschädeln, Fabrikanten des Todes und Waffenlobbyisten das „**Kampfflugzeugsystem der Zukunft**“ (Future Combat Air System – FCAS) auf den Weg gebracht. Das wird ihre militärpolitische Position im Kreis der Aufrüster stärken. Mit einem ersten Scheck von 65 Millionen Euro an die federführenden Flugzeugkonzerne **Airbus Defence** und **Dassault Aviation** finanzieren sie eine Konzeptstudie und die ersten Entwicklungsarbeiten an dem Luftkriegssystem. So billig wird es bei den nächsten Schritten nicht mehr. Das Future Combat-System wird unseren Kindern schon im Frieden die Zukunft verhaseln, denn es wird sauteuer. „Es geht um sehr viel Geld“, schreibt das [Handelsblatt](#). „Ein dreistelliger (!) Milliardenbetrag steht in Aussicht“. Dreistellig, das sind hundert Milliarden und mehr. Der [Spiegel](#): „Bis zum Bau des ersten Modells rechnen Insider allerdings mit Kosten bis zu 80 Milliarden Euro. Damit wird es das größte gemeinsame Rüstungsprojekt überhaupt“. Damit zerstört der Kriegsjet schon im Frieden ein ganzes Wohnungsbauprogramm. Nach einer Studie der [Hans-Böckler-Stiftung](#) fehlen in den 77 deutschen Großstädten 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen, darunter etwa 1,4 Millionen günstige Apartments unter 45 Quadratmetern. Ein Sozialbauprogramm für die fehlenden Wohnungen wäre etwa 200 Milliarden Euro teuer und würde die Wohnungsnot in etwa zwei Dekaden

weitgehend beseitigen. Kommt hinzu, dass zur Überbrückung weiterhin der Eurofighter eingesetzt wird – etwa bis 2060 – und dadurch zusätzliche Milliarden Euro für neue Bestellschübe und Reparaturen fällig werden. Weshalb ist das angestrebte Waffensystem so teuer? „Entwickelt werden soll bis 2040 sehr viel mehr als ein Flugzeug, nämlich ein „System der Systeme“, das Satelliten, Drohnenschwärme, gelenkte Raketen, Überwachungs- und Tankflugzeuge sowie Schiffe integriert“. ([Handelsblatt](#)) Und im Zentrum steht natürlich das Kampfflugzeug. Geplant ist, dass Schwärme kleiner Drohnen den Kampfjet unterstützen, sie können bewaffnet (Killerdrohnen) sein, sind mit Kameras und Radargeräten ausgestattet und sollen teilweise von künstlicher Intelligenz gesteuert werden. Die Drohnenschwärme sollen bereits früher – etwa Mitte des nächsten Jahrzehnts – einsatzbereit sein. An dem Kampfflugsystem will sich in Kürze auch Spanien beteiligen. Für den bemannten Kampfjet in dem System zeichnet der Rafale-Hersteller Dassault verantwortlich. Für das Gesamtsystem einschließlich geplanter Drohnenschwärme, Satelliten und Bodeneinrichtungen ist Airbus zuständig. Dirk Hoke, CEO von Airbus Defence and Space: „FCAS ist eines der ambitioniertesten europäischen Verteidigungsprogramme dieses Jahrhunderts“ (Europäische Sicherheit & Technik). Als Triebwerkshersteller wurden der französische Anbieter Safran sowie das deutsche Unternehmen MTU Aero Engines ausgewählt. Im Verlauf von Entwicklung und Bau des Kampffliegers und System werden die beiden Hauptpartner Airbus und Dassault noch enger zusammenrücken und womöglich fusionieren. Airbus ist ohnehin schon mit knapp 10 Pro-

zent bei Dassault beteiligt. In Europa wird dann gegen den Kampfflugzeug-Giganten nichts mehr gehen. Der Rüstungsindustrielle Druck auf die Regierungen wird zunehmen. Bereits jetzt drängt die französische Regierung auf gemeinsame Exportvorschriften und Lockerung der deutschen Bestimmungen, damit etwaige spätere Ausfuhren des Luftkriegssystems nicht einseitig von Deutschland blockiert werden können.

[Isw-München](#)

### Die Rüstungsachse Berlin-Paris

BERLIN/PARIS (Eigener Bericht) - Mit mehreren Vereinbarungen über Rüstungsprojekte für dreistellige Milliardensummen haben Berlin und Paris vergangene Woche die Rüstungsindustrielle Formierung der EU forciert. Auf der Internationalen Luft- und Raumfahrt ausstellung (ILA) in Berlin, deren diesjähriges Gastland Frankreich war, einigten sich die Verteidigungsministerinnen beider Länder, einen Kampfjet der nächsten Generation in deutsch-französischer Kooperation entwickeln zu lassen. Der Jet wird im Rahmen eines Kampfverbundes (Future Combat Air System, FCAS) konzipiert, der auch bewaffnete Drohnen sowie ganze Drohnenschwärme umfasst und mit Satelliten sowie land- und seegestützten Waffensystemen vernetzt ist. Federführend sind Airbus Defence and Space (Ottobrunn bei München) sowie die französische Dassault Aviation, die damit ihre langjährige Konkurrenz in den Rahmen gemeinsamer Rüstungsprojekte verlagern. Neben dem Kampfjet wurden auf der ILA auch Entwicklung und Bau von Drohnen und Seefernaufklärern beschlossen. Laut Dassault-Chef Eric Trappier geht es um "strategische Autonomie". [German-foreign-policy](#)

### Friedensjournal vom Bundesausschuss Friedensratschlag

#### Imperiale Machtpolitik durch Wirtschaftskriege und Sanktionen

- Die USA auf dem Weg vom Handelskrieg zum heißen Krieg?
  - US-Handelskrieg gegen die neue Wirtschaftsmacht China
- Die Sanktionskeule als US-Wirtschaftskrieg gegen Venezuela
  - Syrien: Politik der verbrannten Erde durch Sanktionen
  - Völkermord im Jemen und die Rolle der UN-Sanktionen
  - SiKo 2019: EU-Rüstungsindustrie und US-Handelskrieg

[http://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ\\_2019-2.pdf](http://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ_2019-2.pdf)

### zeitung gegen den krieg

<https://www.zeitung-gegen-den-krieg.de>

Nato-Krieg gegen Belgrad, der sich aktuell zum 20. Mal jährt Die spezifische Bedeutung des Kosovo-Kriegs für Deutschland („Nie wieder Krieg“) und die fatale Rolle der SPD und Grüne Aufkündigung des INF-Vertrags durch die USA Zusammenhang von Umweltzerstörung, Klimaerwärmung und wachsenden Kriegsgefahren Nato-Gipfel Ende 2019 / Die EU-Aufrüstung (PESCO). (...) Das AfD-Programm in den Bereichen Bundeswehr, Rüstung und Krieg als legitimes Mittel der Politik

## Rüstungsexporte stoppen!

### Keine Waffenexporte an Saudi-Arabien!

#GermanArms - Rechercheprojekt deckt Beteiligung Deutscher Waffen im Jemen-Krieg auf

Sendung von [Report München](#), 26.02.2019, s. auch [hier](#)  
Deutsche Waffen spielen im Jemen-Krieg eine weitaus größere Rolle als bislang bekannt.

[IMI-Online](#): **Deutsche Waffen töten im Jemen-Krieg**  
*ausführlicher Bericht*



<https://www.aufschrei-waffenhandel.de>

### **Bundesregierung öffnet europäischen Waffenexporten an Saudi-Arabien Tür und Tor**

[Pressemitteilung](#) von Sevim Dagdelen, Die Linke:  
„Die Bundesregierung öffnet über Gemeinschaftsproduktionen mit Frankreich und Großbritannien Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Tür und Tor. Diese schlimme Entscheidung des Bundessicherheitsrats muss dringend korrigiert werden. Notwendig ist ein Waffenexportstopp ohne Wenn und Aber.“

„Es ist ein Skandal, dass durch die jüngste Entscheidung der Bundesregierung die Fertigstellung von Kampfflugzeugen vom Typ Tornado und Eurofighter sowie des militärischen Tankflugzeugs A330 MRTT für Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate aktiv unterstützt wird. Es handelt sich hierbei um Waffen, die essentiell sind für die verbrecherische Kriegsführung im Jemen. Diese Ausfuhren werden de facto freigegeben, wenn die Bundesregierung die Entscheidung den Ländern überlässt, in denen die Endmontage stattfindet. Großbritannien und Frankreich haben ausdrücklich angekündigt, das Kriegsgerät auszuliefern.(...)“

[IMI-Online](#): **Rheinmetall: Ausweitung der Produktion und der Proteste** : Im Mai findet wieder die Jahreshauptversammlung von Rheinmetall in Berlin statt. Die [Gegenproteste](#), die voraussichtlich am 28. Mai 2019 stattfinden werden, sind bereits mit den Forderungen für eine Umstellung auf zivile Produkte, den Stopp der Waffenexporte sowie der Schaffung eines schlupflochfreien Rüstungsexportkontrollgesetzes in Planung

### **Ostermärsche: 19.April - 22.April 2019 und weitere Friedensaktionen:**

<https://www.friedenskooperative.de/termine>  
[http://www.friedensratschlag.de/?Aktivit%C3%A4ten und Bewegungen](http://www.friedensratschlag.de/?Aktivit%C3%A4ten%20und%Bewegungen)

### **Aktionswoche Stopp Air Base Ramstein 2019 23.06. bis 30.06.2019**

Der **US-Militärstützpunkt Ramstein** ist ein zentrales Drehkreuz für die Vorbereitung und Durchführung völkerrechtswidriger Angriffskriege. Die meisten tödlichen Einsätze US-amerikanischer Kampfdrohnen, u.a. in Irak, Afghanistan, Pakistan, Jemen, Syrien und Afrika, werden über die Satellitenrelaisstation auf der US-Air-Base Ramstein durchgeführt.

<https://www.ramstein-kampagne.eu/>

## **Gemeinsamer Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag und der Kooperation für den Frieden Protestaktionen in Büchel Für den Abzug der Atomwaffen und nukleare Abrüstung**

Das Ende des INF-Vertrages ist ein beunruhigendes Zeichen. Europa droht die Stationierung von neuen atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen. Unklar bleibt, ob der Atomwaffenteststopp bestand hat.

All dies zeigt, wie dringend notwendig nukleare Abrüstung sowie Aktivitäten für Frieden und Entspannung sind.

Der Abzug der Atomwaffen aus Büchel wäre ein wichtiges Zeichen für eine atomwaffenfreie Welt. Dies würde den Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe der NATO bewirken und den Weg ebnen für die Unterzeichnung des UN-Verbotsvertrages für ein Atomwaffenverbot.

Dies sind dringend notwendige Schritte um die weltweite nukleare Aufrüstung zu stoppen und umzukehren. Die Anschaffung neuer deutscher Trägerflugzeuge für die US-Atomwaffen in Büchel würde hingegen einen Rückschlag bedeuten.

**Auf geht's nach Büchel!** Wir setzen uns für Frieden und Abrüstung ein. Die Protestaktionen in Büchel sind ein wichtiges Zeichen an die Politik um Druck aufzubauen.

Es ist dringend geboten, dass wir die Bundesregierung zu konkreten Schritten auffordern, damit wir der Vision einer atomwaffenfreien Welt näher kommen. Dazu gehört:

- Der Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und die Beendigung der Nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO;☐
- Keine neuen Trägerflugzeuge für die US-Atomwaffen in Büchel;☐
- Die Unterzeichnung des UN-Verbotsvertrages für Atomwaffen.

**Kommt nach Büchel! Aktionspräsenz: 26. März - 9. August**

Weitere Informationen unter: [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

Terminkalender der Protestaktionen: <https://buechel-atombombenfrei.jimdo.com> S. auch [Spiegel-Artikel](#) vom 6.2.2019

### **Proteste gegen die NATO- „Sicherheits“-Konferenz in München, 16.Februar 2019**



Aus dem [Aufruf](#): „Sicherheit könnten wir gut gebrauchen: Die Sicherheit, dass wir uns morgen noch unsere Miete leisten können, dass es keinen Krieg gibt und unsere Umwelt nicht den Bach heruntergeht. Aber um all das geht es bei der SIKO nicht. (...) " Attac war mit zwei Botschaften vor Ort: Stopp Siko UND "Menschenrechte vor Profit". [Fotos](#)

### **Nach dem Sieg über den IS – wie weiter in Syrien?**

Exklusiv-Interview mit der Nahost-Korrespondentin **Karin Leukefeld** über die neuesten Ereignisse in Syrien, [weltnetz.tv](http://weltnetz.tv)



# Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost der Partei Die Linke Erklärung zur Verleihung des Göttinger Friedenspreises an die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“

7. März 2019

Der Sprecherinnenkreis des Bundesarbeitskreises Gerechter Frieden in Nahost der Partei DIE LINKE begrüßt die vorgesehene Verleihung des Göttinger Friedenspreises an die „**Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost**“ und erklärt sich mit der Jüdischen Stimme und der Jury solidarisch.

Wir sind entsetzt über die Falschbehauptungen, Verleumdungen und Rufmordversuche gegen die Jüdische Stimme und darüber dass der Friedenspreis für die Jüdische Stimme nicht in städtischen oder universitären Räumen verliehen werden darf.[1] Wir begrüßen, dass die Galerie Alte Feuerwache ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellt und die Preisverleihung somit wie geplant am 9. März in Göttingen stattfinden kann.

Die Jüdischen Stimme wurde als antisemitisch verleumdet. Begründet wurde dies mit ihrer Unterstützung der BDS-Kampagne, obwohl es sich dabei um eine menschenrechtsorientierte Kampagne handelt.

Bereits am 9. Juli 2005 unterzeichneten über 170 Gruppierungen und Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft den Aufruf „Boycott, Desinvestment und Sanktionen (BDS)“. Der Aufruf fordert Boykott, Abzug von Investitionen und Sanktionen gegen den Staat Israel, bis Israel seinen Verpflichtungen nach internationalem Recht Folge leistet.

Diese gewaltlosen Maßnahmen sollen solange aufrecht erhalten bleiben, bis der Staat Israel seinen Verpflichtungen gemäß internationalem Recht nachkommt und, wie in zahlreichen UN-Resolutionen gefordert, die Besetzung palästinensischer und syrischer Gebiete beendet, die systematische Diskriminierung der Palästinenser\*innen im besetzten palästinensischen Gebiet und in Israel selbst einstellt und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge gemäß UN-Resolution 194 zulässt.

Daraus ist ganz klar ersichtlich, dass sich die BDS-Bewegung gegen die völkerrechtswidrige israelische Politik richtet und nicht gegen Juden\*. Der Vorwurf des

Antisemitismus ist also völlig unangebracht.

Das Recht zum Boykott Israels, ist bereits vielfach anerkannt worden: so 2016 von 358 Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften und politischen Parteien[2], von der Europäischen Union – vertreten durch Frederica Mogherini, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik – auf Anfrage von 30 Mitgliedern des Europäischen Parlaments[3], von über 40 weltweit vertretenen jüdischen Organisationen[4], von 200 europäischen Rechtsgelehrten[5], vom Verwaltungsgericht Oldenburg am 27. September 2018[6] und von vielen Einzelpersonen.

Deren Entstehen und Wirken steht in untrennbarem Zusammenhang mit der seit einem halben Jahrhundert anhaltenden israelischen Okkupation des völkerrechtlich definierten palästinensischen Territoriums und mithin zielstrebigem Unterlaufen der Zwei-Staaten-Lösung. Woran auch westliche Politik insofern entscheidende Mitverantwortung trägt, als sie – abgesehen von stets folgenlosen Statements – jahrzehntelang die Augen davor verschlossen hat, dass Israel mittels seiner stabsmäßig betriebenen Siedlungspolitik die territorialen Grundlagen für die Realisierung auch des Existenzrechts eines Palästina-Staates an seiner Seite systematisch untergraben hat. Solange dieser Okkupationszustand fortbesteht und das legitime Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser\*innen missachtet wird, werden auch Initiativen, wie die als Mittel gewaltlosen Widerstandes konzipierte BDS-Bewegung, weder durch Verbote noch andere Formen der Diskriminierung zu unterbinden sein.

Die BDS-Bewegung kann nur ihren Sinn verlieren, wenn Israel seine Okkupationspolitik gegenüber den Palästinenser\*innen beendet und sich endlich zur Einhaltung des Völkerrechts bei der Lösung der Palästinafrage bereit zeigt. Das heißt insbesondere zur Respektierung eines lebensfähigen, souveränen Palästina-Staates in den Grenzen von 1967 und mit Ost-Jerusalem an der Seite Israels.

Die Verleumdungskampagne der Jüdischen Stimme und des Göttinger Friedenspreises reiht sich ein in die Front jener in Deutschland ein, die jegliche Affinität zu dieser Bewegung als Vorwand nutzen, um berechtigte Kritik an der israelischen Palästina-Politik aus dem öffentlichen Diskurs zu verbannen. Indem unter dem Slogan „Gegen Antisemitismus! Gegen BDS!“ Auftrittsverbote von Personen ausgesprochen, die Bereitstellung von Räumlichkeiten verweigert oder auch diesbezügliche Fachveranstaltungen an Hochschulen inquisitorisch beleuchtet werden.[7]

*Der Bundesarbeitskreis „Gerechter Frieden in Nahost“ ist bei der „Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik“ angesiedelt. Er hat sich Mitte Januar 2011 bundesweit aus Mitgliedern der LINKEN sowie Sympathisant\*innen formiert.*

[1] Auf die Falschbehauptungen, Verleumdungen und Rufmordversuche geht Andreas Zumbach, der Vorsitzende der Jury, detailliert in seiner [Stellungnahme](#) vom 14.2.2019 ein.

[2] [eccpalestine](#)

[3] [www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2016-005122-ASW\\_EN.docx](#)

[4] [jewishvoiceforpeace](#)

[5] [bds-kampagne](#)

[6] [PM](#) der bds-Kampagne

[7] Vgl. Heiko Flottau über die Versuche, Veranstaltungen zum Leiden der Palästinenser zu behindern ([Text](#)) sowie [Liste](#) be- oder verhin- derter menschenrechtsorientierter Veranstaltungen

Quelle: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/012101.html>

**Mit Raumverboten gegen die Meinungs- freiheit:** Wer in München eine Veranstaltung organisieren will, in der auch kritische Worte zur Besatzungspolitik Israels fallen oder gar der Missbrauch des Antisemitismus-Vorwurfs thematisiert wird, der hat schlechte Karten. Nun hat es den angesehenen israelischen Soziologen **Moshe Zuckermann** getroffen [Nachdenkseiten](#)

[SiG119](#), 2016: *Delegation des Europäischen Parlaments verurteilt die israelischen Zerstörungen / Sophia Deeg: Zehn Jahre Boycott – Divestment – Sanctions (BDS)*

**Aktuelle Berichte über die Situation in Palästina:** <https://www.ochaopt.org/> , <https://www.kopi-online.de/wordpress/>

[Beschluss von Attac Frankreich](#), 2002 „Palästina und die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung“  
[Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland](#) von 2003 zu Antisemitismus und zum Nahost-Konflikt



Foto: Belgien, Collecti.e.f 8 maars

## Frauenstreiks am 8. März 2019

### Alex Wischnewski und Kerstin Wolter Der 8. März war erst der Anfang

(...) In Berlin gingen trotz Wind und Regen 25.000 Menschen in zwei Demonstrationen auf die Straße, in Hamburg 10.000 (1), in Leipzig 4.000, in Frankfurt 3.500, in Köln 3.000, in München 2.500, sowie 2.000 in Freiburg und Kiel. Für jede einzelne der Städte sind dies große Zugewinne im Vergleich zum vergangenen Jahr, teils um das Doppelte oder Dreifache. (...) Es gab einzelne Arbeitsniederlegungen in Betrieben und Institutionen. Etwa in Bad Hersfeld in Hessen, wo Amazon-Mitarbeiter\*innen im Rahmen ihres schon länger andauernden Arbeitskampfes spezifisch auf die Situation und Forderungen von Frauen aufmerksam gemacht haben. Oder am Maxim-Gorki-Theater in Berlin, das eine Premiere abgesagt hatte. (...)

Die Frauen\*bewegung, verbunden mit dem ihr eigenen Instrument des feministischen Streiks, könnte in der Lage sein, die verschiedenen Bewegungen, die dieser Entwicklung entgegenstehen, zu verbinden. Auch deshalb, weil sie nicht nur auf Deutschland beschränkt ist. Auch in Argentinien und Indien, in den Vereinigten Staaten und Spanien gingen Millionen von Frauen auf die Straßen. Aus: [Freitag](#)

(1) SiG-Red.: [Demonstration](#) am 8. März 2019 in Hamburg, Video (ab der 25. Minute)

#### Weltweite Aktionen: Fotos

In *Istanbul* fand trotz Regen eine der größten Frauendemos der letzten Jahre statt. Die Fußgängerzone *Istiklal Caddesi* war vom *Taksim Platz* ausgehend rappellvoll. „Wir haben keine Angst“ riefen die Demonstrantinnen. Der Marsch zum 8. März war in diesem Jahr im Gegensatz zum Vorjahr nicht verboten worden. Es ist eine der größten Demonstrationen seit im Juli 2016 nach dem Putschversuch der Ausnahmezustand verhängt wurde. Mehr: [TAZ 9.3.2019](#)

### Therese Wüthrich Nach dem Frauenstreik ist vor dem Frauenstreik

8. März 2019

«Si paramos todas, paramos todo», so der Aufruf zum Frauenstreik vom vergangenen 8. März 2018 in ganz Spanien. Der Streikaufruf lässt sich sinngemäss in „Wenn Frau will, steht alles still!“ übersetzen. Mit den zentralen Forderungen – Schluss mit der Gewalt gegen Frauen! – Schluss mit der Diskriminierung und Prekarisierung in der Erwerbsarbeit! – Schluss mit der alleinigen Verantwortung für die Haus- und Betreuungsarbeit! – haben sich 2018 sechs Millionen Frauen und solidarische Männer am Frauenstreik beteiligt. Etwas Vergleichbares hat Spanien bisher nie gesehen.

Der überwältigende Erfolg geht auf die Arbeit von vielen feministischen «Colectivos» zurück; viele von ihnen sind aus der Protestbewegung junger Leute der «Indignadas» und «Indignados» (die Empörten) hervorgegangen, die in Spanien seit 2011 gegen Sparprogramme, Erwerbslosigkeit, Bildungsabbau und für Gleichstellung zwischen den Geschlechtern auf die Strasse gingen. Zwar wird in Spanien von Wirtschaftsaufschwung geredet, dennoch gibt es für die Mehrheit der jungen Leute nur prekäre Jobs oder saisonale Beschäftigungen in der Tourismusbranche. Es waren auch diese feministischen «Colectivos» und viele Frauengruppen, die sich im Januar 2017 für die Anti-Donald-Trump-Märsche mobilisierten.

Aber den Ausschlag für den Riesenerfolg am 8. März 2018 war ein internationaler Aufruf, der von feministischen Gruppen aus Lateinamerika, namentlich aus Argentinien, für eine grosse Aktion im Jahr 2017 ausgegangen ist. Der Hintergrund des Aufrufs sind nicht zuletzt die unzähligen Frauen-

morde im Grenzgebiet zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten. (...)

Auf den Aufruf folgte die Mobilisierung: Ausgehend von Madrid wurden jeweils am 8. des Monats Versammlungen durchgeführt, die sich in kurzer Zeit in die spanischen Städte im ganzen Land ausweiteten. Es bildeten sich lokale Streikbündnisse, die Kundgebungen vorbereiteten, Schülerinnen und Studentinnen planten die Stilllegung des Unterrichts. Für die Betriebe organisierten Gewerkschaften systematisch zweistündige Streiks. Obschon die rechte, damalige Regierungspartei von Mariano Rajoy gegen den Frauenstreik trommelte – es handle sich um eine Aktion „feministischer Eliten“, nicht aber um Engagements der „realen Frauen“ –, fanden bei einer repräsentativen Umfrage 82 Prozent aller Spanierinnen und Spanier, dass es gute Gründe zum Streiken gebe.

So dominierte am 8. März 2018 die Farbe lila ganz Spanien. Tausende von Betrieben wie Schulen und Universitäten wurden bestreikt. Es beteiligten sich rund vierzig Prozent der Erwerbstätigen. Mehrere Millionen Frauen und solidarische Männer demonstrierten in 300 spanischen Städten. Es wurde auch der ermordeten Frauen mit den Worten: «Wir sind sehr viele heute, aber einige sind nicht mehr hier!», gedacht, was mit Slogans wie «Schluss mit diesem Machismo, wir haben genug!» beantwortet wurde. (...)

[Lunapark21](#)

Spanische Webseite:

<http://hacialahuelgafeminista.org>

Transform! [eBrochure](#)  
on International Feminist Movements  
*And still, It is Moving!*

# 15. März 2019: Klimastreiks und -demonstrationen weltweit

<https://www.fridaysforfuture.org/events/map>



Über **1,4 Millionen Menschen in 2233 Städten in 128 Ländern** haben laut der britischen Tageszeitung [The Guardian](#) an den Streiks vom 15. März teilgenommen. [The Guardian](#) zeigt [hier](#) eine Auswahl von Fotos.

**Die nächsten Aktionen weltweit?** Das französische Bündnis [Il est encore Temps](#) kündigt an: **Aktionswoche vom 15. bis zum 21. April**; **Beteiligung an den 1. Mai-Demonstrationen** (Tenor: für Klima- und soziale Gerechtigkeit) und **weltweiter Streik am 24. Mai**.

## Christian Selz

### Katastrophenschutz in Mosambik: Zu geplündert, um zu funktionieren

(...) Die Katastrophe kam mit Ansage. Seit dem 3. März hatten Meteorologen verfolgen können, wie sich der Zyklon »Idai« über der Straße von Mosambik zusammenbraute. Als der tropische Wirbelsturm am Abend des 14. März auf die mosambikanische Küste traf, waren ihm dennoch die meisten Menschen dort weitgehend schutzlos ausgeliefert. Die Behörden waren offensichtlich nicht imstande, adäquate Schutz- und Rettungsmaßnahmen vorzubereiten.

»Zu arm für ein gutes Warnsystem«, titelte [Spiegel Online](#) dementsprechend am vergangenen Donnerstag und berichtete von der mosambikanischen Billigversion: »Ausgebildete Ableser« seien am Oberlauf des Flusses Buzi teils mit Fahrrädern unterwegs, um Pegelstände zu kontrollieren. Die Ergebnisse funken sie an ein Warnzentrum. Der Notfall, so sieht es das System vor, wird dann von Fahrradboten per Trillerpfeife und Megafon kundgetan. (...) Als der Fluss nun auf 125 Kilometer Länge eine Fläche von 25 Kilometer Breite überflutete, half all das wenig. Warnsysteme über Satellit und automatische Pegelstandsmessungen hat Mosambik nicht. Es gibt auch keine ausreichenden Evakuierungspläne, geschweige denn die zu ihrer Umsetzung nötige Verkehrsinfrastruktur. (...) Dem Sturm fielen also in erster Linie arme Menschen zum Opfer.



Foto: [reporterre](#)

Dennoch ist die verbreitete Lesart, der Staat habe schlicht nicht die Mittel, seine Bürger zu schützen, nur die halbe Wahrheit.

Erst 1975 erlangte das Land die Unabhängigkeit von Portugal. Anschließend wurde es in einem von Apartheid-Südafrika angefeuerten Guerillakrieg zerstört, den die rechte Miliz Renamo gegen die junge, damals noch sozialistische Frelimo-Regierung bis 1992 führte. (1)

Doch die Plünderung des Landes, das über reiche Gasvorkommen verfügt, hörte danach nicht auf. Die Frelimo, die sich 1989 vom marxistischen Kurs ab- und den Strukturprogrammen der Weltbank zuwendete, ist durch und durch korrupt. “

Der von 2005 bis 2015 amtierende Finanzminister Manuel Chang und der ehemalige Banker der Schweizer Credit Suisse wurden im Dezember 2018 verhaftet. (2)

„Gemeinsam sollen sie für einen Kredit über zwei Milliarden US-Dollar verantwortlich sein, der, offiziell gewährt für den Aufbau einer Thunfischfangflotte in Mosambik, tatsächlich vor allem der Bereicherung der Beteiligten diene. In der Folge kam es beinahe zum Staatsbankrott. Mosambik kann seine Schulden nicht mehr bedienen. (...)“ (3)

[Jungewelt](#), 27. März 2019

#### Anmerkungen der SiG-Redaktion

(1) Am Ende des schrecklichen mosambikanischen Bürgerkriegs (1976-1992), der eine Million Menschen tötete und 4 Millionen vertrieb, drängten sich Tausende von Menschen in prekären Gebäuden in hochwassergefährdeten Gebieten. Mit dem Hurrikan Idai wurden einige Stadtteile komplett überschwommen.

Aus: [Le Monde](#), 18.3.2019

(2) [TAZ](#) 18.2.2019

(3) mehrere Artikel auf Englisch, [CADTM](#)

# Die Anliegen der demonstrierenden jungen Menschen sind berechtigt Gemeinsame Stellungnahme deutscher, österreichischer und Schweizer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den Protesten für mehr Klimaschutz

23.000 Wissenschaftler/-innen haben sie unterzeichnet.

Zurzeit demonstrieren regelmäßig viele junge Menschen für Klimaschutz und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erklären wir auf Grundlage gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse: Diese Anliegen sind berechtigt und gut begründet. Die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichen bei weitem nicht aus.

Das **Pariser Klimaschutzabkommen** von 2015 verpflichtet die Staaten völkerrechtlich verbindlich, die globale Erwärmung deutlich unter 2 °C zu halten. Darüber hinaus haben alle Länder Anstrengungen versprochen, die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.

Es kommt nun darauf an, die Netto-Emissionen von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen schnell abzusenken und weltweit spätestens zwischen 2040 und 2050 auf null zu reduzieren. Eine schnellere Absenkung erhöht hierbei die Wahrscheinlichkeit, 1,5 °C zu erreichen. Die Verbrennung von Kohle sollte bereits 2030 fast vollständig beendet sein, die Verbrennung von Erdöl und Erdgas gleichzeitig reduziert werden, bis alle fossilen Energieträger durch klimaneutrale Energiequellen ersetzt worden sind. Unter Berücksichtigung von globaler Klimagerechtigkeit müsste in Europa dieser Wandel sogar noch deutlich schneller ablaufen.

Auch wenn weiterhin Beteiligungs- und Diskussionsbedarf besteht: Jetzt muss gehandelt werden. Beides schließt einander nicht aus. Es gibt bereits viele gesellschaftliche und technologische Innovationen, die Lebensqualität erhalten und menschliches Wohlergehen verbessern können, ohne unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

In allen deutschsprachigen Ländern werden beim Umbau der Bereiche Energie, Ernährung, Landwirtschaft, Ressourcennutzung und Mobilität die notwendige Größenordnung und Geschwindigkeit nicht erreicht.

**Deutschland** wird die selbstgesteckten Klimaschutzziele für 2020 verfehlen und auch die Erreichung der Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für 2030 ist hochgradig gefährdet. Zudem mangelt es weiterhin an einem wirksamen Klimaschutzgesetz.

**Österreich** hat sich in seiner Klima- und Energiestrategie Ziele gesetzt, die dem Pariser Vertrag in keiner Weise gerecht werden und selbst dafür sind weder die erforderlichen Maßnahmen noch die finanziellen Mittel vorgesehen. Zugleich sind Bodenverbrauch und -versiegelung pro Person und Jahr in Österreich die höchsten in Europa. Die **Schweiz** hat ihre Treibhausgas-Emissionen seit 1990 nur geringfügig verringert; gleichzeitig stiegen die im Ausland verursachten Emissionen erheblich an. In der ersten parlamentarischen Debatte zur Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes wurden die inländischen Reduktionsziele gestrichen und die Reduzierung der Schweizer Emissionen sollte durch Kompensation im Ausland erfolgen. Schließlich ist das Gesetz vorläufig gescheitert.

Die jungen Menschen fordern zu Recht, dass sich unsere Gesellschaft ohne weiteres Zögern auf Nachhaltigkeit ausrichtet. Ohne tiefgreifenden und konsequenten Wandel ist ihre Zukunft in Gefahr.

Dieser Wandel bedeutet unter anderem: Wir führen mit neuem Mut und mit der notwendigen Geschwindigkeit erneuerbare Energiequellen ein.

Wir setzen Energiesparmaßnahmen konsequent um.

Und wir verändern unsere Ernährungs-, Mobilitäts- und Konsummuster grundlegend.

Vor allem die Politik steht in der Verantwortung, zeitnah die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Insbesondere muss klimafreundliches und nachhaltiges Handeln einfach und kostengünstig werden, klimaschädigendes Handeln hingegen unattraktiv und teuer (z. B. durch wirksame CO<sub>2</sub>-Preise, Einstellung von Subventionen für klimaschädliche Handlungen und Produkte, Effizienzvorschriften und soziale Innovationen). Eine sozial ausgewogene Verteilung von Kosten und Nutzen des Wandels ist dabei unerlässlich.

Die enorme Mobilisierung der neuen Bewegungen („Fridays for Future“ in Deutschland und Österreich, „Klimastreik“ in der Schweiz) zeigt, dass die jungen Menschen die Situation verstanden haben. Ihre Forderung nach schnellem und konsequentem Handeln können wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur nachdrücklich unterstreichen.

Als Menschen, die mit wissenschaftlichem Arbeiten vertraut sind und denen die derzeitigen Entwicklungen große Sorgen bereiten, sehen wir es als unsere gesellschaftliche Verantwortung an, auf die Folgen unzureichenden Handelns hinzuweisen.

Nur wenn wir rasch und konsequent handeln, können wir die Erderwärmung begrenzen, das Massenaussterben von Tier- und Pflanzenarten aufhalten, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und eine lebenswerte Zukunft für derzeit lebende und kommende Generationen gewinnen. Genau das möchten die jungen Menschen von „Fridays for Future/Klimastreik“ erreichen. Ihnen gebührt unsere Achtung und unsere volle Unterstützung.

[Link](https://www.scientists4future.org/) zur Unterzeichnung

<https://www.scientists4future.org/>

<https://www.scientists4future.org/fakten/>

## Extinction Rebellion - Manifest

Die Entscheidungen und Handlungen unserer Regierungen stehen in keinem Zusammenhang zu der elementaren Bedrohung und der fortschreitenden Zerstörung unseres Lebensraums und unserer Verpflichtung gegenüber nachfolgenden Generationen. Im Gegenteil: Regierungen missachten diese Tatsachen und sie missachten das Recht der Öffentlichkeit umfassend und aufrichtig über Risiken und Ausmaße informiert zu werden. Diese Missachtung muss angesichts der realen Bedrohung unseres Aussterbens als kriminell bezeichnet werden.

Daher rufen wir zur **gewaltfreien Rebellion** auf, um gemeinsam die **Klimakatastrophe abzuwenden** und unser Überleben zu sichern.

Unsere Forderungen lauten:

(1) **Die Regierung** muss zusammen mit den Medien die **Wahrheit über die akute Bedrohung** durch die Klimakrise und die Zerstörung unserer Ökosysteme kommunizieren. Alle Gesetze, die dieser Situation nicht angemessen sind, müssen revidiert werden.

(2) Die Regierung muss **Maßnahmen** rechtlich bindend beschließen und einleiten, um die Netto-Emissionen von Treibhausgasen in Deutschland bis 2025 auf Null zu senken. Im Zuge dessen muss der Ressourcenverbrauch massiv reduziert werden.

(3) Die Schaffung einer **Bürgerversammlung** als Teil einer zweckmäßigen Demokratie, die diesen Prozess begleitet und überwacht. **Schließt euch uns an!** <https://xrebellion.org/>

# Vielfältige Klimabewegungen

Zum Schutz des Klimas sind viele Menschen aktiv. Demonstrationen von Jung und Alt, Aktionen und Blockaden gegen klimaschädigende Unternehmen und sie finanzierende Banken und Institutionen, Einsatz für die Durchsetzung von Alternativen auf der kommunalen Ebene, gerichtliche Auseinandersetzungen, individuelle Verhaltensänderungen, ... Wir dokumentieren in diesem Heft einige dieser vielen Aktivitäten (s. auch Berichte in SiG 130 S.5 , SiG 129 S. 7-9).

## **Kohleausstieg!** **Bündnis „Alle Dörfer bleiben!“**

Für Menschen in mehr als einem Dutzend Dörfern steht ihre **Zukunft auf der Kippe. Häuser, Kirchen, Wälder und fruchtbares Ackerland sollen Braunkohle-Tagebauen weichen.** Dabei ist klar: die Energieerzeugung ist auch erneuerbar möglich und ein Kohleausstieg unbedingt notwendig, um die 1,5°C-Grenze noch einzuhalten.

Einzig für die Wirtschaftsinteressen der großen Energiekonzerne **RWE, LEAG und MIBRAG**, die die Tagebaue in den drei deutschen Braunkohlerevieren betreiben, sollen die Dörfer zerstört werden und weitere tausende Menschen ihr Zuhause verlieren.

### **Wir stellen uns der Ungerechtigkeit in den Weg.**

Die vorläufige Rettung des Hambacher Waldes hat gezeigt, dass wir als geeinte, vielfältige Bewegung stärker sind als die Konzernmächte und dass wir breiten Rückhalt aus der Bevölkerung erfahren. Der lokale Widerstand in den Braunkohlerevieren hat neue Fahrt aufgenommen. Tausende Menschen aus der ganzen Welt kamen zu Camps im Rheinland und im Leipziger Land, um gegen Braunkohle und für den Erhalt der Dörfer zu protestieren. Zwangsumsiedlung, Kulturverlust, soziale Zermürbung und Klimazerstörung rücken ins Licht der Öffentlichkeit und eine wachsende Bewegung verspricht: Kein Dorf bleibt allein!

Wir, die durch Tagebaue und Zwangsumsiedlung direkt betroffen sind, Aktive der Klimagerechtigkeitsbewegung, solidarische Bürgerinnen und Bürger, schließen uns zusammen, über die Grenzen von Region und Herkunft hinweg.

### **Weder im Rheinland, noch in der Lausitz, noch im Leipziger Land darf auch nur ein einziges weiteres Dorf dem Braunkohleabbau zum Opfer fallen.**

Wir stehen solidarisch dafür ein, dass in allen drei Regionen alle Siedlungen und Orte bestehen bleiben und ein lebendiges Zusammenleben sowie eine gerechte und selbstbestimmte Transformation möglich werden.

Das heißt auch: **Die Braunkohle muss im Boden bleiben**, denn um die Klimakatastrophe abzuwenden, dürfen 1,5°C Erderwärmung nicht überschritten werden.

<https://www.alle-doerfer-bleiben.de/>



## **Keinen Meter der Kohle!**

**13.04.2019 Frühlingsaktion in Pödelwitz**, damit alle Dörfer bleiben – im Leipziger Umland und überall! [Mehr Infos dazu...](#)  
**27.04.2019 bei Leipzig:** Fahrradtour nach Lützen [FLYER A4](#)

## **Klimanotstand!**

**Am 20. Februar 2019 hat der Rat der Stadt Basel den Klimanotstand ausgerufen.** Damit hat das baselstädtische Parlament eine von der Jugendbewegung „Klimastreik“ (<https://climatestrike.ch/ueber-uns/>) verfasste Resolution mit 71:17 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) angenommen. Basel folgt damit Städten wie Los Angeles, London und Vancouver.

• Aus der [Resolution](#):

- (...) Der Basler Grosse Rat erklärt den Klimanotstand und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.
- Der Basler Grosse Rat wird die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Der Basler Grosse Rat orientiert sich für zukünftige Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondereim Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Der Basler Grosse Rat fordert, dass die Regierung die Bevölkerung des Kantons umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informiert.

Das [Klimabündnis in NRW](#) ruft dazu auf, ebenfalls in anderen Kommunen den Klimanotstand zu erklären. [„Klimanotstand in jedem Rathaus“](#) gibt den aktuellen Überblick.

**NaturwissenschaftlerInnen-Initiative**  
– Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit  
**33 Jahre Tschernobyl – 8 Jahre Fukushima:**  
**Energiewende ohne Atom und Kohle - Anzeige**

## **Verkehrswende!**

**Bücher von Winfried Wolf:** Mit dem Elektroauto in die Sackgasse: Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt, Wien 2019.

»abgründig + bodenlos. Stuttgart 21, sein absehbares Scheitern und die Kultur des Widerstands« (3. Auflage).  
**S. auch Rede von Winfried Wolf auf der Demonstration in Stuttgart**, Montag, dem 7. Januar 2019: Richard Lutz' Eingeständnis: „S21 ist absolut unwirtschaftlich“ / Überflutungsrisiko / Brandschutzkonzept für S21 – „ein Staatsverbrechen“  
**W. Wolf: Mobilität ohne Auto - Plädoyer für eine umfassende Verkehrswende** [Blätter Dez 2017](#)

IMI: [Bahn frei für die Bundeswehr](#)

"Die Erde brennt - die Bahn pennt" - [Video](#), August 2018

# Attac Frankreich

## Demonstrationen am 15. und 16. März 2019:

### Eine Mobilisierung von historischer Dimension für soziale und Klimagerechtigkeit

18. März 2019

**Mehrere hunderttausend Menschen** demonstrierten am Freitag, den 15. und Samstag, den 16. März 2019 in über 210 französischen Städten. Sie folgten den Aufrufen des Solidaritätsmarsches, der Bewegung der Gelbwesten und des Weltklimamarsches.

**Am Freitag** streikten über 1,4 Millionen junge Menschen in mehr als 200 Ländern auf allen fünf Kontinenten für das Klima. **Am Samstag** versammelten sich rund 350.000 Teilnehmer in ganz Frankreich zu den Demonstrationen für soziale und Klimagerechtigkeit und riefen: „Lasst uns das System und nicht das Klima ändern.“

**Angesichts der Farce der „großen Debatte“ wird die Forderung nach sozialer und steuerlicher Gerechtigkeit laut.**

Die starken Mobilisierungen am 16. März 2019, die die der Gelbwesten verstärken, drücken die von einer großen Mehrheit der Franzosen unterstützte Forderung nach steuerlicher und sozialer Gerechtigkeit aus. Dazu gehören insbesondere die

Wiederherstellung der Vermögenssteuer, die Abschaffung der Abgeltungssteuer, eine stärkere Progressivität der Einkommenssteuer und eine verstärkte Bekämpfung der Steuerflucht.

**Attac begrüßt, dass nun drei große Mobilisierungen zusammenkommen: Marsch für das Klima, Marsch gegen Rassismus und Polizeigewalt und Bewegung der Gelbwesten. Alle fordern einen Systemwechsel.** Soziale Gerechtigkeit und dringender Klimaschutz sind Teil des gleichen Kampfes, gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur und gegen die Straflosigkeit multinationaler Unternehmen.

**Wir befinden uns in einem sozialen und klimatischen Notstand.** Emmanuel Macron reagiert weder auf den Untergang des Planeten noch auf die Misere am Ende des Monats, weshalb sich die sozialen Bewegungen um 15.00 Uhr zu einer gemeinsamen symbolischen Aktion zusammengefunden haben.

Angesichts einer so massiven Bewegung können sich Emmanuel Macron und seine Regierung nicht mit schönen Worten oder einem Foto mit den jungen Demonstranten begnügen. Sie müssen die Botschaft vom 15. und 16. März 2019 hören: Die Bekämpfung des Klimawandels ist unvereinbar mit der von der parlamentarischen Mehrheit betriebenen produktivistischen und wirtschaftsfreundlichen Politik.

Die Hunderttausenden von jungen und weniger jungen Menschen, die sich in den letzten zwei Tagen zusammengefunden haben, um die Untätigkeit der Regierung beim Klimawandel anzuprangern, ziehen Emmanuel Macron und die Regierung zur Verantwortung: Werden sie taub bleiben und weiterhin auf Freiwilligkeit setzen oder werden sie endlich der französischen Klimapolitik mehr Nachdruck verleihen und alle klimaschädlichen Projekte (von Autobahnen bis zu Freihandelsabkommen) beenden?

15.März in Paris : [Fotos](#) / Fotos von [Attac FR](#)



**Rückblick:** diese Demonstrationen reihen sich in eine Folge von mehreren zentralen Demonstrationen seit Sept. 2018 ein: 27.1.2019: ca. 100 Demonstrationen und Aktionen [für das Klima](#) in Frankreich und in Belgien

22.2.: Fotos und Bericht von [Reporterre](#) und von [Attac FR](#)

### „Es reicht!“: 140 Organisationen rufen zu Demonstrationen am 15./16. März 2019 auf

Originaltext: [Attac FR](#)

6. März 2019 – Unser Protest hat im Herbst begonnen. Im Winter wuchs er beachtlich. Im Frühjahr ändert er seine Dimension. Es gibt keine Jahreszeiten mehr. Heute sind wir Millionen, bereit, uns zu wehren, Alternativen zu entwickeln und die Regierung, die multinationalen Unternehmen, Banken und Finanzinstitute zur Rechenschaft zu ziehen.

Es ist an der Zeit, das industrielle, politische und wirtschaftliche System zum Schutz der Umwelt, der Gesellschaft und des Einzelnen zu verändern.

Wir müssen die Emissionen von Treibhausgasen ab sofort drastisch reduzieren, um die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.

Wir müssen die biologische Vielfalt bewahren, während wir gerade den sechsten massiven Artenverlust erleben.

Wir müssen die Demokratie erneuern und die Entscheidungsträger zwingen, die Interessen aller statt die einiger weniger zu schützen.

Für die soziale Gerechtigkeit müssen wir den Reichtum umverteilen, so dass für alle ein würdiges Dasein gewährleistet wird.

Der Kampf gegen den Untergang des Planeten und der Kampf gegen die Misere am Ende des Monats sind eins.

Wir wollen den Klimawandel bekämpfen, wir wollen die soziale Gewalt bekämpfen, und wir lehnen jede Form von Unterdrückung oder Diskriminierung ab.

Anders reisen, essen, wohnen, heizen, produzieren, konsumieren, das ist möglich. Solche alternativen Vorschläge werden von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern im Namen einzelner Interessengruppen, die uns gegen die Wand fahren, hintangestellt und unterbunden.

Unser Frühling wird klimagerecht und sozial sein.

**Am 15. März 2019** wird die Jugend in ganz Frankreich und auf der ganzen Welt streiken.

**Am 16. März 2019** werden wir zusammen demonstrieren, um „Es reicht!“ zu sagen und sofortige Veränderungen zu fordern.

Aufgerufen haben u.a. Attac FR, Greenpeace, Oxfam,;

Ebenfalls ([Erklärung](#) am 13.3.2019) die CGT, SUD-Solidaires, mehrere Gruppen gegen Polizeigewalt u.a.m.

### Französische Gewerkschaft CGT ruft zum Einsatz für das Klima am 15. März 2019 auf

1. März 2019

**Die CGT unterstützt den Aufruf junger Menschen** zu einer globalen Mobilisierung für das Klima und ruft Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslose und junge Menschen auf, sich massiv an den am 15. März 2019 in ganz Frankreich stattfindenden Veranstaltungen zu beteiligen.

Das ist die größte Herausforderung unserer Zeit: die globale Erwärmung und ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. Seit der Verabschiedung der beiden globalen Übereinkommen der Vereinten Nationen über Klima und biologische Vielfalt im Jahr 1992 sind die notwendigen Leitlinien und die erforderlichen Veränderungen bekannt. Doch von COP zu COP werden die Berichte immer alarmierender, aber **faktisch gibt es keinen Kurswechsel! Keine Systemänderung!**

Der Temperaturanstieg beschleunigt sich. Wenn die globale Erwärmung nicht unter 1,5 °C gehalten wird, sind die Folgen für die Menschheit und die Biodiversität unumkehrbar. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 45% reduziert werden und bis 2050 ist Klimaneutralität zu erreichen. Die Europäische Union hat diese Ziele jedoch gerade aufgegeben und strebt nun nur noch eine Reduzierung um 40% bis 2030 an.

Um den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck und die Treibhausgasemissionen massiv zu reduzieren, **müssen wir das Entwicklungsmodell ändern und mit einer Logik brechen, bei der private Interessen über dem**

**Gemeinwohl stehen.** Der ökologische Wandel erfordert daher **Maßnahmen**, die mit der aktuellen Politik brechen:

- den **universellen Zugang zu globalen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen**, insbesondere zum Wasser gewährleisten;

- den **öffentlichen Verkehr** im ganzen Land entwickeln und verbessern, mit einem multimodalen und komplementären Ansatz bei den Verkehrsmitteln unter Beachtung sozialer und ökologischer Kriterien;

- eine kohärente **Industriepolitik entwickeln, die soziale und ökologische Fragen miteinander verbindet**;

- die lokale Reindustrialisierung durch eine Industriepolitik einleiten, die **kurze Wege** bevorzugt;

- die **öffentlichen Subventionen überprüfen** und bewerten und ihre Rückgabe einfordern, wenn ihre Wirksamkeit nicht nachgewiesen ist.

**Das Kapital kümmert sich nicht um die Zukunft der Menschheit. Für unsere Gewerkschaftsbewegung sind Umweltfragen und Klimaschutz untrennbar mit unseren Bemühungen um Fortschritt und soziale Gerechtigkeit verbunden.** Das sind zwei Seiten derselben Medaille, für eine „nachhaltige menschliche Entwicklung“.

**Lasst uns das System ändern, nicht das Klima!**

[Originaltext](#);

Weiteres [Kommuniqué am 6. März](#)

Foto (Reporterre) unten:  
**„Klima und soziale Gerechtigkeit:  
Raus mit Macron“**  
(Wiederholt wurden Macrons-Portraits aus Rathäusern entfernt)



# Attac Frankreich

## Französischer Staatshaushalt 2019: Der Präsident der Reichen bleibt bei seinem Kurs!



Donnerstag, 20. Dezember 2018

Das **Haushaltsgesetz 2019**, das am Donnerstag, den 20. Dezember 2018, von der Nationalversammlung verabschiedet wurde, verstärkt den Prozess der Verschärfung der Steuerungerechtigkeit und des Sozialabbaus, der schon den ersten Haushalt der fünfjährigen Präsidentschaft geprägt hatte.

### **Attac verurteilt die Fortsetzung der schamlosen Politik der Steuergeschenke ohne Gegenleistung für Reiche und Unternehmen.**

Die Regierung hält an der Abgeltungssteuer und der Abschaffung der Vermögenssteuer (ISF) fest, obgleich die Mehrheit der Franzosen dagegen ist.

Die Exit-Steuer wurde gesenkt, was zeigt, dass die Bekämpfung der Steuerhinterziehung für diese Regierung keine Priorität darstellt.

Gleichzeitig sieht der Haushalt 2019 größere Steuergeschenke – 71 Milliarden Euro – für die Unternehmerschaft vor, darunter 42 Milliarden Euro für die „Steuergutschrift für Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Beschäftigung“ (CICE), deren Haupteffekt darin besteht, die Unternehmensprofite und die Dividenden der Aktionäre zu steigern.

Für Attac ist dieser Haushalt **ein weiterer Schlag gegen Rentner/-innen, die öffentlichen Dienste und soziale Sicherungssysteme.**

Attac-Sprecherin Aurélie Trouvé protestiert: „*Mit einer Erhöhung der sozialen Mindestsicherungen und Renten, die bereits durch die CSG geschmälert wurden, um nur 0,3% bei einer Inflationsrate von 1,3% organisiert diese Regierung eine allgemeine Senkung der Kaufkraft.*“

Mit dem Sozialversicherungsgesetz (PLFSS) greift die Regierung auch die sozialen Sicherungssysteme an. Für das Budget der Krankenhäuser, denen es bereits an Ressourcen mangelt, wurde eine Kürzung um 910 Millionen Euro durchgesetzt. Außerdem ist eine Senkung der Ausgaben der Krankenversicherungen um 3,8 Milliarden Euro vorgesehen.

Raphaël Pradeau, Attac-Sprecher, meint:

„*Hinter diesen Zahlen verbergen sich neue Angriffe gegen die Sozialversicherung, die auch durch die gerade beschlossene Senkung der Sozialversicherungsbeiträge stark geschwächt wird.*“

Die öffentlichen Dienste werden durch diesen Haushalt vernachlässigt. Das Einfrieren des Indexpunktes für Beamte wird beibehalten. Die Streichung von schätzungsweise 4170 Stellen wird fortgesetzt.

Dominique Plihon, Sprecher von Attac, prangert an: „*Der Haushalt 2019 zeigt, dass der Plan dieser Regierung darin besteht, den Abbau der öffentlichen Dienste fortzusetzen, die für unsere Mitbürger sehr wichtig sind.*“

Es ist dringend erforderlich, dass die Regierung den Kurs ändert, um der Forderung nach Steuergerechtigkeit nachzukommen, die in den letzten Wochen auf den Straßen verstärkt zum Ausdruck gebracht wurde.

<https://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/budget-2019-le-president-des-riches-maintient-le-cap>

S. auch den Beitrag von Dominique Plihon (Video von 2 Minuten):  
<https://france.attac.org/actus-et-medias/les-videos/article/budget-2019-le-president-des-riches-maintient-le-cap>



# Attac Frankreich

## Unsere Vorschläge zur Steuergerechtigkeit und zur Einleitung des ökologischen Übergangs

### 12 Vorschläge zur Steuergerechtigkeit

Um dem ungerechten und ineffizienten Charakter des französischen Steuersystems ein Ende zu setzen, schlägt Attac eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Steuergerechtigkeit vor.

1. **Unnötige Steuerschlupflöcher beseitigen**, um die Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Steuerschlupflöcher sind Steuersenkungen für Privatpersonen und Unternehmen, die fast 100 Milliarden Euro pro Jahr kosten und vor allem den Reichsten zugutekommen. Die beiden teuersten Schlupflöcher, die Steuergutschrift für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (CICE) und die Forschungsteuergutschrift (CIR), müssen abgeschafft oder zumindest den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vorbehalten werden.

2. Die **Progressivität der Einkommenssteuer erhöhen**, zusätzliche Einkommenssteuerstufen einführen.

3. Den **Allgemeinen Sozialbeitrag (CSG)** zu einem progressiven (und nicht proportionalen) Beitrag machen und dem Haushalt der Sozialversicherung und nicht dem Staatshaushalt zuführen.

4. Die Progressivität der Kapitalertragssteuer durch **Abschaffung der Abgeltungssteuer** wiederherstellen, die für Finanzerträge einen einheitlichen Satz von 30 % vorsieht.

5. Die **Vermögenssteuer wiederherstellen und erneuern**, um die Basis für die Besteuerung von Vermögen zu verbreitern. Um die Renditen besser zu besteuern, schlägt Attac vor, die Vermögenssteuer auf das gesamte Vermögen eines Steuerpflichtigen (Immobilien, bewegli-

ches Vermögen und Finanzanlagen) zu erheben und eine progressive Staffelung mit einem Freibetrag für den Hauptwohnsitz einzuführen.

6. Die **Mehrwertsteuer** gerechter machen: Während es sich um eine regressive Steuer handelt (bei Haushalten mit niedrigem Einkommen ist der Anteil am Einkommen größer), macht die Mehrwertsteuer die Hälfte der Steuereinnahmen des französischen Staates aus! Deshalb müssen wir ihre Last reduzieren, indem zunächst die Güter des Grundbedarfs von der Mehrwertsteuer befreit werden.

7. Abbau der Steuerunterschiede zwischen **KMU** und Großunternehmen: Dazu gehört insbesondere die Besteuerung von Gewinnen dort, wo sie entstehen, um zu verhindern, dass multinationale Unternehmen ihre Gewinne nach Belieben in Steueroasen ausweisen. Um die Körperschaftsteuer dauerhaft zu „relokalisieren“, muss das Projekt „gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)“ es ermöglichen, den Wettlauf um den niedrigsten Steuersatz zu beenden. Frankreich kann unverzüglich eine globale Besteuerung multinationaler Unternehmen einführen, um ihre tatsächliche Tätigkeit in Frankreich zu besteuern. Es ist auch notwendig, eine öffentliche Berichterstattung nach Ländern einzurichten, damit multinationale Unternehmen verpflichtet werden, Informationen über ihre Tätigkeiten und die Steuern, die sie in allen Ländern, in denen sie tätig sind, zahlen, zu veröffentlichen.

8. **Besteuerung von Finanztransaktionen**: Diese Steuer würde die Bekämpfung

von Spekulation ermöglichen, die die Ursache von Finanzkrisen ist, und zum Schutz gegen die Klimaerwärmung in den Ländern des Südens beitragen.

9. Einführung einer **Kilometersteuer**: Um die Relokalisierung wirtschaftlicher Tätigkeiten und die Verringerung des internationalen Handels (und damit der Treibhausgasemissionen) zu fördern, ist es notwendig, eine Erhöhung der Transportkosten zu erreichen. Die Besteuerung eines Produktes nach der Anzahl der zurückgelegten Kilometer ist eine Alternative zu den Zöllen und ermöglicht es, das Ziel auf kooperative Art zu erreichen. Die ökologischen Herausforderungen verlangen es auch, dass wir eine Steuer auf Internetübertragungen (nach Kilobyte) in Betracht ziehen. Die Einführung dieser globalen Steuern wird es ermöglichen, globale Gemeinschaftsgüter zu finanzieren.

10. **Steuerbetrug besser aufdecken**, indem sowohl die personelle und finanzielle Ausstattung der Steuerverwaltung aufgestockt als auch die Palette der Sanktionen gegen Betrüger erweitert wird.

11. Harmonisierung der Besteuerung auf europäischer Ebene durch die Schaffung einer „**europäischen Steuerschlange**“, die die Unterschiede zwischen den Steuersystemen schrittweise verringert. Um dem Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen zu umgehen, sollte eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dazu bereiten Staaten in Betracht gezogen werden.

12. Die **CO<sub>2</sub>-Besteuerung auf die umweltbelastendsten und bisher weitgehend befreiten Unternehmen verlagern**.

### 14 Maßnahmen zur Einleitung des ökologischen Übergangs

1. **Abschaffung der Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Steuer für industrielle Verursacher, Luft- und Seeverkehr** (Kerosin, Schweröl) und Industrieanlagen, die dem europäischen CO<sub>2</sub>-Markt unterliegen.

2. **Eisenbahnlinien** für die täglichen Fahrten sichern, Wiedereröffnung von Bahnhöfen und Eisenbahnstrecken, so dass der Einsatz von Privatfahrzeugen reduziert werden kann, ebenfalls zur Förderung des Güterverkehrs und Verringerung der Anzahl der Lastkraftwagen auf der Straße.

3. **Aufgabe der sieben neuen Autobahnprojekte** (GCO, A 69 usw.) und Umwidmung der Finanzierung zur **Förderung des täglichen öffentlichen Verkehrs und der sanften Mobilität**, insbesondere in ländlichen und peripheren Gebieten.

4. Finanzierung eines umfassenden **Renovierungs- und Wärmedämmungsplans** für bestehende Gebäude, wobei lokal hergestellte und/oder biologisch hergestellte Materialien vorgezogen werden und einkommensschwachen Haushalten, die von Energiearmut betroffen sind,

Vorrang eingeräumt wird.

5. Finanzierung eines umfassenden Programms zur **Schaffung öffentlicher Arbeitsplätze**, um die energetische und ökologische Wende durchzuführen und die Rechte der von diesem Übergang betroffenen Beschäftigten zu gewährleisten.

6. Einführung eines **Moratoriums für alle neuen Projekte zur Zersiedelung mit Wohn- oder Geschäftshäusern** (Einkaufszentren, große unnötige Projekte), um keinen Anreiz für zusätzliche

Fahrten zu bieten und die Denaturierung des Bodens zu stoppen.

7. **Öffentliche Dienstleistungen und Wirtschaftstätigkeiten nahe der Wohngebiete etablieren**, insbesondere in ländlichen und peripheren Gebieten, und Durchführung einer Politik zur Kontrolle von Mieten und Bodenpreisen, damit die ärmsten Haushalte in den Stadtzentren leben können.

8. **Begrenzung des Einsatzes von Pestiziden und Düngemitteln** sowie Beendigung der industriellen Landwirtschaft und ihre Ersetzung durch die **bäuerliche Landwirtschaft**, indem die Beschäftigung in der Landwirtschaft gefördert und die Subventionen auf ökologische und lo-

kale Produkte umgelenkt werden. Biologische und/oder lokale Produkte und die Reduzierung von Abfällen in der Gemeinschaftsverpflegung vorschreiben.

9. **Energiepolitik planen**, um die Nutzung der **Kernenergie schnellstmöglich zu beenden**, der Energieeffizienz und der Entwicklung erneuerbarer Energien Vorrang einräumen.

10. **Sofortige Einstellung öffentlicher Investitionen in fossile Brennstoffe** (AFD, CDC, EIB, EBRD, Weltbank) **und in falsche technologische Lösungen**, die darauf abzielen, Verschwendung zu vermeiden.

11. **Aufhebung der für Total erteilten Bohrgenehmigungen in Französisch-**

**Guayana und Beendigung des Goldbauprojekts in der Montagne d'or.**

12. Gelder auf **Sparkonten** für Projekte verwenden, die ausschließlich zum energetischen, ökologischen oder sozialen Übergang beitragen.

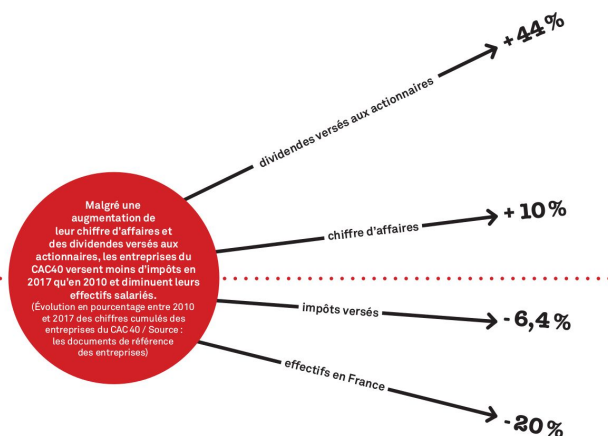
13. **Die vorläufige Anwendung des Abkommens CETA stoppen**, das als nicht klimakompatibel gilt, und es nicht ratifizieren.

14. **Sich für eine ehrgeizigere EU-Klimapolitik einsetzen** im Hinblick auf die Verringerung der Treibhausgasemissionen, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz.

Quelle: [Attac Frankreich](#)

### Studie von Attac Frankreich: „Die großen französischen Unternehmen: verheerende Auswirkungen auf die Gesellschaft und den Planeten!“

[Text](#) 21.01.2019



In den 40 größten börsennotierten Unternehmen in Frankreich wurde die Belegschaft zwischen 2010 und 2017 um 20 % reduziert; diese „CAC40“-Unternehmen haben 6,4 % weniger Steuern bezahlt, dafür 44 % mehr Dividenden ausgeschüttet.

„**Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit**, wenn die Profite der großen Unternehmen des Landes, die Dividenden und die Gehälter der oberen Konzernführer davonfliegen, während weltweit die Beschäftigtenzahlen stagnieren oder, wie in Frankreich, stark zurückgehen?“

**Wo bleibt die Klimagerechtigkeit**, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen der umweltschädlichsten Produktionsstätten 2017 um fünf Prozent gestiegen sind und der (Schadstoff-)Ausstoß vor allem der 40 größten Konzerne sich der ›Kohlenstoffsteuer‹ weitgehend entzieht?“

**Wo bleibt die Steuergerechtigkeit**, wenn die 40 Unternehmen mehr als 2.500 Filialen in sogenannten Steuerparadiesen unterhalten und heute weniger an den Fiskus zahlen als noch im Jahr 2010?“ Bericht in der Zeitung [jungewelt](#) 24.01.2019

[Studie](#) von Oxfam: Steuerflucht der großen Unternehmen in Frankreich  
s. auch: [multinationales.org/Le-veritable-bilan-annuel-des-grandes-entreprises-francaises](http://multinationales.org/Le-veritable-bilan-annuel-des-grandes-entreprises-francaises)

### Petition in Frankreich: Schluss mit der Untätigkeit! Wir fordern Gerechtigkeit!

2,15 Mio. Menschen in Frankreich haben eine Petition unterschrieben [laffairedu siecle.net](http://laffairedu siecle.net),

mit dem Ziel, die französische Regierung wegen Untätigkeit bezüglich Klimaschutz zu verklagen.



Die Petition wurde von den Organisationen [Notre Affaire à Tous](#) la [Fondation](#) pour la Nature et l'Homme, [Greenpeace France](#) und [Oxfam France](#) initiiert:

„(...) Während die Investitionen, die zur Behebung der Katastrophe erforderlich sind, hauptsächlich von den Reichen finanziert werden sollten, tragen die Mittelschicht und die Bedürftigsten heute auf undifferenzierte Weise dazu bei. Der Kampf gegen den Klimawandel darf nicht zu Lasten der Schwächsten gehen. (...) Der Staat ist verpflichtet zu handeln. Er muss die notwendigen politischen Maßnahmen ergreifen und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit gewährleisten. Er muss unsere Abhängigkeit vom Öl verringern und uns Transportalternativen bieten. Er muss in die Renovierung von Wohnungen investieren und die Nutzung erneuerbarer Energien fördern sowie auf die Nutzung fossiler und nuklearer Energien verzichten. Er muss allen den Zugang zu ausreichenden, gesunden und hochwertigen Lebensmitteln ermöglichen, den Landwirten ein angemessenes Einkommen garantieren und die Entwaldung bekämpfen. (...)“

Am 14. März ist die Klage gegen die französische Regierung eingereicht worden.

# Attac Frankreich

## Diese unendliche Krise - hier ist der Ausgang

Aus einem Buch von Jean-Marie Harribey, Michel Husson, Esther Jeffers, Frédéric Lemaire und Dominique Plihon, «Cette crise qui n'en finit pas – Par ici la sortie», LLL – Edition des Liens qui libèrent 2017, Paris (S. 237–246)

### Zusammenfassung

#### Die Krise ist kein Schicksal

Dieses Buch hat versucht eine einfache Frage zu beantworten: Warum dauert die Krise immer noch an, wo sie doch bereits vor zehn Jahren ausgebrochen ist? Man kann sich daher auch fragen, inwieweit das Konzept der Krise taugt, um die chronische Instabilität des globalen Kapitalismus zu beschreiben.

Die erste Erklärung lautet, dass es sich um eine ebenso systemische Krise handelt wie die beiden großen historischen Krisen des Kapitalismus, 1873 und 1929, denen tiefgreifende Veränderungen folgten. Man kann sogar meinen, dass die aktuelle Krise wegen ihrer Mehrdimensionalität ernster als die vorhergehenden ist: Sie ist eine ökonomische, soziale, ökologische und geopolitische Krise..

#### Ein Wirtschaftssystem in tiefer Krise

Die zweite Erklärung, die an die erste anschließt, ist in diesem Buch entwickelt, um die Dauerhaftigkeit dieser Krise zu beschreiben: diese ist der Ausdruck eines Systems, dem die Luft ausgeht. Dieser Aspekt ist im ersten Teil des Buches beschrieben. Tatsächlich hat diese Krise tiefere Ursachen. Sie liegen in der Erschöpfung seines Produktionssystems, was sich durch die tendenzielle Verlangsamung des Produktivitätswachstums seit den Sechziger-Jahren ausdrückt.

Der sichtbarste Ausdruck für den Rückgang der Effektivität des Produktionssystems ist der deutliche Rückgang der Wirtschaftswachstumsraten der entwickelten Industrieländer, aber seit einiger Zeit auch die der Schwellenländer.

Dies kann die Hypothese anregen, diese Länder seien in eine „Jahrhundertstagnation“ eingetreten. Die Verbindung der Verlangsamung des Produktivitätswachstums mit dem des Wirtschaftswachstums hat unmittelbare Auswirkungen auf die Gewinnraten der Unternehmen, offenkundig die strategische Variable des kapitalistischen Systems.

Wir haben dargestellt, dass die kapitalistischen und politischen Klassen seit den 1980iger Jahren drei Hebel im Rahmen neoliberaler Konzepte eingesetzt haben, um dem Rückgang der Gewinnraten seit

den Sechziger-Jahren zu begegnen: eine Neuaufteilung zwischen Profiten und Arbeitseinkommen zulasten der Beschäftigten, die Erschließung neuer Absatzmärkte und die Finanzialisierung der Wirtschaft.

#### Die Finanzialisierung, eine Flucht nach vorn

Diese drei Hebel haben bis vor der Krise die Profite wiederhergestellt. Diese drei Hebel sind jedoch an ihre Grenze gestoßen, was die aktuelle Schwäche des globalen Kapitalismus erklärt. Der Anstieg der Wirkung der Finanzwirtschaft auf ein historisch nicht dagewesenes Niveau führte zu einer dauerhaften Instabilität der Finanzwirtschaft aus, in Form von immer häufigeren und verheerenden Spekulationsblasen.

Eine weitere grundlegende Feststellung: Die mit Schulden finanzierte Flucht nach vorn stößt an ihre Grenzen. Es ist kein Zufall, dass die Überschuldung der US-amerikanischen Privathaushalte der Auslöser der Subprime-Krise waren. Diese Verschuldung war das Mittel, die Mittelklasse zahlungsfähig zu halten, die unter dem Stillstand ihres Einkommenswachstums litt. Zehn Jahre nach Beginn der Krise ist die öffentliche und private Verschuldung weit von einem Rückgang entfernt und erreicht in den meisten Ländern gefährliche Ausmaße. Eine neue Schuldenkrise ist mehr als wahrscheinlich, aber diesmal eine Krise globalen Ausmaßes.

#### Die trügerischen neoliberalen Lösungen verschärfen die Krise

Es gibt eine weitere Ursache für die Verlängerung der Krise: es handelt sich dabei um die politischen Konzepte, die in den letzten Jahren unter dem Druck der finanzpolitischen Herrschaftselite ergriffen wurden, die damit ihre Vorherrschaft abzusichern versuchen.

Wie im zweiten Teil des Buches geschildert, treten diese politischen Konzepte in vier verschiedenen Formen auf und sind alles andere als Lösungen, sondern sie setzen die Krise weiter fort.

Die Geldpolitik, als Zaubermittel präsentiert, ist die erste der „Fehllösungen“. Es ist unabweisbar, dass die Zentralbanken mit ihrem Eingreifen einen Zusam-

menbruch des Bank- und Finanzsystems abgewendet haben. Dennoch hat ihr Eingreifen im Wesentlichen aus folgenden zwei Gründen einen Ausweg aus der Krise verstellt: Sie haben den Banken bedingungslos Hilfen zur Verfügung gestellt, ohne darauf zu bestehen, dass diese ihre Hauptaufgabe wahrnehmen: Die Finanzierung produktiver Investitionen und die Schaffung von Beschäftigung. In der Folge haben die massiven Liquiditätsspritzen der Zentralbanken im Rahmen ihrer „unkonventionellen“ Maßnahmen direkt die Spekulation auf den Märkten genährt, mit der Folge eines instabilen Klimas, das wenig geeignet ist, aus der Krise heraus zu führen.

Misglückte Finanzreformen und kontraproduktive Reformen stellen die zweite trügerische Lösung dar.

Unter dem Einfluss der Lobbies haben die politischen Entscheidungsinstanzen von grundsätzlichen Reformen abgesehen, die den Finanzmarktakteuren, die ursächlich für die Krise sind, etwas entgegengesetzt hätten. So haben die Aufsichtsbehörden auf eine Schlüsselmaßnahme verzichtet, die darin besteht, das Bankgeschäft in der Realwirtschaft einerseits vom dem des Investmentbankings mit seiner Spekulation andererseits zu trennen.

Es ist doch allgemein anerkannt, dass diese Trennung in Folge der Krise der Dreißiger-Jahre wesentlich zur Verminderung der Bankkrisen in der Nachkriegszeit beigetragen hat.

Aber die Aufsichtsbehörden sind in ihrer Blindheit so weit gegangen, zu entscheiden, Geschäfte wie das Verbriefungsgeschäft, das ein wesentlicher Treiber der Subprime-Krise war, wieder zu fördern!

In der Verschärfung der neoliberalen Politik besteht die dritte trügerische Lösung. Anstatt diese Politik infrage zu stellen, die zu einem großen Teil für die Krise und ihre Verschärfung verantwortlich war, haben die meisten Regierungen die „strukturellen Reformen“ und die Spar- und Sozialabbaupolitik (Austeritätspolitik) verstärkt. Weit davon entfernt an die Wurzeln der Krise zu gehen, hat diese Politik deren Ursachen vertieft, wie das weitere Anwachsen der gesellschaftlichen Ungleichheiten, der Arbeitslosigkeit und

der Verschuldung zeigt. Die Europäische Union ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Davon zeugen die Ablehnung der Architektur der Europäischen Union und ihrer neoliberalen Politik durch die Mehrheit der europäischen Bevölkerung, die sich in der Zustimmung für den Brexit durch das britische Volk sowie die mehrheitliche Ablehnung des Arbeitsgesetzes ausdrückte (*Bewegung gegen eine neoliberal geprägte Arbeitsgesetzreform in Frankreich 2016/17/18*). Das Arbeitsgesetz hat das Ziel, den französischen Arbeitsmarkt an die neoliberalen Vorgaben der Europäischen Kommission anzupassen.

Grünes Wachstum ist die letzte Lösung. Eine unglücklicherweise starke Denkrichung versucht die Tiefe der Krise zu beschönigen, insbesondere hinsichtlich ihrer ökologischen Seite. Sie behauptet – völlig ohne Nachweis –, dass es Krisenlösungen seitens der Technik und der Marktmechanismen gebe, die es erlauben die Klimakrise zu lösen. Kann man wirklich glauben, dass das Graben von Schächten für CO<sub>2</sub> (oder Atom Müll) und die Schaffung eines Weltmarktes für Kohlenstoffemissionen (der Europäische Markt für Kohlenstoffemissionen ist gescheitert) die internationalen Unternehmen zu einem radikalen Umsteuern ihres Klimaverhaltens bewegen könnte?

### **Schritte eines erforderlichen Richtungswechsels**

Dieses Werk gibt sich aber nicht mit der Feststellung einer „nicht enden wollenen Krise“ zufrieden oder damit, die Sackgassen der aktuellen Politik zu kritisieren. Es stellt, in seinem letzten Teil, ebenso Alternativen zur neoliberalen Politik und Schritte zu einem wirklichen Krisenausweg dar. Das Versagen des herrschenden Wirtschafts- und Sozialsystems bietet eine historische Möglichkeit, eine Wende zu einem neuen System einzuleiten, das sich an den Werten sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher und energetischer Effizienz orientiert.

Es geht vor allem darum, das Finanzsystem in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen und nicht mehr in den des einen Prozents, das den Reichtum des ganzen Planeten für sich vereinnahmt. Im Einzelnen geschieht das durch eine Veränderung des Banksystems, die damit beginnt, die Bankengeschäfte zu trennen und eine demokratische Kontrolle der Geschäftsbanken und der Zentralbanken herzustellen. Es ist zwingend, die Finanzmärkte zu „entwaffnen“ und ihnen solche Spekulationsmittel wie den Hochfrequenzhandel

zu nehmen und eine Steuer auf alle Finanztransaktionen einzuführen. Das Finanzsystem muss umgebaut werden, denn die Finanzierung der Energiewende kann nicht durch Marktmechanismen und private Investoren geleistet werden, die durch ihr einziges Interesse kurzfristiger Gewinnerzielung geleitet sind.

Die Arbeit steht im Zentrum einer sozial-ökologischen Transformation. Die Politik, die zu einer Entwertung der Arbeit – einziger Quelle der Wertschöpfung – führt, muss beendet werden. Die Arbeitszeitverkürzung ist daher das einzige Mittel, eine Vollbeschäftigungsgesellschaft und eine des „guten Lebens“, das sich 99 Prozent wünschen, zu schaffen. Entgegen den Behauptungen der reinen Lehre des Neoliberalismus ist eine Verkürzung der Arbeitszeit zukünftig, wie auch in der Vergangenheit, unausweichlich und trägt andererseits zu Schaffung von Arbeitsplätzen, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Produktivität bei.

Schließlich, und das ist ein Hauptanliegen dieses Buches, liegen die Hauptwurzeln der Krise im Herzen des renditegeleiteten Wirtschaftssystems, das sich auf der Ausbeutung der Natur und der Arbeit gründet. Nur eine grundsätzliche Abkehr von diesem System führt zu einem Ausweg aus der Krise zum Wohle der großen Mehrheit und der zukünftigen Generationen.

Produktions- und Lebensweise müssen neu gestaltet werden, um den Kohlenstoffverbrauch, Hauptursache des CO<sub>2</sub> Ausstoßes, zu vermindern. Die achtzigprozentige Verminderung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes, unverzichtbar zur Begrenzung der Klimaerwärmung, muss politisch beschlossen werden, in erster Linie von den Ländern des Nordens als Hauptverschmutzer. Die Verpflichtungen, die 197 Länder im Rahmen des COP21 im Dezember 2015 unterzeichnet haben, stellen einen notwendigen aber völlig unzureichenden Schritt dar. Eine globale und verpflichtende Strategie muss auf internationaler Ebene umgesetzt werden.

### **Die Voraussetzungen für einen Ausweg**

Um einen Ausweg zu einem anderen System zu ermöglichen, bedarf es der grundlegenden und fortschreitenden Umwandlung unserer Gesellschaft. Insbesondere müssen einerseits der nicht warenorientierter Bereich, die öffentlichen Dienste und die Deckung der sozialen Bedürfnisse entwickelt werden, und dabei der Gewinnlogik entzogen werden, und anderer-

seits müssen die natürlichen Ressourcen, die als Gemeingüter betrachtet werden, gemeinschaftlich bewirtschaftet werden. Das „gemeinsam Produzieren“ (Com-muns, (1) ) macht eine andere gesellschaftliche Organisation erforderlich, die auf Reichtumsverteilung und Zusammenarbeit gründet, und auf neuen Formen der Wertschöpfung, der offenen Beteiligung verantwortlicher Bürger und der sozialen Erneuerung beruht. Davon zeugen auf der ganzen Welt die zahlreichen Initiativen von Mitgliedern des „gemeinsam Produzieren“, die zum Aufbau lebendiger und funktionierender Alternativen entschlossen sind.

Allgemeiner muss dringend die Demokratie grundlegend erneuert werden, da ihre Grundlagen durch den Neoliberalismus unterpült sind und sie unter der Fuchtel der Finanzmärkte steht. Es ist besonders erforderlich, dass die Demokratie in der Wirtschaft Einzug hält, angefangen bei den Unternehmen, wo der Faktor Arbeit einen höheren Stellenwert erhalten muss und die Beschäftigten direkt an den Entscheidungen beteiligt sein müssen.

Eine weitere Veränderung ist nötig: die Bedeutung des Marktes muss in der Gesellschaft verringert werden. Der Markt darf nicht mehr alle anderen Wirtschaftsfaktoren dominieren; er muss wieder in die Gesellschaft eingehegt werden, um einen Begriff von Karl Polany aufzugreifen. In diesem Sinne ist es nötig, dass alle Märkte (der der Waren und der der Produktionsfaktoren) deutlich langfristigen Zielen unterworfen werden, die das Ergebnis einer öffentlichen Planung sind, die einer sozialen und ökologischen Transformation entsprechen. Die französische Erfahrung hat in der Vergangenheit gezeigt, wie stark eine Planung, an der alle Akteure des wirtschaftlichen und sozialen Sektors beteiligt sind, ein wirtschaftliches und politisch-strategisches Mittel in Zeiten des Umbruchs sein kann.

Der Weg zu dieser neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung zum Wohle der großen Mehrheit wird den Widerstand der herrschenden Klassen hervorrufen. Diese große Umwälzung kann nur durch eine internationale Mobilisierung der Menschen und sozialen Bewegungen stattfinden. Am Aufbau dieser Mobilisierung mitzuwirken, bildet ein vorrangiges Ziel von Attac.

*Übersetzung: Michael Tellmann / SiG-Redaktion*

(1) Sig-Red. : Zur Definition der „Com-muns“: B. Coriat in *'Les Possibles'*, 2015

# Solidarität mit der Rebellion der *Gilets Jaunes* gegen den Neoliberalismus

18. Januar 2019

**1.** Die *Gelbwesten-Bewegung* gehört zu den bedeutendsten sozialen Bewegungen in Europa seit der Jahrhundertwende. Sie umfasst mehrere Hunderttausend Aktive und hat die Sympathie einer großen Mehrheit der Bevölkerung in Frankreich. Sie fällt deutlich aus dem Rahmen der bekannten Protestbewegungen von Gewerkschaften und linken Organisationen gegen die neoliberale Politik, Kampagnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, oder auch von Bewegungen wie *Occupy* oder *Nuit Debout*.

**2.** Die *Gilets Jaunes* haben ihren Ursprung unter den Verlierern der neoliberalen Globalisierung, die sich vom etablierten politischen System nicht mehr repräsentiert sehen. Viele Gelbwesten hatten bisher noch nie an Protesten teilgenommen. Initiiert wurde die Bewegung von unorganisierten Einzelpersonen, die sich politisch weder als rechts noch links verorten und sich explizit von Gewerkschaften und politischen Parteien - auch der Linken - distanzieren. Sie lehnen feste Strukturen und Repräsentanten der Gesamtbewegung ab. Bisher ist nicht erkennbar, dass organisierte Kerne oder bestimmte Strömungen die Hegemonie besäßen.

**3.** Dennoch ist klar sichtbar, dass die konsensfähigen Forderungen sich gegen die neoliberalen Reformen Macrons richten. Es handelt sich in der Substanz also um eine anti-neoliberale Revolte. Objektiv besteht eine Konvergenz der sozialen Forderungen der Gelbwesten mit den Positionen linker Gewerkschaften und Parteien. Die Regierung hat daher konsequenterweise sozialpolitische Zugeständnisse in der Höhe von 10,3 Mrd. Euro gemacht.<sup>1</sup> Auch wenn dies der Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen soll, ist es auch ein Erfolg, wie er so schnell und so umfangreich keiner anderen Bewegung in letzter Zeit gelungen ist. Der Protest geht dennoch weiter.

**4.** Wie sozialwissenschaftliche Analysen und repräsentative Umfragen zeigen,<sup>2</sup> gehen die Ursachen der Rebellion weit über die Ablehnung der Politik Macrons hinaus. Es ist ein generelles Gefühl des „*ras le bol*“ (singgemäß: „*Wir haben die Schnauze voll!*“). Die Erosion des Vertrauens nicht nur zu Macron, sondern zu den etablierten Institutionen bei gut zwei Dritteln der Bevölkerung ist Symptom der allgemeinen Krise neoliberaler Wirtschafts- Sozial- und Gesellschaftspolitik und der Krise der Repräsentation im parlamentarisch verfassten Kapitalismus. Es ist genereller Ausdruck von Wut und tiefer Enttäuschung bei „*denen da unten*“ und von Kontrollverlust bei den Herrschenden, wie er sich nach 30 Jahren neoliberaler Globalisierung nicht nur in Frankreich manifestiert. Ein Kontrollverlust, der nicht durch einen Scheindialog<sup>3</sup> wieder hergestellt werden kann. Das soll nur übertünchen, dass es von Anfang an erhebliche polizeiliche Repression und hohe Strafen im Schnellverfahren gab, die jetzt durch neue autoritäre Gesetze noch einmal verschärft werden.

**5.** Die Offenheit und Diffusität der Bewegungsstrukturen sind Stärke und Schwäche zugleich. Zum einen ermöglichen sie durch den vermeintlich unpolitischen Charakter breite Teilnahme und Unterstützung in der Bevölkerung, zum anderen macht es sie zum Terrain für organisierte Kräfte unterschiedlicher politischer Lager im Kampf um Einfluss und Führung.

---

<sup>1</sup>Frankreich wird mit 3,2% des BIP 2019 die Maastrichtgrenze für Neuverschuldung reißen. Ohne Gegenfinanzierung sogar mit 3,4%. / Dazu Attac Frankreich (<https://france.attac.org/>) zur Rede Emmanuel Macrons an die Nation (10.12.2018): Nebelkerzen, um Steuergerechtigkeit und Geschenke an die Reichen zu retten! - [Übersetzung](#) in SiG130, S.6

<sup>2</sup> Einen tiefen Einblick in den politisch-mental Zustand des Landes gibt eine repräsentative Umfrage, die von *Science Po Cevipov/Opinionway* Ende Dezember 2018 im Rahmen ihres langfristigen Programms *Barometer des politischen Vertrauens* durchgeführt wurde. [https://www.sciencespo.fr/cevipof/sites/sciencespo.fr/cevipof/files/CEVIPOF\\_confiance\\_vague10-1.pdf](https://www.sciencespo.fr/cevipof/sites/sciencespo.fr/cevipof/files/CEVIPOF_confiance_vague10-1.pdf)

<sup>3</sup> Brief von Macron, 14.1.19: <http://www.lefigaro.fr/politique/2019/01/13/01002-20190113ARTFIG00156-grand-debat-national-la-lettre-aux-francais-d-emmanuel-macron.php> ; attac FR, 14.1. <https://france.attac.org/actus-et-medias/les-videos/article/lettre-aux-francais-e-s-emmanuel-macron-se-moque-de-nous>

**6.** Angesichts der Breite der Bewegung kann es nicht überraschen, dass sich auch zweifelhafte Akteure - z.B. Rechtsextremisten - unter die Aktivisten mischen. Obwohl diese nicht im Entferntesten repräsentativ sind, werden sie von Herrschaftsseite und ihren ideologischen Apparaten selektiv herausgegriffen, um die gesamte Bewegung zu delegitimieren. So bezeichnete *Budgetminister Darmanin* die Bewegung schon gleich am Anfang als „braune Pest.“ Andere brachten den Rassismus- und Antisemitismusvorwurf in Stellung. Und natürlich erfüllt auch die Randalie die übliche Funktion: hochgespielte Empörung über Gewalt, um von den Ursachen der Proteste abzulenken.

**7.** Nach anfänglichem Zögern haben Gewerkschaften diejenigen Forderungen der Gelbwesten aufgegriffen, für deren Durchsetzung sie seit langem selber kämpfen und den Zusammenschluss gesucht. Gemeinsame Aktionen gegen einzelne Betriebe haben an zahlreichen Orten stattgefunden<sup>4</sup>. Die Gelbwesten und ihre Unterstützer stehen vor der gleichen Herausforderung wie die Bewegungen vorher gegen die neoliberalen Arbeitsgesetze, die Reform der Bahn, für Klimagerechtigkeit, gegen den Abbau des Gesundheitswesens, usw. Auf der linken Seite des politischen Spektrums hat dessen stärkste Formation, *La France Insoumise*, die Gelbwesten von Anfang an unterstützt. Auch Attac Frankreich hat sehr früh dazu aufgerufen, sich an den Protesten zu beteiligen und die progressiven Positionen zu stärken.<sup>5</sup> Nach einigem Zögern unterstützen und beteiligen sich - mit unterschiedlichem Einsatz - alle relevanten Kräfte der Linken<sup>6</sup>. Attac Frankreich spielt für die Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte eine bedeutende Rolle.

**8.** Niemand kann wissen, wie es weiter geht. Sicher ist jedoch, dass das gegenwärtige Format nicht mehr lange halten wird. Irgendwann nutzt sich jede Bewegung ab, erschöpft sich, erodiert oder spaltet sich, wenn sie nicht zu neuer Qualität findet. Auf jeden Fall von Dauer sind die vielfältigen Lernprozesse, die intensiven Debatten statt bedrücktes Schweigen, das Experimentieren mit neuen Aktionsformen, die politischen Erfahrungen, die Solidarität untereinander und mit anderen. Eine neue Zuspitzung ist natürlich auch ein denkbare Szenario, z.B. der Übergang zu Streikbewegungen oder zu einem Generalstreik. Entscheidend wird sein, ob die Bewegung zur glaubwürdigen, politisch attraktiven Alternative sowohl zu Macron als auch zu Le Pen wird. Das wäre auch richtungsweisend für die Bewegungen in anderen europäischen Ländern.

**9.** Unabhängig davon, wie es weiter geht, hat die Bewegung schon jetzt Wirkung über die Grenzen Frankreichs hinaus. So ist Macron, einst als „Retter Europas“ angetreten, so geschwächt, dass er froh sein kann bei den EP-Wahlen nicht an dritter Stelle zu landen. Auch in der informellen Hierarchie der EU ist er gegenüber Berlin wieder zurückgefallen. Seine Pläne zur Stabilisierung des Euro sind mit der Verletzung der Maastrichtkriterien endgültig Makulatur. Jetzt ist nicht nur Merkel eine *lahme Ente*, sondern auch der Hoffnungsträger aus Paris.

**10.** Und hier in Deutschland, was tun?

- **Verstehen!** Für die Bewegungslinke auch außerhalb Frankreichs enthält die Erfahrung mit den Gelbwesten schon jetzt wertvolle Lehren, die es wert sind, diskutiert zu werden. Die Projektgruppe plant Veranstaltungen zur politischen Lage in Frankreich, auch unter Beteiligung von *Gelbwesten* und Attac Frankreich.

- **Handeln!** Solidarität mit den Gelbwesten und weiteren Bewegungen in Frankreich entfalten, durch Solidaritätsadressen, Spenden, Veranstaltungen, Publikationen etc., aber auch und vor allem durch die Bekämpfung der neoliberalen Politik im eigenen Land - das ist unsere größte Herausforderung.

**Kontakt:** [europa@attac.de](mailto:europa@attac.de)

<https://www.attac.de/kampagnen/europa/frankreich/>

---

<sup>4</sup> Sand im Getriebe [Nr.130](#), S. 10; [CGI](#) „Gemeinsam siegen, das ist möglich“; [Solidaires](#); [Appell](#) von Gewerkschaftsmitgliedern

<sup>5</sup> [Attac Frankreich](#), Übersetzungen in [SiG130](#): „Alle am 8. Dezember 2018 auf die Straße!“ / „Ende der Welt und Ende des Monats – gleicher Kampf!“ / L'exécutif refuse de changer de cap. 4.12.2018, <https://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/l-executif-refuse-de-changer-de-cap-il-ne-prend-pas-la-mesure-de-l-urgence> / [Aufruf](#) „Mit den Gelbwesten ...“, 12. Januar 2019

<sup>6</sup> S. den gemeinsamen Aufruf vom 7.12.2018 „Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit – ein Kurswechsel muss durchgesetzt werden“, Übersetzung in Sand im Getriebe [Nr.130](#), S. 7.

# Aufruf der ersten Versammlung der Versammlungen der Gelbwesten (26./27. Januar 2019)

Die *Gilets Jaunes* von Commercy, eine Kleinstadt in Lothringen, hatten im Dezember zu einer gemeinsamen Versammlung der *Gilets Jaunes* eingeladen ([Aufruf](#), [Infomaterial](#) für die TeilnehmerInnen, [Website](#) der *Gilets Jaunes* in Commercy, s. auch ihren ersten [Aufruf](#) am 30.11.).

**Rund 100 Gruppen haben Delegierte entsandt** (S. die Antwort aus Montreuil - [Video](#) – auch [Deutsche Untertitel](#) ).

**Dokumentation der Versammlung** (Videos) und ausführlicher [Bericht](#); [Bericht](#) von Reporterre.

**300 Delegationen nehmen an der nächsten Versammlung der Gelbwesten in Saint-Nazaire am 5.- 7. April 2019 teil.**

[Infos](#) darüber, auch [hier](#), [Spendenaufruf](#) – SiG-Redaktion, 31.03.2019

**Sonntag, 27. Januar 2019**

Wir, die Gelbwesten von den Kreisverkehren, Parkplätzen, von den Plätzen, den Demonstrationen und aus den Versammlungen, haben uns am 26. und 27. Januar 2019 zu einer Versammlung der Versammlungen getroffen. Etwa hundert Delegationen sind so dem Aufruf der Gelben Westen aus Commercy gefolgt.

**Seit dem 17. November** haben wir uns vom kleinsten Dorf, vom ländlichen Raum bis zur größten Stadt gegen diese zutiefst gewalttätige, ungerechte und unerträgliche Gesellschaft erhoben. Wir lassen das nicht weiter so geschehen!

Wir lehnen uns gegen die hohen Lebenshaltungskosten, die Unsicherheit und die Armut auf. Wir wollen in Würde für unsere Lieben, unsere Familien und unsere Kinder leben. 26 Milliarden besitzen so viel wie die Hälfte der Menschheit, das ist inakzeptabel.

**Teilen wir den Reichtum anstatt das Elend! Lasst uns der sozialen Ungleichheit ein Ende setzen!**

Wir fordern eine sofortige Erhöhung der Löhne, der sozialen Mindeststandards, der Beihilfen und Renten, ein bedingungsloses Recht auf Wohnung und Gesundheit, Bildung und kostenlose öffentliche Dienste für Alle.

Dafür besetzen wir täglich den Kreisverkehr und organisieren Aktionen, Demonstrationen und Debatten überall. Mit unseren gelben Westen melden wir uns wieder zu Wort, wir, die das Wort sonst nie haben.

**Und was ist die Antwort der Regierung darauf?** Unterdrückung, Verachtung, Verunglimpfung, Tote und Tausende von Verwundeten, der massive Einsatz von Waffen, Schüsse, die uns verstümmeln und erblinden lassen, uns verwunden und traumatisieren. Mehr als 1000 Menschen wurden bereits willkürlich verurteilt und inhaftiert.

Und jetzt soll das neue so genannte **“Anti-Randalierer“-Gesetz** uns auch noch darin hindern, dass wir weiterhin demonstrieren.

**Wir verurteilen jede Gewalt gegen Demonstranten**, sowohl durch die Polizei als auch von kleinen gewalttätigen Gruppen. Nichts von allem davon wird uns aber aufhalten! Demonstrieren ist ein Grundrecht. Schluss mit der Straflosigkeit für die Ordnungskräfte! Amnestie für alle Opfer der Unterdrückung!

Und was für ein **fauler Trick, diese große nationale Debatte**, die in Wirklichkeit nichts anders ist als eine PR-Kampagne der Regierung, um unseren Willen und unsere Entscheidungen für sich zu instrumentalisieren! Wahre Demokratie wird in unseren Versammlungen, in unseren Kreisverkehren praktiziert, weder im Fernsehen noch in den von Macron organisierten Pseudo-„Gesprächen am runden Tisch“ gibt es sie. Nachdem er uns beleidigt und uns wie Dreck behandelt hat, präsentiert Macron uns nun als eine faschistoide und fremdenfeindliche Menge mit Hassgefühlen. Aber wir sind genau das Gegenteil: **wir sind weder rassistisch, sexistisch noch homophob**, wir sind stolz darauf, trotz und mit all unseren Unterschieden untereinander zusammengelassen zu sein, **um eine Gesellschaft der Solidarität aufzubauen**.

Die Vielfalt in unseren Diskussionen ist unsere Stärke, hunderte von Versammlungen erstellen zurzeit ihre Vorschläge und stellen ihre eigenen Forderungen auf.

**Es geht um echte Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit, um die Arbeitsbedingungen, um ökologische und klimatische Gerechtigkeit und um ein Ende der Diskriminierung.**

Zu den am häufigsten diskutierten strategischen **Forderungen und Vorschlägen** gehören: die Beseitigung der Armut in all ihren Formen, die Transformation der Institutionen (RIC, Ausarbeitung einer neuen Verfassung, Ende der Privilegien der gewählten Vertreter ...), der ökologische Wandel (Energiesicherheit, industrielle Umweltverschmutzung...), die Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von ihrer Nationalität

(Menschen mit Behinderungen, Geschlechtergleichstellung, Ende der Benachteiligung von Arbeitervierteln, ländlichen Gebieten und Überseegebieten...).

**Wir Gelbwesten laden jeden ein**, sich uns anzuschließen, wie es ihr/ihm möglich ist und angemessen erscheint.

**Wir rufen zur Fortsetzung der Aktionen auf** (Akt 12 gegen polizeiliche Gewalt vor den Polizeistationen, Akt 13, 14...), zur Fortsetzung der Besetzung von Kreisverkehren und der Blockade der Wirtschaft.

**Wir rufen ab dem 5. Februar zu einem massiven und verlängerbaren Streik auf**. Wir rufen zur Bildung von Arbeiterausschüssen auf, in den Betrieben, an den Schulen und überall sonst, damit unser Streik an der Basis von den Streikenden selbst geführt werden kann.

**Nehmen wir selber unsere Sache in die Hand! Bleibt nicht allein, schließt euch uns an!**

**Wir wollen uns demokratisch, autonom und unabhängig organisieren!** Diese Versammlung aller Versammlungen ist ein wichtiger Schritt, der es uns ermöglicht, unsere Forderungen und unsere Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, diese Gesellschaft zu verändern!

Wir schlagen allen Gelbwesten vor, diesen Aufruf weiter zu verbreiten.

Wenn eine Gruppe von Gelbwesten mit uns einverstanden ist, so schicke sie ihre Unterschrift an Commercy.

Zögert nicht, Vorschläge für die nächsten Versammlungen der Versammlungen, die wir bereits vorbereiten, zu diskutieren und zu formulieren.

**Rücktritt von Macron! Es lebe die Macht des Volkes, für das Volk und durch das Volk.**

*Die Versammlung der Versammlungen in Commercy hat diesen Aufruf vorge-schlagen. Er wird jeder Lokalversammlung zur Abstimmung vorgelegt.*

Quelle: [Humanité](#) - Übersetzung von Marco Wenzel (einige Änderungen: M.-D. Vernhes)

# François Ruffin

## Schlaft nicht wieder ein!

Rede bei der Vorstellung der Gesetzesinitiative von La France Insoumise für ein Référendum d'initiative citoyenne (RIC = Volksabstimmung auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern), 18. Dezember 2018

Seid misstrauisch. Behaltet sie im Auge. Bleibt wachsam.  
Denn sie werden eure Idee missbrauchen.  
Gelbwesten: Schlaft nicht wieder ein! Bleibt aufrecht!

18. Dezember 2018

Wir befinden uns im Presseraum der Nationalversammlung, aber an euch, Alexane, Geoffroy, Jo, Gaël, David, an alle, die ich an den Mautstationen von La Barque und Loriol, an den Kreisverkehren von Arcy und Annecy, Albert und Montpellier, Mâcon und Aubenas getroffen habe, an alle Gelbwesten, die mit mir darüber gesprochen haben, die darauf gedrängt haben, die es gefordert haben, dieses Verfahren des Volksentscheids aufgrund einer Bürgerinitiative (RIC, référendum d'initiative citoyenne), an euch möchte ich mich wenden.

Euch allen habe ich geantwortet: „Ich werde mein Bestes tun. Ich werde eure Forderungen bis nach Paris tragen.“ Also tue ich es hier.

Jetzt legt die Gruppe France insoumise einen **Gesetzentwurf für ein RIC** vor, ein RIC, das bereits im Programm L'Avenir en commun enthalten war, ein RIC, das wir mit Änderungsanträgen verteidigt hatten, seit wir im Parlament sind; es geht um ein erweitertes, umfassenderes und verstärktes RIC, weil – das muss gesagt werden, man muss es zugeben, man muss euch dafür danken – ihr überall im Land Druck aufbaut, auch auf uns. Ein RIC mit seinen vier Komponenten: gesetzgebend, aufhebend, widerrufend, verfassungsrechtlich. Ein RIC „für alle Belange“. Ihr habt zwei Wochen Zeit, um zu diesem Text Stellung zu nehmen, ihn zu ändern, ihn umzugestalten, kurz gesagt, um an der Ausarbeitung eines Gesetzes mitzuwirken, das im Falle seiner Verabschiedung euch die Mitwirkung an vielen anderen Gesetzen ermöglichen würde.

Ich möchte den ungewöhnlichen Weg zurückverfolgen, der uns heute zum RIC geführt hat. **Wie seid ihr Gelbwesten von einer Steuer auf Dieselkraftstoff zu einer Verfassungsreform gekommen?**

Schon vom ersten Samstag, dem 17. November 2018 an, war man vom Diesel auf Soziales übergegangen. An den Kreiseln brachte jeder seine eigenen Sorgen mit,

die Höhe seiner kleinen Rente, die Kündigung des subventionierten Arbeitsvertrags, die Kontoüberziehung ab dem 9. des Monats – leerer Kühlschrank, keine Ferienreise mit den Kindern, Kleidung vom Roten Kreuz, nur ein Zwieback als Mahlzeit.

Solche Aussagen sammle ich seit zwanzig Jahren, jedoch geflüstert in einer Wohnung, in aller Diskretion, mit der Garantie der Anonymität. Denn das Unglück allein reicht nicht, hinzu kommt die Scham, die Scham, aus dem Elend nicht herauszukommen, die Scham, die Familie nicht beschützen zu können.

Aber jetzt, und darin liegt der ganze Zauber dieses Augenblicks, das ist die ganze Schönheit dieser Bewegung, **ist aus dieser privaten Scham ein öffentlicher Zorn geworden.**

Der leere Kühlschrank, die Kinder ohne Ferienreise, die Kleidung vom Roten Kreuz, die auf einen Zwieback reduzierten Mahlzeiten, darüber wird nun nicht mehr hinter den verschlossenen Türen der Wohnung geflüstert, jetzt wird es an den Kreiseln, in den Radios, auf den Fernschirmen laut und deutlich verkündet. Jetzt wird die Scham umgedreht: Schämt euch!

**Schämt euch, ihr Minister!**  
**Schämt euch, ihr Abgeordneten!**  
**Schämen Sie sich, Herr Präsident!**  
**Schämt euch, ihr Angehörigen einer Elite, die uns regiert!**  
**Schämt euch, die ihr euer Volk ins Elend treibt!**

Schämt euch zweimal, ihr Politiker, die ihr euch mit Delikatessen vollfresst, Gehälter auf Lebenszeit habt, Spesen abrechnen könnt, euch mit Geschirr für 500.000 Euro und Teppichen für 300.000 Euro eindeckt!

Schämt euch dreimal, wenn ihr die Reichen noch reicher macht, wenn ihr die bereits Verwöhnten noch mehr verwöhnt, wenn ihr den Privilegierten noch mehr Privilegien gewährt! Wenn ihr die Vermögenssteuer abschafft, wenn ihr den Vermögenden Steuergeschenke wie Flat Tax und Exit Tax macht.

Das ist so was von ungerecht.  
So offensichtlich ungerecht.  
So unverschämt ungerecht.

**„Was können wir tun? Was können Sie tun?“**, habt ihr mich gefragt.

„Ich kann eure Stimme weitertragen“, antwortete ich.

Dafür könntet ihr euch nichts kaufen. „Aber in der Verfassung“, habt ihr weitergefragt, „gibt es da nichts?“ „Nein“, bedauerte ich. „Der Präsident kann euch etwas Zuckerbrot geben, aber im Grunde ist es fünf Jahre lang unmöglich, ihn loszuwerden. Und in der Nationalversammlung hat er stets seine treuen Hündchen, seine Roboter von En marche im Autopilot-Modus. Das System ist verriegelt.“

Aufgrund dieser Feststellung, dieser Verriegelung, nach wochenlanger Taubheit an der Spitze, nachdem überall vergeblich „Macron, tritt zurück“ skandiert wurde, blühte nun die Idee des Volksentscheids **auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern** auf.

Sie ist nicht zufällig entstanden, sie ist entstanden, weil überzeugte Menschen, ich nenne sie, Etienne Chouard und seine Freunde, sie seit Jahren gehegt und gepflegt haben. Seit dem Europäischen Verfassungsvertrag von 2005, seit dem Verrat von Lissabon, dem Verrat an der Bevölkerung durch die Abgeordneten, durch die Senatoren, durch den Präsidenten, seit es offensichtlich ist, seit es glasklar ist, dass die Menschen kein Vertrauen mehr in ihre Repräsentanten aufbringen.

Im ganzen Land seid ihr Gelbwesten bei euren Handlungen, euren Überlegungen auf das gleiche Hindernis gestoßen: die Institutionen. Alle Macht, oder fast alle Macht, in den Händen eines einzigen Mannes, eines republikanischen Monarchen, eines Präsidenten, der zum Interessenvertreter von Bankiers geworden ist, der seine Freunde aus der Finanzwelt den Franzosen vorzieht, für den die Interessen der multinationalen Unternehmen über den Interessen der Allgemeinheit stehen.



Darauf erhob sich ein Chor:

**Nehmen wir unsere Angelegenheiten wieder selbst in die Hand! Volkentscheid!** Und ich stimme zu.

Ich stimme zu, aber schaut euch an, wie plötzlich die ganze politische Kaste ihrerseits, zwar andeutungsweise und schmal-lippig, aber immerhin, zustimmt. Char-manter Konsens.

**Erlaubt mir, Gelbwesten, auch zuzu-stimmen, aber mit Misstrauen.**

**Zuerst einmal: Lasst euch nicht ablen-ken!**

Während meiner Reise durch Frankreich spürte ich vor allem die große soziale Notlage. Heute leben Rentner/-innen, Ju-gendliche, Mindestlohnbezieher, Lastwa-genfahrer, häusliche Pflegekräfte und al-leinerziehende Mütter sehr prekär. Präsi-dent Macron gewährte ihnen seine Neu-jahrgeschenke, wie ein Herr seinen Die-nern. Aber eine bessere Verteilung des Reichtums, ernsthaft und wirklich, steht nicht auf seiner Agenda.

Oben stopft man sich die Taschen voll, während man sich unten abrackert. An der Spitze stehen dank des Macronismus jeden Monat 10.000 Euro mehr zur Ver-fügung für die 10% mit den großen Ver-mögen, deren Höhe in zwanzig Jahren sich versiebenfacht hat und die dank der Schweiz, Luxemburgs und der Kaiman-in-seln der Besteuerung entkommen. Wäh-rend am unteren Ende zum 1. Januar 2019 der Mindestlohn, die Renten und die Unterstützungen eingefroren werden und ihr für jeden Liter Milch besteuert werdet.

Wir können sehen, dass Macron und sei-ne Freunde in der Oligarchie stark daran interessiert sind, die Debatte um ein RIC aufzuschieben. Aber wann wird es disku-tiert? Im Frühjahr? Im Herbst? Es kostet im Moment nichts, und so zumindest lässt man den Sturm vorbeiziehen. Heute ist der Tag, an dem wir Gerechtig-keit brauchen. Heute ist der Tag, an dem wir Gleichheit brauchen. Gebt diese Forderungen nicht auf. **Bekämpfen wir das Elend, jederzeit, sofort, überall.**

**Und weiter, was wird am Ende von eu-rem RIC bleiben?**

Bleibt misstrauisch. Behaltet sie im Auge. Bleibt auf der Hut.

Denn **sie werden eure Idee verdrehen, umdrehen, für bizarr erklären**, ab-schwächen, abmildern, sie verkümmern lassen, sie einengen, und am Ende wird davon nur etwas Kümmerliches bleiben, wenn ihr nicht hartnäckig kämpft. Es ist eine Kaste. Sie hat die Macht. Sie hängt daran. Sie wird sie nicht loslassen, sich nicht das Geringste davon entgehen lassen. Es liegt an euch, sie zu nehmen.

Last, but not least, und damit will ich schließen: **Nichts ersetzt jemals ein Volk im Kampf.**

Die Verfassung enthält sehr schöne Sätze über frei und gleich geborene Menschen, über die Rechte der Frauen, über die zu erhaltende Erde und sogar über Tiere. Aber wie sieht es damit in Wirklichkeit aus? Dieser heilige Text wird jeden Tag mit Füßen getreten.

Nun ja, man kann dort neue Gesetze hin-einschreiben, man kann die Regeln än-dern, man kann das RIC fordern, man kann dem Werkzeugkasten der Demokra-tie ein Werkzeug, ein schönes Werkzeug, hinzufügen. Einverstanden.

Aber diese Sätze, diese Worte, diese Pa-pierstückchen werden nichts wert sein ohne ein waches Volk, ohne ein Volk auf der Hut, ohne ein Volk, das kämpft, so wie ihr es in diesem Herbst getan habt, ohne ein Volk, das dafür kämpft, dass „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ mehr als eine verschnarchte Devise sei, die an den Giebeln der Rathäuser einge-schrieben ist, sondern in allen Köpfen sehr lebendig wird.

**Gelbwesten, schlaft nicht wieder ein! Bleibt standhaft!**

**Beteiligt euch an der Ausarbeitung des Gesetzes**

Die Fraktion von La France Insoumise wird einen Vorschlag für ein Verfassungsgesetz vorlegen, um die Möglichkeit von Volksabstimmungen aufgrund von Bür-

gerinitiativen einzuführen.

Dieser Vorschlag, der im Programm „Ge-meinsame Zukunft“ stand, wird nun mas-siv von den Gelbwesten eingefordert.

**Die Mobilisierung der letzten Wochen zeugt vom Willen der Bevölkerung, sei-ne Stimme und die politische Entschei-dungsbefugnis zurückzugewinnen.**

**Die fünfte Republik erlaubt dies nicht.** Es ist dringend erforderlich, Mechanis-men für Bürgerinitiativen in die Verfas-sung aufzunehmen.

La France insoumise schlägt somit vor, den Bürgerinnen und Bürgern die Mög-lichkeit zu geben, die Durchführung von gesetzgeberischen, aufhebenden, widerru-fenden Volksabstimmungen oder auch die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung zu beantragen.

Um sicherzustellen, dass dieser Vorschlag in einer Plenarsitzung diskutiert wird, wird die LFI-Fraktion ihn am 21. Februar 2019 auf die Tagesordnung setzen.

Die unten vorgestellte Version der Geset-zesvorlage ist von den Bürgerinnen und Bürgern bis Mitternacht des 6. Januar 2019 in allen Teilen änderbar. Die Ände-rungen werden zusammengefasst und in die Vorlage eingefügt, die im kommenden Februar in der Fraktionssitzung vorge-stellt wird. Beteiligt euch!

**Euer Abgeordneter, eure Stimme**

Ich verspreche euch nicht das Blaue vom Himmel, aber angesichts der Mächtigen verpflichte ich mich dazu, mich nicht zu beugen, sondern aufrecht zu stehen.

<https://francoisruffin.fr/ric/>

**Video der Rede von F. Ruffin**

Die [Gesetzesinitiative](#) von FI (= ein Ge-setz vorschlagen bzw. widerrufen; einen gewählten Vertreter absetzen; ein verfas-sungsgebendes Verfahren einleiten) wur-de am 21. Februar 2019 in der National-versammlung vorgestellt, die Abgeord-neten von LREM haben dieses Gesetz-vorhaben ohne Debatte abgelehnt. Ausführliche Seite dazu von [La France Insoumise](#).

Film von Gilles Perret et François Ruffin über die Gilets Jaunes :  
**J'veux du soleil!** (Ich will Sonne haben) – [Präsentation](#) (auf Französisch)

# Gilets Jaunes - Rebellion und Repression in Frankreich

In der Berichterstattung vieler Medien über die aktuellen sozialen Kämpfe in Frankreich, die von der Bewegung der Gelbwesten sowie vielen anderen Gruppen und Organisationen wie Gewerkschaften und Attac Frankreich geführt werden, werden häufig vor allem die vermeintlichen Ausschreitungen oder Gewalttätigkeiten der Protestierenden hervorgehoben.

Von der Gewalt der Polizeikräfte ist weniger die Rede, ebenso von der Gewalt, die die Politik der französischen und anderer Regierungen im Interesse der Reichen und Schwerreichen, der Großunternehmen und ihrer Eigentümer/-innen für immer größere Teile der Bevölkerung mit sich bringt.

Auch die berechtigten Anliegen der Protestierenden fallen unter den Tisch. Was wollen sie? Vor allem Freiheit und

Sicherheit, das heißt, ein Leben, frei von Armut, miesen Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen und Renten, mangelnder Gesundheitsversorgung, Obdachlosigkeit, Unterdrückung ...

Auf diese Anliegen reagiert die Politik mit Verachtung, Demonstrationsverboten und Gewalt. In Frankreich dürfen die sogenannten Sicherheitskräfte Geschosse verwenden, die in anderen Ländern verboten sind und die schwere Verletzungen hervorrufen können bis hin zum Verlust von Gliedmaßen oder Augen.

Die Regierung lässt diese Kräfte rücksichtslos gegen friedlich Protestierende vorgehen.

Auf der Website von Attac Deutschland sind vielfältige [Informationen](#) über die Kämpfe in Frankreich zu finden. (wh)

## Viele Aktionen für soziale, Klima- und Steuergerechtigkeit!

**Gegen die Schulreform von Blanquer** (Bildungsminister):

[Hier](#) – auf Französisch – die Hauptkritiken:

Meinungsfreiheit wird eingeschränkt – Soziale Segregation wird verschärft – Geschenke an die Privatschulen – Zugang zur Uni wird für Kinder aus einfachen Verhältnissen schwieriger, ... Viele lokale Aktionen richten sich insbesondere gegen die Zusammenlegung von Schulen /Schulklassen.

- **Streiks und Demonstrationen am 4. April** ([Aufruf](#) von Gewerkschaften und studentischen Organisationen)

**Kämpfe gegen die Zerstörung der gesundheitlichen**

**versorgung:** Innerhalb von 20 Jahren sind in Frankreich 338 Geburtskliniken, also 40 %, geschlossen worden.

Die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter, die über 45 Minuten entfernt von einer Geburtsklinik wohnen, wurde damit verdoppelt (Le Monde 22. März 2019)

Gegen die Schließung von Krankenhäusern, für eine bessere Personalversorgung, gegen erbärmliche Zustände in den (teils privaten) Altersheimen gibt es heftige, langandauernde Kämpfe.

**Am 9. Mai wird in ganz Frankreich gestreikt**

– **gegen den Abbau des Öffentlichen Diensts** (geplant ist eine Streichung von insgesamt 120 000 Stellen)

**Auch mobilisieren insbesondere die Gewerkschaften gegen die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, die Hartz-IV ähnlich ist und die Prekarität vieler Menschen verschärfen wird.**

**Die Rentner/-innen machen weiter mobil!**

Die Rente von einer Million Rentner/-innen in Frankreich beträgt monatlich weniger als 1000 Euro.

Aktuelle Einblicke:

<https://www.frontsocialuni.fr/les-luttes-invisibles/>

S. auch einige Berichte in [SiG 130](#)

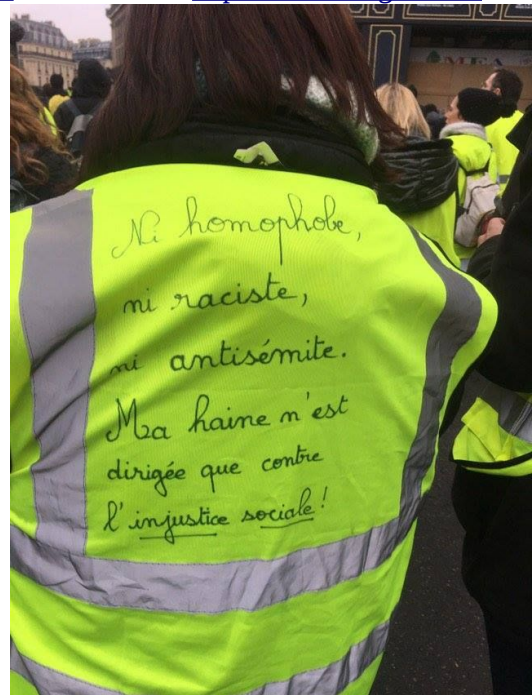
**Aktionskalender:**

<https://paris.demosphere.net/>, [demosphere.net](#)

**Armut in Frankreich 2018:**

8,8 Millionen Menschen sind arm (= unter 60 % des mittleren Einkommens). Als arm gilt man also bei einem Einkommen unter 1026 Euro für Alleinstehende, unter 1539 Euro für ein Paar, pro Kind werden 310 Euro hinzuge-rechnet.

**5 Millionen Menschen müssen sogar mit weniger als 50 % des mittleren Einkommens leben (855 Euro), eine Dunkelziffer von mindestens 1 Million zusätzlich wird vermutet.** Vor allem Frauen sind betroffen, [Oxfam-Bericht](#) - Mehr hier: <https://www.inegalites.fr>



„Weder homophob, noch rassist, noch antisemitisch. Mein Hass gilt nur der **sozialen Ungerechtigkeit.**“

**Rückblick:** Schon vor der im November 2018 entstandenen Bewegung der „Gelbwesten / Gilets Jaunes“, gab es eine Vielfalt von großen Protestaktionen. (Siehe [Sand im Getriebe 129](#), [Sand im Getriebe 128](#) ).

## ALTER SUMMIT: Erklärung zur Unterstützung der Bewegungen der Gelbwesten in Frankreich, Belgien und anderen Teilen Europas

Februar 2019

Die im vergangenen November entstandene Bewegung der Gelbwesten entspringt **einer katastrophalen sozialen und politischen Situation in ganz Europa**, wenn auch in unterschiedlichem Maße: permanente Austeritätspolitik in Bezug auf öffentliche Haushalte, Privatisierung und Liberalisierung der öffentlichen Dienste, Zerstörung der sozialen Rechte, Autoritarismus und Arroganz der herrschenden Eliten. Die Bewegung ist eine Revolte der Werktätigen, ein Aufschrei der Würde angesichts der arroganten Verachtung der Mächtigen.

Die **Bewegung fordert** eine Rückkehr zur Volkssouveränität über Entscheidungen, die die Gesellschaft betreffen. Sie fordert sofortige Verbesserungen (Senkung der Steuerlast, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Volksabstimmungen usw.) und ist von einer großen Entschlossenheit geprägt, sowohl in ihrer

Beharrlichkeit als auch in ihren Handlungsweisen.

Die **Unterdrückung der Bewegung** ist so beispiellos wie die Bewegung: Todesfälle, mehr als 2000 Verletzte auf der Seite der Demonstranten, abgerissene Gliedmaßen und Augenverlust infolge des massiven Einsatzes höchst umstrittener nichttödlicher Waffen. Regierungen kriminalisieren den Protest und schränken das Demonstrationsrecht drastisch ein (freiheitsberaubende Gesetze werden in ganz Europa erlassen, wie z. B. das „Antirandalierergesetz“ in Frankreich).

Die Bewegung stellt **eine Herausforderung für herkömmliche soziale Bewegungen dar**. Die Forderungen, die Reden, die Organisationsformen und die Aktionen setzen sich von unseren gewohnten Praktiken ab.

Unter den breiten Bevölkerungsschichten gibt es **viele Widersprüche**. In den

Gruppen auf den Kreisverkehren flackert (wie in vielen Organisationen) auch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Sexismus auf. Dies sollte nicht zur Abkehr führen, sondern im Gegenteil ein **Ansporn zur Beteiligung und zum Dialog** sein.

Deshalb rufen wir die Organisationen und ihre Mitglieder auf,  
– sich der Bewegung anzuschließen  
– sie zu fördern und dazu beizutragen, ihr politisches Gewicht zu verleihen  
– Solidaritätsaktionen in anderen Ländern als Frankreich und Belgien durchzuführen  
– sich für grenzüberschreitende Aktionen einzusetzen

Aktualisierte [Alter-Summit-Seite](#)

**Gelbwesten und andere Bewegungen in Belgien:**  
[Video](#) des **Gewerkschaftsbunds FGTB**

## 74-jährige Attac-Aktivistin bei Polizeieinsatz in Nizza schwer verletzt Attac Deutschland fordert, Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen

25.03.2019

Die 74-jährige Aktivistin **Geneviève Legay** ist am Wochenende bei einem gewalttätigen Polizeieinsatz gegen eine Gelbwesten-Demonstration in Nizza schwer verletzt worden. Ihrem Anwalt zufolge hat die Sprecherin der Regionalgruppe „Alpes Maritimes“ von Attac Frankreich mehrere Schädelfrakturen und Hirnblutungen erlitten, ist aber in einem stabilen Zustand.

Sowohl die Familie von Geneviève Legay als auch Attac Frankreich haben inzwischen Beschwerde wegen „*vorsätzlicher gemeinschaftlicher Gewalt von Amtspersonen gegenüber einer schutzbedürftigen Person*“ eingereicht. Attac Deutschland verurteilt die Unterdrückung der friedlichen Gelbwesten-Demonstrationen am Samstag und ist empört über die schwere Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten, die derzeit in Frankreich stattfindet. Unterdrückung und polizeiliche Gewalt dürfen nicht die Antwort von Präsident Emmanuel Macron und der französischen Regierung auf die berechtigte Forderung nach sozialer Gerechtigkeit sein, die im ganzen Land zum Ausdruck kommt.

Attac Deutschland erklärt sich solidarisch mit Geneviève Legay und Attac Frankreich und schließt sich ihrer Forderung

an, die Verantwortlichen für den gewalttätigen Polizeieinsatz gegen Geneviève Legay klar zu benennen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir wünschen Geneviève Legay eine rasche und volle Genesung!

**„Wir sind alle über 70 Jahre alt und wir wollen weiter demonstrieren dürfen.“ [Susan George](#)**

**Einige Infos** (leider nicht alle übersetzt): Dazu **attac FR**, 24.3.19 ([Text und Übersetzung](#)); Bericht von Nice Matin ([Übersetzung](#)); [offener Brief](#) an Macron [Aus einem Aufruf](#), 29.3. 2019, **in dem u.a. der Rücktritt des Innenministers gefordert wird:**

„Diese Gewalt ist nicht neu und wuchert seit zu vielen Jahren in den ärmeren Vierteln. Ihre Verbreitung beim Umgang mit Demonstrationen ist eine Erweiterung des repressiven Konzepts der öffentlichen Ordnung. (...) Gegen diese Situation wollte Geneviève Legay friedlich und klug mit einer "Peace"-Regenbogenflagge demonstrieren. Dies führte zu mehreren Schädelfrakturen, Hämatomen und fünf Rippenbrüchen...“  
Umfangreiche **News von attac FR**, 25.3.: u.a. **Interview von Geneviève Legay VOR dem Polizei-Angriff**; **Solidaritätsversammlungen in Frankreich**, **Pressespiegel u.a.m.**  
**Interview von Annick Coupé, Sprecherin von Attac FR** ([Reporterre](#)), Video der

[Pressekonferenz](#) am 26. März 2019, [Communiqué](#) von Attac Nice am 26.3.2019  
Protesterklärung der [Menschenrechtsliga](#); der Gewerkschaften [CGT](#); [Solidaires](#)

Attac Frankreich ruft zu **Spenden zur Deckung der Prozesskosten** von Geneviève Legay und ihrer Familie auf.

Empfänger: **Attac France**

Verwendungszweck: Dons pour frais de justice de G.Legay / BIC: CCOPFRPPXXX  
IBAN: FR76 4255 9100 0008 0134 9343 353

### Beispiele von Polizeigewalt

„Sie verloren ein Auge, eine Hand, ein Stück Gesicht oder ihre Zähne. In Sekundenbruchteilen wurde ihr Leben durcheinander gebracht, manchmal gebrochen, weil sie friedlich innerhalb oder am Rande einer Demonstration gingen. Mehr als 2000 von ihnen wurden nach offiziellen Angaben bei den Demonstrationen der Gelbwesten von der Polizei verletzt. Wir haben in den letzten Wochen in ganz Frankreich etwa dreißig dieser Schwerverletzten getroffen.“ [Video](#) (Warnung: die Bilder sind schwer zu ertragen)

[Polizeiübergrieße](#) bei einer *angemeldeten und genehmigten Demonstration* in Lille am 23. März 2019 / 26.01.19 : Ein Gilet Jaune (Jérôme Rodrigues), der eine Demonstration in Paris angemeldet hatte, wurde am Auge getroffen, als er *filmte* (!). [Bericht](#), [Video](#) und [sein video](#)

# Wir erklären uns zu „Komplizen“ der Gelbwesten

22. März 2019: Als Wissenschaftler/-innen erklären wir uns angesichts des Machtmissbrauchs der Regierung zu „Komplizen“ der Gelbwesten

Rund 350 Akademikerinnen und Akademiker drängen auf einen „**Stopp des Einsatzes von Kriegswaffen bei Maßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Ordnung**“ und unterstützt die kommenden Kundgebungen von Gelbwesten angesichts der „**ernsten Gefahren**“ für die bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte, die sich aus der neuen Politik der Regierung ergeben.

Am 18. März 2019, als 65 Intellektuelle an einer Scheindebatte mit dem Präsidenten der Republik teilnahmen, und nach der Entlassung eines Pariser Präfekten, der beim Einsatz von LBDs und Granaten noch als zu knauserig galt (trotz zahlreicher Verletzungen, darunter Verlust eines Auges), kündigte der **Premierminister** eine Reihe von beispiellosen Repressionsmaßnahmen an.

Neben dem administrativen Verbot von Demonstrationen angeblich gefährlicher Personen will die Regierung nun auch **Kundgebungen weiträumig verhindern**, „Anti-Randalierer-Einheiten“ mit weitreichenden Befugnissen schaffen und Drohnen und chemische Mittel zur Kennzeichnung von Demonstranten einsetzen. Außerdem will sie aus allen, die die Versammlungen von Gelbwesten bekanntmachen und unterstützen, potenzielle „Komplizen“ der Straftaten machen, die dort begangen würden.

Am selben Tag gab die Gewerkschaft „Synergie Officiers“, die mehr als 40% der Stimmen bei den Wahlen der Arbeitnehmervertretungen erhalten hatte, eine **faschistoide Erklärung** ab, die sich gegen die „linksextremen Schergen“ richtete, die als „Schwärme von Kellerasseln“ und „Mördersaat“ bezeichnet werden.

Zwei Tage später, am 20. März 2019, kündigte die Regierung an, dass sie die **Armee** zum Schutz öffentlicher Gebäude

einsetzen werde, was seit mehr als 50 Jahren nicht mehr geschehen ist. All dies gegen Demonstranten, die soziale Gerechtigkeit und Demokratie fordern und seit mehr als vier Monaten polizeilicher und gerichtlicher Repression in einem beispiellosen Ausmaß ausgesetzt sind.

Angesichts dieser gravierenden Entgleisung einer Regierung, die unfähig ist, eine politische Antwort auf die Proteste der Gelbwesten zu geben, und während die **Polizeigewalt** gegen die Bewegung in den letzten Wochen **mehrfach international verurteilt wurde** (Europarat, Vereinte Nationen, Europäisches Parlament, (1) ), machen wir, Wissenschaftler/-innen, von denen viele Spezialisten für soziale Bewegungen, Polizei und politische Gewalt sind, die Bevölkerung dringlich auf die **ernsten Gefahren** aufmerksam, die von der neuen Regierungspolitik, der Parlamentsmehrheit, der Polizei und der Justiz für die bürgerlichen Freiheiten und die Menschenrechte ausgehen.

Wir erklären im Voraus, dass wir alle Komplizen der bevorstehenden Kundgebungen sind, die die Gelbwesten mit oder ohne Genehmigung der Präfektur organisieren werden.

Wir verurteilen entschieden jede Gewalt, die die Polizeikräfte gegen Demonstranten ausüben, wie sie jahrzehntelang gegen junge Menschen in den Armenvierteln verübt wurde (2), und fordern inständig ein Ende den Gebrauchs von Kriegswaffen (LBDs und Granaten) bei Polizeieinsätzen (3) .

In Anbetracht dieser exponentiellen Verschärfung der autoritären Tendenzen der Regierung und Institutionen fordern wir alle Freiheitsliebenden auf, der Unterdrückung nicht einen Zentimeter zu weichen und sich zu organisieren, um ihr die Stirn zu bieten. (4) – [Mediapart](#)

**Hinweise der SiG-Redaktion:**

(1) [UN-Experten](#) verurteilen die vielen **Verhaftungen und Verletzungen durch die französische Polizei**, die die Meinungsfreiheit einschränken (14.2.2019).

**Das EU-Parlament** hat am 14.2. die Unverhältnismäßigkeit des Eingreifens der Polizei verurteilt - Bericht in [Figaro](#)

Die **Menschenrechtskommissarin des Europarates** erklärte Ende februar2019 die Behörden sollten „den Einsatz von Gummigeschossen bei Operationen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung aussetzen“- [Europarat-Seite](#) ; [Welt](#)

(2) - EIN [Beispiel](#) der Polizeigewalt.

- Berichte auf den [Nachdenkseiten](#)  
- Gelbwesten: Zorn über Polizeigewalt | [ARTE Journal](#)

(3) Die **CGT** und die **Menschenrechtsliga** haben am 23.1. einen Eilantrag dem Gericht gestellt: Verbot von "FlashBall" - [PM](#) - Dieser Antrag wurde abgelehnt, obgleich das Gericht selbst die Gefährlichkeit solcher Geschosse anerkannt hat ... [Ligue des droits de l'homme](#) /CGT, 25.1.2019.

Die juristische Auseinandersetzung [geht weiter](#): am 3.4.2019 vor dem obersten Verwaltungsgericht

Beschäftigte im Gesundheitswesen [fordern](#) ein Moratorium über die Benutzung von „weniger letalen Waffen.“

(4) Zusammenschluss gegen Polizeigewalt: [desarmons.net](#); [Spendenaufwurf](#) für die Verletzten

[IMI-Broschüre](#): „Liberté, Égalité, Flashball“ - Die militarisierte Repression der Gelbwestenbewegung durch den französischen Staat

## Gemeinsame Mobilisierung gegen die polizeiliche Repression

Attac Frankreich hatte am 21.3. zusammen mit 30 Organisationen (Gewerkschaften, NGOs, pol. Parteien) einen [Appell für das Demonstrationsrecht](#) unterschrieben.

Auf dem erweiterten [Treffen am 28.3. von Gewerkschaften, Vereinigungen, politischen Parteien und Persönlichkeiten](#) wurden mehrere öffentliche Aktionen und das Verfassen eines Schwarzbuchs über die polizeiliche Repression beschlossen:

„(...) Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte des Landes auf, die sich für die Grundfreiheiten einsetzen, gemeinsam vorzugehen, damit die Regierung ihren Ton und ihre Reaktionen ändert, damit die Demokratie nicht missachtet, sondern gestärkt wird, da-

mit das Anti-Demonstrationsgesetz zurückgezogen wird und die vom Premierminister am Montag, den 18. März angekündigten Freiheitsentzugsmaßnahmen aufgehoben werden.

Wir rufen alle Bewegungen auf, Netzwerke der Solidarität und des Schutzes zu schaffen, damit wir alle, unabhängig von unserem Alter, unserer Zerbrechlichkeit oder unserem Zustand, an der öffentlichen Debatte teilnehmen können.

**Wir rufen zur Beteiligung an den verschiedenen Initiativen auf, die am 13. April in ganz Frankreich organisiert wurden, um das Demonstrationsrecht zu verteidigen, das von der Regierung so sehr geschwächt wurde.“**

# Perspektiven der Gelbwesten-Bewegungen

## 1. Die Auswege der Macron-Regierung

**Die Macron-Regierung steckt in einer politischen Krise** (s. dazu auch [SiG 130](#)): Nur eine Minderheit der Menschen in Frankreich vertraut der Regierung (s. die aufschlussreiche [Studie](#) über das Vertrauen insb. in die pol. Institutionen: *Nur 23% vertrauen Macron*); Minister (wie Hulot, Umweltminister) sind zurückgetreten; Skandale über Menschen in Macrons-Umgebung im Elysée-Palast verschärfen Risse innerhalb der „Bewegung“ La France en Marche. Es wird in der Öffentlichkeit immer deutlicher: **Macron ist der Präsident der Ultrareichen** (Titel eines [Buchs](#) von Michel PINÇON und Monique PINÇON-CHARLOT, das bei jedem Supermarkt und Bahnkiosk zu finden ist.).

Vor allem sind die Bewegungen der Gilets Jaunes nicht kleinzu-kriegen: Sie führen auf lokaler Ebene erbitterte Kämpfe, für die Aufrechterhaltung ihrer Versammlungsmöglichkeiten (wie Bauten auf Kreisverkehrinseln), gegen die Zerstörungen der öffentlichen Dienste usw. Sie demonstrieren jeden Samstag und es wird faktisch ein alternatives Regierungsprogramm mitten in den vielen Demonstrationen und Aktionen entworfen.

**Die Demonstrationen am 16. März (über 100 000 in Paris) haben die wachsende Kooperation zwischen verschiedenen Bewegungen offenbart.**

**Scheindialog** der Regierung: Bei der „großen [Debatte](#)“ hat die Regierung mit der Auswahl der Teilnehmer/-innen, mit ihren Fragestellungen (z.B. hätte man nur die Wahl zwischen weniger Steuern oder weniger öffentlichen Diensten) und mit ihren Aussagen klar gemacht, dass sie ihre Politik fortsetzen will, also u.a. soziale Kürzungen und Steuererleichterungen für die schon Superreichen: sie hat dementsprechend mehrere „Reformen“ in Arbeit, die die Arbeitslosen, die Rentner und den öffentlichen Dienst betreffen. Die Proteste der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften nehmen zu (S. Seite 26).

**Verunglimpfung der Gilets Jaunes** durch eine unzulässige Verallgemeinerung der Handlungen einiger: „*gewalttätig, antisemitisch, faul...*“. Das war nicht wirklich erfolgreich und hat die Entschlossenheit der Gilets Jaunes und anderer nur entfacht.

### **Demonstrationsverbote, Armee, Polizeigewalt und Schnellverurteilungen**

So wurden z.B. Demonstrationen der Gelbwesten in Frankreich am 23. März von den jeweiligen Präfekten verboten (Paris, Dijon, Toulouse, Bordeaux, Rouen, Rennes, Saint-Malo, Saint-Brieuc, Vannes, La Rochelle, Tarbes, Carcassonne, Metz, ...). Für den Samstag 23. März (XIX. Aktionstag der Gelbwesten) hatte die französische Regierung beschlossen, **auch die Armee** („Sentinelle“-Gruppen) einzusetzen. Der General Bruno Leray erklärte am Radio: « *Si leur vie ou celle des personnes qu'ils défendent est menacée* », les militaires pourront « *aller jusqu'à l'ouverture du feu* ». (= Wenn ihr Leben oder das der Personen, die sie schützen sollen, bedroht wird, dann könnten die Soldaten ihre Feuerwaffen einsetzen) - Quelle: [Interview](#) von franceinfo. Die Empörung war groß, es gab vielfältige Proteste dagegen: Attac Frankreich, Gewerkschaften [CGT](#), [Solidaires](#) u.v.m. Dieser Beschluss hat zu Widersprüchen auch innerhalb der Armee und der parlamentarischen Mehrheit geführt.

Zu der Polizeigewalt (S. 27-28) kommen auch gegen 2000 Demonstranten [Geld- und – für 400 - Gefängnisstrafen](#) hinzu.

## 2. Die Gelbwesten-Bewegungen

Hervorzuheben sind zum einen die - auch im Alltag - gelebte **Solidarität** und die immer wieder erprobte **direkte Demokratie** und zum anderen die wachsende **Kooperation** bei Aktionen, die von Gelbwesten, Gewerkschaften und weiteren Gruppen getragen werden (s. vorige Seiten).

### **Die Mobilisierung der Gilets Jaunes**

- Auf lokaler Ebene verbünden sie sich mit anderen Bewegungen, unterstützen Streiks, u. a. m. **Jeden Samstag demonstrieren sie weiter** – z.B. 31. März 2019: wieder über 100.000 TeilnehmerInnen:

<https://www.facebook.com/lenombrejaune/>



### **Klärungsprozesse über Ziele und Aktionen der Gilets Jaunes finden auf verschiedener Art und Weise statt.**

- Sie hatten sich auf den Kreisverkehrinseln und bei Blockaden gefunden und Unterstände, Zelte u.a.m. errichtet, wo sie sich tagtäglich getroffen haben. Sie wurden öfter davon vertrieben, haben die Orte teilweise wieder besetzt bzw. andere **Versammlungsorte** gefunden.

- „**Beschwerde-Hefte**“ wurden in vielen Gemeinden angelegt:



- **Nationale Versammlungen** (s. Seite 23)

- Gegenüber der Großen Debatte, von der Regierung initiiert (inszeniert), wurden [le-vrai-debat.fr](#) von Gilets Jaunes **organisiert**. Eine erste [Auswertung](#) hat stattgefunden: **4 Themen haben sich herauskristallisiert:**

Forderung nach einer grundlegenden Veränderung des politischen Systems; die Öffentlichen Dienste müssen ausgebaut werden; starke Forderung nach sozialer und Steuergerechtigkeit; Hervorhebung der Dringlichkeit der ökologischen und klimatischen Fragen.

- **Zwischen April und Juni werden weitere Versammlungen organisiert.**

### **Infos /Fotos**

**Gelbwesten: Schattenblick: [Bericht](#) und [Interview](#)** (Gelbwesten - ein Klassenkonflikt, Willi Hajek im Gespräch)

Attac Frankreich: <https://france.attac.org/>  
[reporterre.net](https://reporterre.net/), [reporterre.net/Gilets-jaunes](https://reporterre.net/Gilets-jaunes)  
<https://www.frontsocialuni.fr/les-luttes-invisibles/>

# The People's Vote

## Eine Million Menschen demonstrieren in London

### 24. März 2019

Fotos <https://edition.cnn.com/2019/03/23/us/gallery/brexit-march/>

#### 24. März 2019 (SiG-Redaktion)

The People's Vote ist eine Graswurzel-Bewegung, zu deren Gründungsmitgliedern u. a. Gruppen gehören wie *Open Britain*, *Britain for Europe*, *Scientists for Europe*, *NHS for a People's Vote*, *Our Future Our Choice*, *Wales For Europe*. Sie sind der Überzeugung, dass das von Theresa May ausgehandelte Abkommen dem britischen Volk nicht aufgezwungen werden darf, die Bevölkerung muss das letzte Wort darüber haben. Ihr Ziel ist deshalb eine erneute Volksabstimmung, wobei hier auch der Verbleib in der EU zur Abstimmung steht. Unterstützt und beraten werden sie von einem parteienübergreifenden Gremium (Labour, Tories, Liberal Democrats, Green Party u.a.), Organisationen aus der Kultur- Wissenschafts-, Wirtschafts- und Sportwelt sowie den großen Gewerkschaften.

Am Samstag, dem 23. März hatte People's Vote zu dem bisher größten Protestmarsch seiner Bewegung aufgerufen. Aus allen Teilen des Königreiches waren die Menschen angereist, um in London zu demonstrieren. Auf der Rednerliste der großen Abschlusskundgebung standen Politiker wie der stellvertretende Vorsitzende der Labour-Partei Tom Watson, die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon und Londons Bürgermeister Sadiq Khan.

Dass Tom Watson öffentlich auftritt, setzt nach Ansicht des *Guardian* Labour-Führer Jeremy Corbyn unter Druck, dem vollen politischen Einsatz der Labour-Partei für ein zweites Referendum nicht mehr ausweichen zu können

Für den Protestmarsch hatte sich auch ein linker Block gebildet, dem Politiker von Open Labour, Labour for a Socialist Europe, sowie der Green Party, Gewerkschafter und Aktivisten angehörten. Zu ihren Forderungen gehören ein Green New Deal und die Bekämpfung der extremen Rechten.

Quellen:  
<https://www.peoples-vote.uk/>  
[Guardian](#) 23.3.2019

#### Text des Aufrufs The People's Vote

Wir fordern eine Volksabstimmung: Sie können, dürfen und werden diesen zerütetete Brexit dem britischen Volk nicht aufzwingen, ohne uns das letzte Wort zu geben. Die Zeit ist gekommen, dass wir alle aufstehen und fordern müssen: Legen Sie es dem Volk vor.

Wir brauchen eine Abstimmung

Der einzige Weg nach vorne ist jetzt eine Volksabstimmung, weil der Brexit-Deal.....

- zeigt, dass das, was im letzten Referendum versprochen wurde, nicht eingehalten werden kann;
- ein viel schlechteres Abkommen als das ist, was wir bereits in der EU haben;
- bedeutet, dass die Verhandlungen für immer weitergehen, da die aufeinanderfolgenden Regierungen versuchen, etwas Sinn zu geben, was für Großbritannien keinen Sinn ergibt.

Die gleichen Probleme werden für jede Form von Brexit gelten, egal wie es präsentiert wird. Deshalb sollte die endgültige Entscheidung jetzt an die Menschen zurückgegeben werden - denn nur sie können das in Ordnung bringen.

Das Problem, das die Regierung hat, wenn sie ihren Deal durch das Parlament zu bringen versucht, liegt darin, dass das, was versprochen wurde, einfach nicht eingehalten werden kann.

Wie auch immer Sie vor zwei Jahren abgestimmt haben, niemand hat für einen Deal gestimmt, der Sie ärmer macht und weniger Kontrolle bietet. Die Brexit-Befürworter versprochen, dass wir weiterhin genau die gleichen Vorteile genießen würden, die sich aus der Mitgliedschaft in der EU ergeben, während wir die Kontrolle wieder übernehmen würden. Aber dieser Deal zeigt, dass diese Versprechen gebrochen werden - nicht weil die Regierung sie nicht einhalten wird - sondern weil sie nicht eingehalten werden können; niemand kann Versprechen halten, die widersprüchlich sind. Stattdessen liefert dieses vorgeschlagene Brexit-Abkommen genau das Gegenteil von dem, was versprochen wurde: Das Vereinigte Königreich würde alle seine Rechte als EU-Mitglied verlieren - mit

weniger Handel, weniger Möglichkeiten und niedrigerem Lebensstandard - und gleichzeitig den größten Verlust an Souveränität und Kontrolle in der britischen Geschichte erleiden.

Das ist ein viel schlechterer Deal als der, den wir bereits in der EU haben.

Wie eine Reihe unabhängiger Bewertungen - und sogar die Regierung selbst - inzwischen anerkannt haben, würde der von der Regierung vorgeschlagene Brexit unserer Wirtschaft schweren Schaden zufügen.

Diejenigen, die behaupten, dass es zumindest bedeuten würde, dass jeder aufhören kann, über Brexit zu reden, verkaufen eine weitere Fantasie.

Nach zweijährigen Verhandlungen besteht alles, was wir für die Zukunft wissen aus einer vagen "Politischen Erklärung" und einem "Backstop", der uns in eine noch schwächere Verhandlungsposition bringt. Trotz der Zahlung einer Scheidungsrechnung in Höhe von 50 Milliarden Pfund wurden die meisten der wichtigsten Entscheidungen auf den Tag verschoben, nachdem wir gegangen sind, so dass wir in einer noch schwächeren Verhandlungsposition wären, als wir es jetzt sind.

Es bedeutet nur, dass die Debatte über unsere Beziehungen zur EU für immer andauern wird, denn alle großen Fragen sind noch unbeantwortet, und die folgenden Regierungen werden sich weiterhin bemühen, etwas einen Sinn zu geben, das für Großbritannien keinen Sinn ergibt.

Es gibt keine Art eines Phantasie-Brexit-Deal, der alle Versprechen erfüllen kann. Die wirkliche Wahl besteht jetzt darin, ob wir mit einem Brexit-Abkommen fortfahren oder an dem Abkommen festhalten, das wir bereits als Mitglied der EU haben. Jetzt, da wir wissen, wie Brexit aussieht, sollte der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben werden, in einer Volksabstimmung zu entscheiden - ist das die Art von Abkommen, die wir wollen, oder ist das Abkommen, das wir bereits in der EU haben, besser? Am Ende kann das nur das Volk regeln.

# Dorothy Grace Guerrero (Global Justice Now)

## Die britische Einwanderungsregelung nach dem Brexit wird den Unternehmen helfen, Wanderarbeitnehmer auszubeuten

27. Februar 2019

Es stimmt, dass die Globalisierung Vorteile für Verbraucher, Unternehmen und Lieferanten geschaffen hat. Sie wird jedoch durch globale Lieferketten oder die vorherrschende Praxis der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen aus Entwicklungsländern vorangetrieben, in denen die Löhne niedrig sind, die Gesetze locker sind und die Steuerung der Lieferketten unwirksam ist. Das heutige beispiellose Ausmaß an Ungleichheit, langwierigen Kriegen und der zunehmenden Bedrohung durch den Klimawandel, die durch das unersättliche Streben nach Profit hervorgerufen wird, produziert und beruht ebenfalls auf einer globalen menschlichen Lieferkette.

Jennifer Gordons (1) "Regulating the Human Supply Chain" identifiziert die menschliche Lieferkette als eine Schlüsselstruktur der Weltwirtschaft, die eine sehr enge Beziehung zu den bekannteren Produktlieferketten hat, durch die viele transnationale Unternehmen Produkte im Ausland herstellen. Feindliche Grenzgesetze und -umgebungen in den Aufnahmeländern führen zu Bedingungen, unter denen Wanderarbeitnehmer als austauschbare, Einwegartikel ohne Rechte und ohne Zukunft als abschickbar behandelt werden. Anstatt Nutznießer der Globalisierung zu werden, werden die Arbeitnehmer stattdessen gegeneinander ausgespielt. Diese Realität ist nicht zufällig, sondern bewusst und steht im Mittelpunkt der Weltwirtschaftsordnung.

### Wanderarbeitskräfte im Vereinigten Königreich

Im Vereinigten Königreich arbeiten etwa fünf Millionen ausländische Staatsangehörige, was 17% der Beschäftigten entspricht. Im Gastgewerbe und im Tourismus sind 24% der 1,75 Millionen Beschäftigten ausländische Staatsangehörige, die meisten davon außerhalb der EU. Im Vergleich dazu gibt es 14% im Einzelhandel, 15% im Reiseverkehr und 21% in der Pflege.

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Präsenz von Migranten im Vereinigten Königreich ein Produkt der Geschichte dieses Landes und seiner historischen Rolle bei der Gestaltung der gegenwärtigen globalen Ordnung ist.

Die massive Welle der globalen Migration, die von den Vereinten Nationen auf fast 260 Millionen Migranten mit 68,5 Millionen Vertriebenen und 25,4 Millionen Flüchtlingen im Juni 2018 geschätzt wird, zeigt die Verzweiflung der Menschen, die durch zunehmende Ungleichheiten aufgrund der anhaltenden Expansion des globalen Kapitals und derjenigen, die vor Krieg oder Verfolgung fliehen, vorangetrieben werden.

Migration ist ein Phänomen im Zusammenhang mit Privatisierung, Freihandel, wachstumsorientierter und extraktivistischer Wirtschaftspolitik, die Regierungen weltweit seit den 1980er Jahren betreiben. Das Vereinigte Königreich, als eines der einflussreichsten Länder in den multilateralen Institutionen der globalen Politikgestaltung und Governance, ist einer der Architekten der derzeitigen Wirtschafts-, Handels- und Finanzregime, die diese Politik hervorgebracht haben.

Viele Studien zeigen, dass Wanderarbeitskräfte eine höhere Ausbeutungsrate erfahren und dass es den Gewerkschaften in Sektoren mit hohem Anteil an Wanderarbeitskräften schwer fällt, ein hohes Maß an Gewerkschaftsarbeit und umfassende Tarifverhandlungen aufrechtzuerhalten, was wiederum zu Lohnerhöhungen und mehr Schutz führen würde.

### Das Einwanderungsgesetz wird zur weiteren Ausbeutung von Wanderarbeitern beitragen und zu Spaltungen zwischen allen Arbeitnehmern führen

Damit kommen wir zum jüngsten Einwanderungsgesetz der britischen Regierung, das sie vor dem Brexit zu verabschieden gedenkt, und zum dazugehörigen Weißbuch, in dem ihre Zukunftspläne dargelegt werden. Als "Übergangsmaßnahme"; spricht das Weißbuch davon, dass Menschen aus "Ländern mit geringem Risiko" in Europa und darüber hinaus ohne Arbeitsplatzangebot nach Großbritannien kommen und bis zu einem Jahr lang Arbeit suchen dürfen. Mit diesem Programm werden freie Stellen in Bereichen wie dem Baugewerbe, dem Gastgewerbe und der Sozialfürsorge besetzt, die stark von ausländischen Arbeitskräften abhängig sind und von denen die Minister befürchten, dass sie sich nach Beendi-

gung der Freizügigkeit nur schwer anpassen könnten. Dieses Dilemma entstand nicht durch Migration, sondern durch Arbeitsteilung und Kostensenkung in diesen Sektoren.

Arbeitnehmer, die unter dieser Kategorie in das Vereinigte Königreich einreisen, müssen eine Gebühr zahlen und erhalten keinen Zugang zu öffentlichen Mitteln. Sie werden weder zu einem anderen Migrationssystem wechseln noch den Arbeitgeber wechseln können. Nach einem Jahr wird [...] erwartet, dass sie das Land verlassen und 12 Monate lang keinen weiteren Antrag stellen. Dieses Einwanderungssystem soll einen Strom von ungelerten Arbeitskräften sicherstellen, in dem die Arbeitnehmer nicht in der Lage sind, sich zu organisieren und nur wenige politische Rechte haben.

Dies wird zu einer weiteren Ausbeutung von lokalen und wandernden Arbeitnehmern in den Lieferketten führen, da die Unternehmen weiterhin den Vorteil haben werden, verschiedene Funktionen und Teile der Arbeit an verschiedene Arbeitnehmer auszulagern, ohne die tatsächlichen Kosten für Produktion und Dienstleistung zu tragen.

Dadurch wird sichergestellt, dass Produkte und Dienstleistungen hergestellt werden, ohne dass insbesondere den Arbeitnehmern uneingeschränkte Rechte und Vorteile gewährt werden.

Es wird keinen Anreiz geben, sie auszubilden oder zu fördern, da sie nach einem Jahr gehen werden.

Dies wird auch sicherstellen, dass die Schwierigkeiten bei der Gründung von Gewerkschaften anhalten und die Gewerkschaftsbewegung im Land weiter geschwächt wird, wodurch die Macht aller Beschäftigten abnimmt.

(1) [https://www.fordham.edu/info/23139/jennifer\\_gordon](https://www.fordham.edu/info/23139/jennifer_gordon)

<https://www.globaljustice.org.uk/blog/2019/feb/27/uks-post-brexit-immigration-regime-will-help-business-exploit-migrant-workers>

Übersetzung und Bearbeitung: SiG-Redaktion

## Labour Party

### 1. Wirtschaft für die Mehrheit – Jeremy Corbyns designierter Schatzkanzler John McDonnell umreißt ökonomisches Programm einer künftigen Labour-Regierung.

(...) Das McDonnell-Team möchte die Privatisierungsbewegung rückgängig machen, indem es drei Hebel aktiviert: erstens die Entwicklung des Genossenschaftssektors. Zweitens die Erweiterung der direkten und indirekten Kontrolle der lokalen Behörden über die Wirtschaftstätigkeit und drittens die Verstaatlichung strategischer Sektoren. (...) [JW 9.01.2019](#)

### 2. Die Wahrheit über Seumas Milne, Jeremy Corbyn und den neuen McCarthyismus

Die Kampagnen der britischen Medien gegen den Labour-Chef Jeremy Corbyn werden von Tag zu Tag härter und unappetitlicher. In einer neuen Kampagne zielt man nun auf Corbyns Kommunikationsberater Seumas Milne, um den Mann hinter ihm zu treffen. Es geht um Russland und Palästina und wieder einmal schwingt auch der Antisemitismusvorwurf mit, mit dem Corbyn schon seit längerer Zeit attackiert wird. Nun hat **David Hearst**, der ehemalige Auslandschef des Guardian, auf seinem Blog „Middle East Eye“ [zur Kampagne Stellung genommen](#) und eine äußerst interessante Widerlegung der Vorwürfe publiziert und die Kampagne historisch eingerahmt. **Josefa Zimmermann** hat den Text für die NachDenkSeiten ins Deutsche übertragen. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=49821>.



Erfolgreicher Streik von McDonald's-Beschäftigten (TUC)

Infos über die soziale Lage in Großbritannien und die Kampagnen auf der Seite vom Gewerkschaftsverband <https://www.tuc.org.uk/>

Juni 2016: Europäisches Attac-Netzwerk:  
Brexit muss Weckruf für Europa sein,  
SiG [120](#), S. 3

## VertreterInnen britischer Umwelt-, Menschenrechts- sowie alternativer Handels-Organisationen Offener Brief zur Handelspolitik nach dem Brexit

11 VertreterInnen britischer Umwelt-, Menschenrechts- sowie alternativer Handels-Organisationen trägt, darunter Global Justice Now, der Fairtrade Stiftung und Friends of the Earth machen in einem **offenen Brief am 18. Januar 2019** auf die Notwendigkeit der parlamentarischen Kontrolle von Handelsverträgen aufmerksam.

Nach der bedeutungsvollen Abstimmung über den Brexit wird das Handelsgesetz am Montag wieder ins Parlament eingebracht. Wir fordern die Abgeordneten und Lords auf, Änderungsanträge zu unterstützen, die eine demokratische Kontrolle der Handelsabkommen nach dem Brexit-Abschluss gewährleisten. Ohne die Änderungen werden viele Handelsabkommen abgeschlossen, fast ohne dass das Parlament die Möglichkeit hat, sie zu diskutieren, zu ändern oder abzulehnen.

Moderne Handelsabkommen betreffen die meisten Aspekte des täglichen Lebens, einschließlich der Lebensmittel, die wir essen, und der Dienstleistungen, auf die wir uns verlassen, sowie unsere Fähigkeit, unseren Verpflichtungen in den Bereichen Umwelt, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung nachzukommen. Deshalb ist es so wichtig, dass das Parlament eine angemessene Aufsicht über sie hat.

Lords haben Änderungsanträge eingebracht, die dem Parlament die Möglichkeit geben würden, Verhandlungsmandate zu genehmigen, sich vor der Einschränkung des Schutzes von Gesundheit, Umwelt und Rechten zu schützen und das letzte Wort bei künftigen Abkommen zu haben.

Weitere Änderungen würden die Regierung verpflichten, unabhängige Bewertungen der Auswirkungen potenzieller Geschäfte zu veröffentlichen, öffentliche Konsultationen durchzuführen und Transparenz bei Handelsverhandlungen zu schaffen.

Abgeordnete und Lords sollten diese Änderungsanträge unterstützen. Brexit würde bedeuten, dass das Vereinigte Königreich wieder Verantwortung für die Handelspolitik übernimmt, und jetzt ist es an der Zeit, strenge demokratische Garantien zu verankern, um sicherzustellen, dass die künftigen Handels-

beziehungen des Vereinigten Königreichs im öffentlichen Interesse funktionieren.

**Nick Dearden** Director, Global Justice Now

**Tim Aldred** Head of policy, Fairtrade Foundation; **Craig Bennett** CEO, Friends of the Earth; **Karla Hill** Director of programmes, Client Earth; **Hannah Lownsbrough** Executive director, SumOfUs; **Liz May** Director of policy, Traidcraft Exchange; **Peter Frankental** Economic relations programme director, Amnesty UK; **David Lawrence** Senior political adviser, Trade Justice Movement; **Asad Rehman** Executive director, War on Want

**Anne Peacey** Chair, National Justice & Peace Network; **Liz Murray** Head of Scottish campaigns, Global Justice Scotland

(Übersetzung: SiG-Redaktion)  
Quelle: [Guardian](#)



## Global Justice Now

# „Beklagenswerter Mangel an Demokratie“ bei Handelsverhandlungen mit den USA

Die Abgeordneten diskutierten am 21. Februar vier Post-Brexit-Handelsabkommen, um formelle Handelsverhandlungen mit den USA und dem britischen Antrag auf Beitritt zur Trans-Pazifik-Partnerschaft einzuleiten (1). Aber Aktivisten haben die Abgeordneten gewarnt, dass die Debatte den fast völligen Mangel an Macht zeigt, den sie nach Brexit haben werden, um Handelsabkommen zu leiten, zu überprüfen oder zu stoppen.

Die Debatte folgt einer Regierungskonsultation über die Abkommen, die die vermutlich größte öffentliche Resonanz in der Geschichte ausgelöst hat, wobei **600 000 Einzelpersonen und Organisationen ihre Besorgnis über die Auswirkungen der Transaktion auf die Lebensmittelstandards, den National Health Service und die Einführung von „Corporate Court“-Systemen** zum Ausdruck brachten, die dazu führen könnten, dass die britische Regierung von einigen der größten Unternehmen der Welt vor Geheimgerichten verklagt wird.

Die Kampagnenteilnehmer warnen davor, dass die Regierung es versäumt hat, einen Rahmen für die Ersetzung der derzeitigen Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen, die in der EU für den Umgang mit Handelsabkommen bestehen, in die Praxis umzusetzen. Die Trump-Regierung hat bereits deutlich gemacht, dass jedes

Handelsabkommen mit den USA die britischen Lebensmittelstandards erheblich verändern und die Arzneimittelpreise erhöhen müsste.

**Nick Dearden von Global Justice Now sagte:** *„Diese Debatte zeigt lediglich den bedauernden Mangel an Demokratie, der die britische Handelspolitik nach dem Brexit-Regime bestimmt. Nach einer ziemlich sinnlosen öffentlichen Konsultation, die jedoch gezeigt hat, wie besorgt wir alle über die Handelspläne der Regierung sind, erwartet der Außenminister, dass er in sechs Wochen einfach mit den Verhandlungen über diese Abkommen beginnen wird. Weder das Parlament noch die Öffentlichkeit dürfen Liam Fox davon abhalten, über unsere Lebensmittelstandards oder unsere öffentlichen Dienstleistungen zu verhandeln. Das muss sich ändern, bevor es zu spät ist.“*

**David Lawrence von Trade Justice Movement sagte:** *Trotz seines früheren Versprechens, dass den Abgeordneten „die Möglichkeit gegeben wird, den Verhandlungsansatz der Regierung und die möglichen Auswirkungen von Abkommen zu prüfen“, hat Liam Fox einmal mehr bewiesen, dass er die parlamentarische Aufsicht über Handelsabkommen nicht ernst nimmt. Handelsabkommen mit Ländern wie den USA könnten massive Aus-*

*wirkungen auf die sozialen Rechte, die Umwelt, die Lebensmittel- und Gesundheitsstandards in Großbritannien haben. Der derzeitige Prozess zur Vereinbarung von Handelsabkommen gibt den Abgeordneten nur sehr wenig Mitspracherecht [...]“.*

### Anmerkungen

(1) Es handelt sich um Abkommen mit den USA, Australien und Neuseeland und um ein Abkommen zum Beitritt zur Trans-Pazifik-Partnerschaft. Das letzte, das nun offiziell als das Umfassende und Progressive Abkommen für die Trans-Pazifik-Partnerschaft bekannt ist, umfasst 11 pazifische Länder und bleibt ein weitreichendes Handelsabkommen mit potenziell schwerwiegenden Auswirkungen auf Vorschriften, öffentliche Dienstleistungen und Arzneimittelpreise. s: <http://www.globaljustice.org.uk/resources/trans-pacific-powergrab>

(2) Die Kampagnenteilnehmer fordern einen demokratischen Rahmen, der Folgendes umfasst

- Parlamentarische Genehmigung eines Mandats vor Verhandlungsbeginn
- Transparenz bei Verhandlungen
- Sinnvolle Abstimmung im Parlament über die endgültige Einigung
- Umfangreiche Folgenabschätzungen zu sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, geschlechtsspezifischen, entwicklungspolitischen und regionalen Auswirkungen

Quelle: [globaljusticenow](http://globaljusticenow.org)

Übersetzung und Bearbeitung: SiG-Redaktion

## Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!



Europäische Initiative <https://stopids.org/de/>  
Diese Initiative wird getragen von einem **Bündnis von über 200 europäischen Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.**  
550.000 Menschen aus 28 EU-Staaten haben bisher die Petition an den Präsidenten der Europäischen Kommission, die EU-Ratspräsidentschaft, Vertreter und Vertreterinnen der EU-Mitgliedstaaten und Mitglieder des Europäischen Parlaments unterzeichnet (30.3.2019)

### Text der Petition

„Die heutigen Handels- und Investitionsabkommen geben Konzernen **weitreichende Sonderrechte** und Zugang zu einer **Paralleljustiz**, um diese Rechte durchzusetzen.

Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, **diese Privilegien zu beenden**, indem sie sich aus Handels- und Investitionsabkommen zurückziehen, die Sonderklagerechte enthalten, und künftig keine solchen Abkommen mit Sonderklagerechten mehr abzuschließen.

Außerdem fordern wir die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich für das aktuell verhandelte UN-Abkommen (Binding Treaty) einzusetzen, das Konzerne für Menschenrechtsverstöße zur Rechenschaft zieht und damit **ihre Straflosigkeit beendet**.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen Konzerne gesetzlich verpflichten, in Auslandsgeschäften die Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards zu achten.

Betroffene von Menschenrechtsverstößen durch Konzerne müssen Zugang zu Gerichten haben.“

## Attac Österreich, 14. März 2019 Resolution für TTIP 2.0 im EU-Parlament gescheitert

Im EU-Parlament ist am 14.3.2019 eine geplante Resolution über neue Handelsverhandlungen mit den USA gescheitert. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac begrüßt das Ergebnis und fordert die zuständige Bundesministerin Schramböck auf, sich auf europäischer Ebene gegen eine Wiederaufnahme von Verhandlungen auszusprechen. **Eine Einigung der letztlich zuständigen EU-Regierungen würde den Weg für ein TTIP 2.0 machen** und die Interessen der europäischen Automobilindustrie über Klimaschutz und Demokratie stellen, kritisiert Attac.

Die USA haben das Pariser Klimaschutzabkommen bekanntermaßen gekündigt. Die EU-Kommission will zudem die Einfuhr von besonders umweltschädlichem Fracking-Gas aus den USA erleichtern. *„Morgen, am 15.3., werden junge Menschen auf der ganzen Welt die Politik einmal mehr zum Handeln in Sachen Klimaschutz auffordern. Ein Handelsabkommen mit den USA steht im krassen Widerspruch zu dem, was beim Klimaschutz notwendig ist. Daher darf es keine Verhandlungen über ein TTIP 2.0 geben“*, erklärt Alexandra Strickner von Attac Österreich.

Auch der **Mandatsentwurf der Kommission über eine regulatorische Zusammenarbeit** von Standards und Regulierungen (genannt „Konformitätsbewertung“) ist eine **Bedrohung für das Allgemeinwohl**. Wichtige Regulierungen und Gesetze zum Schutz von Umwelt und Gesundheit (etwa bei Gentechnik, Chemikalien und Pestiziden) sind darin nicht ausgenommen. *„Eingriffe in Regulierungen im öffentlichen Interesse haben in Handelsabkommen, die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellen, grundsätzlich nichts verloren“*, kritisiert Strickner. Die USA haben zudem nur zwei der acht internationalen Mindestarbeitsnormen ratifiziert.

Attac kritisiert weiter, dass das alte TTIP-Mandat aus dem Jahr 2013 noch immer nicht annulliert wurde, wodurch den Verhandlungen selbst bei Sonderklagerechten für Konzerne, regulatorischer Kooperation oder Dienstleistungen keine formalen Grenzen gesetzt sind. *Quelle: [Attac Österreich](#)*

### Plattform [www.anders-handeln.at](http://www.anders-handeln.at) :

Laut einer Resolution des EU-Parlaments vom Oktober 2018 soll die EU nur Handelsabkommen mit Ländern abschließen, die dem Pariser Klimaschutzabkommen beigetreten sind. (Resolution des EP: <http://bit.ly/2IotRBR>) Die USA haben auch nur zwei der acht internationalen Mindestarbeitsnormen ratifiziert. Sie streben nicht nur einen besseren Marktzugang für Industriegüter, sondern auch für ihre Agrarindustrie und das öffentliche Beschaffungswesen an. Die USA haben zudem zahlreiche europäische Regulierungen und Schutzstandards im Allgemeininteresse offen als zu beseitigende „Handelshemmnisse“ deklariert. Dazu zählen etwa die europäische Chemikalienverordnung REACH, Lebensmittel-, Gesundheits- und Umweltstandards, Tierschutz, Agrartreibstoffe (auf Basis von Mais und Soja), Gentechnik, Herkunftszeichnungen oder Datenschutz. ( Siehe USA: **National Trade Estimate Report** on Foreign Trade Barriers, EU ab Seite 152)

*Quelle: [Attac Österreich](#)*

## Attac Österreich, 13. Februar 2019 Abkommen EU–Singapur: EU-Parlament stimmt für Ausweitung von Konzernprivilegien

Profitinteressen stehen über dem Schutz unserer Lebensgrundlagen: Das EU-Parlament hat heute zwei Abkommen mit Singapur zugestimmt: **Dem Handelsabkommen EUSFTA** und dem **Investitionsabkommen EUSIPA**. Letzteres enthält die umstrittenen Sonderklagerechte für Konzerne, ISDS (Investor-state dispute settlement).

*„Das Ja zu EUSIPA zeigt, dass die Mehrheit der EU-Abgeordneten bereit ist, die Profitinteressen von Konzernen über den Schutz unserer Lebensgrundlagen stellen“*, kritisiert Alexandra Strickner von Attac Österreich. *„Denn eine Ausweitung von Sonderklagerechten für Konzerne gefährdet dringend nötige Maßnahmen gegen den Klimawandel, höhere Umweltstandards oder bessere Arbeitsrechte. Konzerne können dafür horrenden Schadensersatzforderungen stellen oder diese schon im Vorfeld androhen.“* (1)

Die Mehrheit der Abgeordneten ignoriert gleichzeitig die Kritik von hunderten RechtsexpertInnen, NGOs, Gewerkschaften und Millionen Menschen in ganz Europa an ISDS.

Allein in den letzten drei Wochen haben mehr als 500.000 Menschen eine Petition für ein grundsätzliches Aus für ISDS unterzeichnet. [www.attac.at/stopp-ids](http://www.attac.at/stopp-ids) (...)

**EUSIPA muss nun noch in den nationalen Parlamenten abgestimmt werden.** *„Wir werden unsere Aufklärungsarbeit fortsetzen und die Abgeordneten des Nationalrats auffordern EUSIPA abzulehnen“*, erklärt Strickner.

**Auch das Handelsabkommen mit Singapur EUSFTA ist problematisch:** Entgegen dem Investitionsabkommen EUSIPA muss das Handelsabkommen EUSFTA nicht mehr auf nationaler Ebene abgestimmt werden. Auch EUSFTA ist höchst problematisch: Es enthält zwar Vorgaben zur Nachhaltigkeit – aber keinen Mechanismus, um diese auch effektiv umzusetzen. (...)

---  
*(1) Die meisten in Südostasien tätigen europäischen Konzerne haben in Singapur wichtige Niederlassungen, darunter fast alle großen fossilen Energiekonzerne. Nicht nur singapurische Firmen, sondern alle dort tätigen internationalen Konzerne könnten EU-Staaten auf Schadensersatz verklagen - für Gesetze, die unsere Gesundheit, unsere Arbeitsrechte und unsere Umwelt schützen.*

*[Attac Österreich](#)*

### Attac Deutschland

Dazu kommt, dass EUSFTA ebenso wie CETA mit Kanada und JEFTA mit Japan so genannte **Ausschüsse** vorsieht, die nach Vertragsabschluss weitreichende und verbindliche Entscheidungen treffen können, wie das Abkommen auszulegen ist. Auf europäischer Seite werden diese Ausschüsse mit Vertretern der EU-Kommission besetzt. **Eine parlamentarische oder verfassungsrechtliche Kontrolle dieser Entscheidungen ist nicht möglich.**

*„Neben den in EUSIPA verankerten Konzernklagen untergraben die in EUSFTA vorgesehenen Ausschüsse massiv demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien“*, kritisiert Attac-Autor **Thomas Köller** („Bevormundete Demokratie – die Entscheidungskompetenzen der 'Ausschüsse' nach dem EU-Handelsabkommen mit Singapur“, EUSFTA - [Studie](#))

# Bolkesteins Hammer schlägt wieder zu Wie die EU die Daseinsvorsorge demontiert

Jana Mattert und Thomas Fritz (Attac, AG Privatisierung)

26. März 2019 – Still und heimlich untergräbt die EU-Dienstleistungsrichtlinie die Daseinsvorsorge. Im Dienst der Konzerne will die EU sie jetzt sogar noch verschärfen. Das vorliegende Hintergrundpapier analysiert die Wirkungsweise dieser Richtlinie, mögliche Folgen ihrer geplanten Verschärfung sowie Vorschläge für den Schutz öffentlicher Dienstleistungen gegen die Eingriffe der EU.

Mit der Dienstleistungsrichtlinie sollte ein Traum der Marktradikalen Wirklichkeit werden: die EU-weite Beseitigung sozialer Errungenschaften und die Schrumpfung der Wohlfahrtsstaaten zu Nachtwächterstaaten. Den ersten Entwurf präsentierte Anfang 2004 der damalige EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein, ein niederländischer Politiker und [Mitglied der neoliberalen Mont Pèlerin Society](#). Gewerkschaften und soziale Bewegungen wie Attac waren entsetzt und leisteten grenzüberschreitenden Widerstand gegen den „Bolkestein-Hammer“.

Doch vergeblich: Im November 2006 segnete das Europaparlament mit den Stimmen von SozialdemokratInnen, Liberalen und Konservativen die [Bolkestein-Richtlinie in zweiter Lesung](#) ab, während Grüne und Linke dagegen votierten. Am 28. Dezember

2009 trat sie schließlich in Kraft (s. [Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt](#), Amtsblatt der EU, L 376, 27.12.2006, Seite 36-68).

Zwar gelang es durch den Widerstand, dem ursprünglichen Entwurf der Bolkestein-Richtlinie einige wenige Zähne zu ziehen. Doch nach dem Inkrafttreten der Richtlinie wurden Wirtschaftsverbände nicht müde, weitere Verschärfungen zu fordern. Mit Erfolg: Im Januar 2017 veröffentlichte die EU-Kommission den [Entwurf einer sogenannten Notifizierungsrichtlinie](#), die die Bolkestein-Richtlinie massiv verschärfen soll. Der Entwurf befindet sich zur Zeit im sogenannten Trilogverfahren, das heißt Kommission, Europäischer Rat und Europaparlament beraten unter Ausschluss der Öffentlichkeit über seine Modifizierung und mögliche Annahme.

Nach fast zehn Jahren ihrer Anwendung lohnt ein Blick darauf, wie die Bolkestein-Richtlinie in der Praxis funktioniert. Es zeichnet sich dabei immer deutlicher ab, wie die Richtlinie der öffentlichen Daseinsvorsorge schadet und welche Folgen ihre Verschärfung nach sich ziehen könnte.

[Download des Hintergrundtextes zur Bolkestein-Richtlinie](#)

## **Stoppt das EU-Notifizierungsverfahren für Dienstleistungen Kommunen brauchen demokratischen Handlungsspielraum, um die Interessen der Bürger zu wahren!**

**Offener Brief:** Eine Koalition von inzwischen über 160 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, Bürgermeister\_innen und progressiven Parteien, die europäische Großstädte regieren, hat sich gegen einen umstrittenen EU-Richtlinievorschlag ausgesprochen, der von Wirtschaftslobbys vorangetrieben wurde und große neue Hindernisse für eine fortschrittliche, kommunale Politik und Initiativen schaffen würde.

Wir, Vertreter europäischer Städte, zivilgesellschaftlicher Gruppen und Gewerkschaften, möchten unser großes Besorgnis über das geplante Notifizierungsverfahren für Dienstleistungen zum Ausdruck bringen. Nach diesem Vorhaben müssten in Zukunft Städte, Kommunen und andere regionalen Behörden neue Regelungen und Gesetze der Europäischen Kommission im Voraus mitteilen und von ihr genehmigen lassen, statt wie bisher die Kommission erst nachträglich zu benachrichtigen.

Dies würde den Spielraum für eine progressive Politik, auch auf lokaler Ebene, verringern. Wie in einer Resolution des

Amsterdamer Stadtrates vom September 2018 festgestellt, führt das vorgeschlagene Notifizierungsverfahren zu unnötigen Verzögerungen und "schadet ernsthaft der Autonomie der lokalen Regierungen und stellt somit eine Bedrohung für die lokale Demokratie dar". Das Vorhaben würde große neue Hindernisse für eine fortschrittliche Kommunalpolitik schaffen, wie beispielsweise dringend benötigte Maßnahmen zur Eindämmung der Wohnungsmieten.

Das vorgeschlagene Verfahren ist unverhältnismäßig und steht im Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip sowie zur Verpflichtung der EU, die regionale und lokale Selbstverwaltung zu respektieren, wie sie im Vertrag von Lissabon festgelegt ist.

*Die Städte spielen eine entscheidende Rolle bei der Lösung der sozialen und ökologischen Probleme Europas und bei der Entwicklung einer Demokratie mit aktivem Engagement von Bürger\_innen. Das vorgeschlagene Verfahren zur Dienstleistungsnotifizierung würde den demokratischen Spielraum der Kommunen einschränken und ist daher völlig inakzeptabel.*

Die **Bolkestein-Richtlinie** trat Ende 2006 **in Kraft** - trotz vielfacher Proteste; **Ende 2009** ist sie zu nationalem Recht geworden. S. auch [SiG 37](#): Thomas Fritz, 2004, Seiten 31-32; Mehrere Artikel (2006) in [SiG 48](#) und [Labournet](#)

## **Landesbezirkskonferenz von ver.di Berlin-Brandenburg**

(Februar 2019)

Die Landesbezirkskonferenz von ver.di Berlin-Brandenburg fordert den Senat von Berlin, die Landesregierung von Brandenburg, das Abgeordnetenhaus von Berlin und den Landtag von Brandenburg auf,  sich dem Beispiel des Stadtrats von Amsterdam anzuschließen und gegen die Verschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie durch die vorherige Notifizierungspflicht von kommunalen und regionalen Regelungen im Dienstleistungsbereich bei der EU-Kommission zu protestieren,  auf die Bundesregierung einzuwirken, dass diese noch im März, vor den Europawahlen, erklärt, dass sie dieser Verschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Ministerrat nicht zustimmen wird.

**Begründung:** Die von der EU-Kommission seit 2 Jahren beabsichtigte vorherige Notifizierungspflicht von Regelungen gefährdet die demokratischen Handlungsspielräume der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung. Nach den Planungen der EU-Kommission muss jede regionale Regulierung mit möglichen Auswirkungen auf Dienstleistungen drei Monate vor Beschlussfassung zur Prüfung auf Vereinbarkeit mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) der EU-Kommission vorgelegt werden (Notifizierung), die dann die Beschlussfassung untersagen oder Änderungen verlangen kann.

Wir wollen noch vor den Europawahlen im Mai wissen, welche EU die Parteien und die Bundesregierung anstreben.

# Corporate Europe Observatory Bolkestein kehrt zurück: Die EU-Kommission greift nach der Macht über Dienstleistungen

Die neun wichtigsten Fragen und Antworten dazu, wie die EU-Kommission, lokale Entscheidungen aushebeln will

November 2018

Die EU-Institutionen verhandeln derzeit über [neue Regeln für den Binnenmarkt](#). Doch diese hätten hochproblematische Auswirkungen auf die Entscheidungsmacht von Parlamenten, Landtagen und Gemeinderäten in ganz Europa. Denn die Kommission schlägt vor, die bereits existierende [Dienstleistungsrichtlinie](#) – auch bekannt als Bolkestein-Richtlinie – auf eine neue und äußerst einschränkende Weise durchzusetzen.

Kurz gesagt: **Die Kommission will das Recht, neue Gesetze und Regulierungen für Dienstleistungen in den Mitgliedsstaaten zu genehmigen oder abzulehnen.** Erfasst wären viele Bereiche wie die Raumordnung (Stadtplanung), Wohnen, Energie- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft und mehr.

Doch der **Widerstand** gegen den Vorschlag der Kommission wächst rasant. Insbesondere Gemeinderäte äußern sich dagegen, da sie nicht ausreichend informiert wurden und der Vorschlag ihre Handlungsfähigkeit stark einzuschränken droht. Nun stellen viele von ihnen fest, dass selbst Städte und Gemeinden zukünftig die Erlaubnis der Kommission einholen müssen, bevor sie Maßnahmen im Zusammenhang mit Dienstleistungen ergreifen. In Amsterdam verabschiedete der Gemeinderat daher eine einstimmige [Resolution](#), laut derer der Vorschlag „die Autonomie der lokalen Behörden beeinträchtigt und damit eine Bedrohung für die lokale Demokratie darstellt“. Diese starke Botschaft für den Erhalt lokaler Gestaltungsspielräume findet Resonanz in Städten in ganz Europa. Eine öffentliche Erklärung gegen den Vorschlag wurde in kürzester Zeit von 75 europäischen Organisationen, darunter NGOs, soziale Bewegungen und politische Parteien, unterzeichnet – und es werden täglich mehr.

**Worum geht es bei dem ganzen Wirbel?**  
Corporate Europe Observatory hat eine Liste der wichtigsten Fragen und Antworten zu den Plänen zusammengestellt

## Wie plant die Kommission, Entscheidungen in den Mitgliedstaaten zu stoppen oder zu ändern?

Beim Vorschlag geht es um „Notifizierung“, also die Bekanntmachung neuer Maßnahmen gegenüber der Kommission. Das klingt ziemlich harmlos. Aber so einfach ist es nicht.

Mitgliedsstaaten müssen schon bisher die EU-Kommission informieren, wenn sie Regulierungen in einem Bereich verabschieden, der unter die Dienstleistungsrichtlinie fällt. Diese Bekanntmachung kann nach dem Beschluss oder Inkrafttreten einer Maßnahme geschehen. Die Kommission prüft dann, ob alle Vorschriften der Dienstleistungsrichtlinie eingehalten wurden. Ist sie der Ansicht das wäre nicht der Fall, so sucht sie das Gespräch und eine Lösung mit dem betreffenden Mitgliedstaat.

Dieses Verfahren gibt es, seit die Dienstleistungsrichtlinie im Jahr 2006 erstmals beschlossen wurde. Doch seit damals beschwerten sich zahlreiche Konzernlobbies und die Kommission selbst über diesen angeblich ineffizienten und langsamen Ansatz.

In Anlehnung an einen [Vorschlag](#) von BusinessEurope und nach umfangreichem Lobbying verschiedener Branchen schlägt die Kommission nun ein neues und wesentlich stärker eingreifendes Verfahren vor. Nach dem neuen Vorschlag wären Behörden – seien es Gemeinden oder Ministerien – verpflichtet, die Kommission bereits drei Monate vor dem Beschluss einer neuen Regelung zu informieren. Damit erhielte die Kommission die Möglichkeit, Gesetzestexte im Voraus zu prüfen. Ist sie der Meinung, dass etwas der Dienstleistungsrichtlinie widerspricht, kann sie eine „Warnung“ aussprechen und ermitteln, welche Änderungen für eine Genehmigung nötig sind.

Wird in Folge die Einschätzung der Kommission – die von der vollständigen Ablehnung bis hin zu kleinen Änderungen reichen kann – nicht berücksichtigt und der Gemeinderat oder das Parlament be-



schließen das Gesetz trotzdem, so kann die Kommission den „*betreffenden Mitgliedstaat auffordern, sie aufzuheben*“ (Artikel 7).

Praktisch befähigt das die Kommission, in einer Vielzahl zentraler Politikbereichen gewählte VertreterInnen auf alarmierende Weise zu überstimmen. Darüber hinaus wird die Entscheidungsfindung in Gemeinden und Landesbehörden grundlegend verändert, und damit den Grundsatz und die Praxis lokaler Demokratie in der EU untergraben.

## Was bedeutet das in der Praxis? Ist es wirklich so schlimm?

Bevor wir uns weiter mit der Rechtsgrundlage – der Dienstleistungsrichtlinie – befassen ist es sinnvoll, sich anhand einiger konkreter Beispiele ein Bild zu machen, worum es geht.

- Als sich Amsterdam gegen den Vorschlag der Kommission aussprach, verwies Stadtrat Tiers Bakker auf Versuche der Stadt, **AirBnB zu regulieren**. Lange Zeit genoss AirBnB in Amsterdam sehr flexible Regeln. Doch durch seine immer stärkere Verbreitung wurde der Zugang zu leistbaren Wohnungen eingeschränkt und in wichtigen Stadtteilen veränderten sich Atmosphäre und Umgebung. Der Stadtrat schritt ein und erfüllte die Forderungen der BewohnerInnen von Amsterdam. Er verabschiedete strengere Regeln für AirBnB und stellte dann fest, dass dies ein Verstoß gegen die Dienstleistungsrichtlinie sein könnte. Nach dem neuen Vorschlag müsste Amsterdam die Kommission vorab um die Erlaubnis bitten, solche Vorschriften einführen zu dürfen.

- Laut einem [Urteil](#) des Europäischen Gerichtshofs fallen **Raum- und Stadtplanung** unter die Dienstleistungsrichtlinie. Der Bereich der Stadtplanung kann etwa politische Entscheidungen darüber beinhalten, wo die Behörden in einer Stadt Geschäfte ansiedeln und wo nicht,

sowie Regelungen bezüglich der Größe von Geschäften. Einige Städte wollen vielleicht keine riesigen Supermärkte, um das Überleben kleiner Läden zu sichern. Da dies jedoch durch die Dienstleistungsrichtlinie abgedeckt ist, müssten auch hier Entscheidungen an die EU-Kommission gemeldet werden. Die EU-Institution hätte somit das letzte Wort – vielleicht nicht bei jeder einzelnen Planungsentscheidung, aber sie könnte umfassende und langfristige Pläne für die Stadtentwicklung blockieren oder ablehnen.

- Die Richtlinie betrifft auch **Arbeitsrechte**. Als die Dienstleistungsrichtlinie vor über zehn Jahren erstmals vorge schlagen wurde, gab es bereits einen Aufschrei. Sie ermöglicht es Dienstleistungsunternehmen, in der gesamten EU tätig zu sein und dabei nur die Regulierungen und Vorschriften ihres Herkunftslandes einzuhalten. Nach Einschätzung der Gewerkschaften führt dies unweigerlich zu Sozialdumping, da Unternehmen aus Niedriglohnländern ihre ArbeiterInnen einfach in Hochlohnländer entsenden und ihnen dort nur einen Bruchteil des üblichen Lohns zahlen können. Nach massiven Protesten in der gesamten EU wurde das Arbeitsrecht schließlich von der Richtlinie ausgenommen. Trotzdem sind Regelungen nicht zulässig, die die Einhaltung lokaler Kollektivverträge oder Gesetze durch Dienstleistungsunternehmen überwachen. Vor kurzem erst [beschwerte sich die Kommission](#) über Vorschriften in Dänemark, dank derer Behörden und Gewerkschaften mögliche Verstöße gegen Kollektivverträge und das Arbeitsrecht erkennen können.

- Die Dienstleistungsrichtlinie betrifft sogar die **Nutzung natürlicher Ressourcen**. Im Jahr 2015 [entschied](#) die EFTA-Überwachungsbehörde, dass ein isländisches Gesetz über die Nutzung von Geothermie und Grundwasser gegen die Dienstleistungsrichtlinie verstößt, da es privaten ausländischen Betreibern den Zugang zu diesen Ressourcen erschwert. Das Gesetz versucht dem Problem entgegenzuwirken, dass private Unternehmen oft einen kurzfristigen Ansatz für die Nutzung geothermischer Ressourcen verfolgen, der das langfristige öffentliche Interesse nicht berücksichtigt. Dennoch wird es als Verstoß gegen das europäische Recht angesehen.

### **Welche Bereiche fallen unter dieses Verfahren und damit unter die Dienstleistungsrichtlinie?**

Alle Entscheidungen, die unter die Dienstleistungsrichtlinie von 2006 fallen, können nach dem neuen Vorschlag von

der Kommission abgelehnt werden. Zentrales Problem dabei: Die Dienstleistungsrichtlinie deckt ein breites Spektrum von Politikbereichen ab.

Als die Dienstleistungsrichtlinie 2004 geplant wurde, ging es anfangs tatsächlich nur um Dienstleistungen. Die Bolkestein-Richtlinie – benannt nach ihrem Verfasser, EU-Kommissar Frits Bolkestein – sollte alles liberalisieren, was man verkaufen aber nicht angreifen kann.

Dies stieß jedoch auf heftigen Widerstand und über 100.000 Menschen gingen in verschiedenen Ländern dagegen auf die Straße. In Folge wurden einige Bereiche aus der Richtlinie ausgenommen und ihre Auswirkungen verringert.

Doch auch in ihrer reduzierten Form betrifft die Richtlinie ein weites Feld von Themen und Politikbereichen. Dazu gehören: Bildung, Buchhaltung, juristische Dienste, Beratung, Architektur, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Werbung, Postdienste, Strom- und Gasversorgung, Einzelhandel und viele andere Sektoren. Tatsächlich ist es einfacher zu verstehen, welche Dienstleistungen nicht unter die Richtlinie fallen: nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (also öffentliche Dienstleistungen, für die BürgerInnen nichts bezahlen), Finanzdienstleistungen, Gesundheitsleistungen, Glücksspiel, elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste (TV und Radio), private Sicherheitsdienste, Transport, Zeitarbeitsfirmen sowie NotarInnen und GerichtsvollzieherInnen. Es besteht auch eine Ausnahme für soziale Dienste, doch ergänzende Sozialversicherungssysteme sind abgedeckt.

### **Was ist durch die Dienstleistungsrichtlinie verboten?**

Die Dienstleistungsrichtlinie ist im Wesentlichen eine Liste von Maßnahmen, Anforderungen und Regulierungen, die Mitgliedstaaten für Dienstleistungen nicht festlegen dürfen.

#### **Die Richtlinie besteht aus drei Listen.**

Die ersten beiden Listen betreffen alle Sektoren, die nicht von der Richtlinie ausgenommen sind. Die dritte und umfassendste Liste betrifft alle Dienstleistungen außer einiger weniger, die im Text explizit genannt werden.

**Die erste Liste** beschränkt die Einführung von Genehmigungssystemen, verbietet Wohnsitzbedingungen für EigentümerInnen und begrenzt die Regulierung der Anzahl von Unternehmen und den Umfang ihrer Tätigkeit in einem Sektor. Sie verbietet Pflichtbeiträge zu Versicherungen oder Garantiefonds (mit wenigen Ausnahmen). Außerdem verbietet sie Re-

gister für Dienstleistungsunternehmen, außer unter bestimmten Bedingungen.

**Die zweite Liste** verbietet Regulierungen für Dienstleistungsunternehmen bezüglich einer Mindestanzahl von MitarbeiterInnen, Höchst- oder Mindestpreisen, die Beschränkung ihrer Geschäfte in Bezug zur Bevölkerungszahl in einer Region, sowie Vorschriften, die ein Unternehmen mit einer bestimmten Rechtsform verpflichten.

Dieser zweiten Liste ist außerdem ein besonderes Verfahren beigelegt. Erlässt ein Mitgliedstaat Regulierungen in den oben genannten Bereichen, musste er dies bisher der EU-Kommission mitteilen. Die Kommission konnte dann den Mitgliedstaat dazu auffordern – jedoch nicht verlangen – die Maßnahmen fallen zu lassen oder aufzuheben, wenn sie sie für zu restriktiv und damit für einen Verstoß gegen die Dienstleistungsrichtlinie hält. Zentral dabei: Bisher waren die Mitgliedstaaten nicht verpflichtet, die EU-Kommission vor Erlass einer Maßnahme zu informieren.

**Die dritte Liste** in Artikel 16 der Dienstleistungsrichtlinie ist die weitreichendste. Sie legt fest, dass Firmen in der Erbringung von Dienstleistungen frei sein müssen und keine Regulierungen zulässig sind, außer diese diskriminieren nicht aufgrund von Nationalität, sind verhältnismäßig und „notwendig“. Was diese Bestimmung besonders hart und restriktiv macht, ist die Definition von „Notwendigkeit“. Diese ist nur „aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit oder des Umweltschutzes“ gerechtfertigt. Die Formulierung schließt dutzende anderer legitimer Gründe für Regulierungen aus, wie etwa die Sicherstellung des Zugangs zu leistbarem Wohnraum, eines angemessenen Lebensstandards, des Schutzes der städtischen Umgebung und vieles mehr.

Bei der Verabschiedung der Dienstleistungsrichtlinie 2006 war diese Bestimmung sehr umstritten. In Folge dessen wurden einige öffentliche Dienstleistungen ausdrücklich von diesem Abschnitt ausgenommen: Strom, Gas, Post, Wasserversorgung und Abfallwirtschaft. Obwohl die beschriebenen Regelungen umfassend sind, ist noch nicht ganz klar, welche Folgen die Dienstleistungsrichtlinie für einen bestimmten Sektor hatte oder haben wird. Dies ist bei EU-Richtlinien sehr oft der Fall und die Umsetzung muss sorgfältig beobachtet werden, um die politischen Auswirkungen vollständig zu verstehen.

**Ist eine Notifizierung, also die Bekanntgabe an die EU-Kommission, für die gesamte Richtlinie erforderlich, einschließlich des berichtigten Artikels 16?**

Ja. Die Mitgliedstaaten müssen die EU-Kommission über eine Vielzahl lokaler Vorschriften benachrichtigen, das gilt auch für die Maßnahmen unter Artikel 16.

Während der ersten Auseinandersetzung um die Bolkestein-Richtlinie richtete sich der Widerstand stark gegen Artikel 16, auf Grund des dort verankerten Herkunftslandprinzips. Dieser Grundsatz bedeutet im Wesentlichen, dass ein Dienstleister nur die Vorschriften seines Herkunftslandes befolgen muss – nicht jedoch jene anderer Mitgliedstaaten, in denen er tätig ist. Nach einer langen Auseinandersetzung wurde der Artikel geändert um einige Bedenken auszuräumen, aber er ist immer noch sehr weitreichend. Im Wesentlichen verbietet er Beschränkungen für Dienstleistungen aller Art – es sei denn, sie sind nachweislich notwendig um eine begrenzte Anzahl von Zielen zu erreichen.

Wie stark dies in politische Gestaltungsmöglichkeiten eingreift, hängt letztlich von der Auslegung der Regeln ab. Und mit dem neuen Vorschlag versucht die EU-Kommission eindeutig, sich das Recht zur Auslegung der Richtlinie zu holen um den Binnenmarkt zu vertiefen.

**Aber versucht die Kommission nicht einfach, EU-Recht aufrechtzuerhalten?**

Nein, so einfach ist es nicht. Wie aus den obigen Beschreibungen hervorgeht, ist die Dienstleistungsrichtlinie ein äußerst komplizierter Rechtsakt. Sie erfordert im konkreten Fall viele Bewertungen bevor entschieden wird, ob die Richtlinie eingehalten wurde. Zum Beispiel: Ist eine Maßnahme „verhältnismäßig“ oder nicht? Wird sie aus „zwingenden Gründen des Allgemeininteresses“ erlassen? Dies sind teilweise sehr subjektive Fragen, deren Beantwortung eine umfassende Bewertung und eine klar strukturierte Begründung erfordern.

Die geplante Änderung des „Notifizierungsverfahrens“ gibt der Kommission das Vorrecht, solche Fragen konkret zu beantworten und dazu zu handeln. Während die Kommission laut der alten Regelung „gegebenenfalls“ die Ablehnung oder Aufhebung einer Maßnahme zu „fordern“, kann sie dies mit dem neuen Vorschlag nun vorab „verlangen“.

Was die Kommission vorschlägt, ist daher nicht die bloße Einhaltung und

Durchsetzung von EU-Recht. Sondern sie schlägt vor, ihre eigene Auslegung des Rechts aufrechtzuerhalten und durchzusetzen. Und da es bei vielen der wichtigsten politischen Kämpfe in der EU um die Auslegung von Rechtsvorschriften geht, ist dies ein kühner Schritt – und ein deutlicher Griff der Kommission nach noch mehr Macht.

Darüber hinaus könnte man argumentieren, dass die Kommission mit der neuen Regelung ihr Mandat in zweierlei Hinsicht überschreitet:

- Die Dienstleistungsrichtlinie ist genau das: eine Richtlinie. Eine Richtlinie soll den Mitgliedstaaten Spielraum lassen, bestimmte Ziele auf ihre eigene Art und Weise zu erreichen. Das ist ein Unterschied zu *Verordnungen*, die klar darlegen, wie Dinge zu tun sind. Laut der Website der Kommission verlangen Richtlinien, „*dass die EU-Länder ein bestimmtes Ergebnis erzielen; lassen ihnen aber die Wahl, wie sie dies tun*“. Das neue Notifizierungsverfahren untergräbt jedoch die Wahlfreiheit der Mitgliedstaaten.
- Letztendlich ist es nicht Sache der EU-Kommission zu entscheiden, ob die Dienstleistungsrichtlinie eingehalten wurde oder nicht – das ist die Rolle des Europäischen Gerichtshofs. Die Kommission kann sich eine Meinung bilden, und sie kann einen Mitgliedstaat vor möglichen Verstößen warnen. Aber zu behaupten, sie verfüge über die endgültige Weisheit zur Auslegung der Richtlinie und dürfe daher gewählte Parlamente überstimmen, bedeutet eine Überschreitung des Mandats und der Rolle der Kommission.

**Aber hey, wird das Europäische Parlament nicht energisch auf diesen Angriff auf die Demokratie reagieren?**

Leider sieht es derzeit nicht so aus. Im Gegenteil: Der Binnenmarktausschuss (IMCO) des Europäischen Parlaments hat bereits eine Position formuliert, die bezüglich der Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung in Parlamenten, Landtagen oder Gemeinderäten unbesorgt scheint.

Im Gegenteil: Das Europäische Parlament schlägt sogar vor, dass Unternehmen im Rahmen des Notifizierungsverfahrens Beiträge zur Bewertung der EU-Kommission leisten dürfen. Dies würde Unternehmen ermöglichen, Druck auf die EU-Kommission auszuüben um Regulierungen zu stoppen, wenn sie ihren Geschäftsinteressen zuwiderlaufen.

Mit anderen Worten: das Europäische Parlament will eine weitere Möglichkeit für Konzernlobbying schaffen.

**Können Kommunen und nationale Parlamente nicht argumentieren, dass sich die EU-Kommission hier illegal Macht aneignet und sich dafür auf das Subsidiaritätsprinzip berufen?**

Ja und nein. Die nationalen Parlamente haben die Möglichkeit, mit einer so genannten „gelben Karte“ zu widersprechen. Damit erklären sie, dass die Kommission in einen Bereich eingreift, der auf nationaler oder lokaler Ebene, geregelt werden sollte. Und tatsächlich haben der österreichische Bundesrat, der italienische Senat, sowie beide Kammern des französischen und deutschen Parlaments bereits die gelbe Karte gehoben. Sie haben erklärt, dass der Vorschlag gegen das Subsidiaritätsprinzip der EU verstößt. Diese Stellungnahmen senden ein deutliches Signal an die Kommission. In der österreichischen Erklärung wird argumentiert, dass der Vorschlag „*massiv in die Gesetzgebungshoheit der Mitgliedsstaaten eingreift*“. Der deutsche Bundestag geht noch weiter und argumentiert, dass der Vorschlag gegen die EU-Verträge verstößt.

Nach den derzeitigen Regeln reichen jedoch starke Einwände verschiedener Parlamente in Österreich, Italien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden nicht aus, um den Vorschlag aufzuhalten oder Änderungen durchzusetzen. Um die Kommission zu zwingen, den Vorschlag überhaupt erneut zu prüfen, sind Einwände aus mindestens fünf weiteren Ländern erforderlich.

**Wann wird die Entscheidung über den Vorschlag abgeschlossen sein?**

Das könnte sehr bald sein. Der Vorschlag wurde 2016 vorgelegt und ist sehr weit gediehen. Derzeit verhandeln die Delegationen der Mitgliedstaaten (Rat) mit dem Europäischen Parlament über einen gemeinsamen Vorschlag. Nach dem Abschluss der Verhandlungen bleiben nur noch zwei kleine Schritte, nämlich die Abstimmung im Europäischen Parlament und im Rat.

*Es bleibt also nur wenig Zeit zum Handeln und die Pläne sind alarmierend. Der Vorschlag könnte lokale Demokratie, BürgerInnenbeteiligung und die Möglichkeit für Regulierungen im öffentlichen Interesse grundlegend beeinträchtigen. Handeln wir besser heute als morgen!*

<https://corporateeurope.org>

Übersetzung durch ATTAC-Österreich

# Attac Österreich

## Fragen und Antworten zur EU

März 2019 – Der folgende Standpunkt ist ein komprimierter Auszug aus dem Buch „**Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist**“, das Attac Österreich 2017 herausgegeben hat. Im Buch finden sich viele weitere Informationen, kritische Analysen zu einzelnen Politikbereichen und weiterführende Beiträge zu den hier aufgeworfenen Fragen.

### Warum ist die EU nicht zu retten?

In erster Linie ist die EU ein Wirtschaftsbündnis mit neoliberaler Basis. Im Zentrum stehen die „vier Grundfreiheiten“ des EU-Binnenmarktes: unbeschränkter Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften. Eingriffe in die Wirtschaft, etwa im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt, sind damit weitgehend verboten. Dies hat durch die europäischen Verträge (vom Vertrag von Maastricht bis zum Fiskalpakt) höchste Rechtsverbindlichkeit und ist bewusst unreformierbar gestaltet. Eine Änderung der Verträge benötigt die Einstimmigkeit aller Mitgliedsstaaten. Dass sich eine progressive Politik auf diesem Weg durchsetzen ließe, ist somit illusorisch. Schon eine einzige (neoliberale) Regierung kann Änderungen blockieren.

### Warum schützt uns die EU nicht vor den Rechten?

Die EU ist ein idealer Nährboden für die extreme Rechte. Die jahrelange neoliberale EU-Politik hat zu einem Anstieg an Arbeitslosigkeit, Armut, Unsicherheit und Zukunftsängsten geführt. Die Rechten nutzen diese Verunsicherung und diese Ängste. Durch Ausgrenzung und Schuldzuweisung nach außen (Flüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen, andere Staaten) geben sie den Menschen einen angeblichen Grund für ihre Situation. Gleichzeitig unterstützen sie aber die neoliberale Wirtschaftspolitik auf nationaler wie auf EU-Ebene. Ein „Mehr an Europa“ bedeutet in der jetzigen politischen Situation mehr Sicherheitspolitik, Militärunion, verstärkte Wettbewerbspolitik und neoliberale Vertiefung.

Das alles hilft den Rechten. Erstens verstärkt es die Ursachen, warum die Menschen sich ihnen zuwenden. Und zweitens verschiebt es die Debatte in ihrem Interesse – hin zu Themen wie Abschottung, Schuldzuweisen und Militarisierung.

### Müssen wir die EU nicht gegen die Rechten verteidigen?

Nur, weil die Rechten die EU ablehnen, ist sie noch lange nicht gut. Die EU ist in ihren Grundsätzen neoliberal. Wer die EU gegen Angriffe von den Rechten verteidigt, verteidigt somit in erster Linie eine neoliberale Wirtschaftsunion. Natürlich müssen wir uns rechten Argumenten entgegenstellen. Dabei sollten wir aber nicht blind die EU in Schutz nehmen, sondern uns differenziert mit den Argumenten auseinandersetzen und unsere eigene Position und Ideen in den Vordergrund stellen. Zudem haben sich die Rechten längst mit der EU arrangiert. Sie nutzen sie strategisch für ihre Interessen. Die EU steht dem Aufstieg der Rechten nicht im Weg, sondern begünstigt ihn sogar. Wir sollten sie daher nicht blind verteidigen.

### Warum schadet uns die Kategorisierung „pro- vs. anti-europäisch“?

Der Begriff „pro-europäisch“ wird als Kampfbegriff genutzt, um sich als fortschrittlich, aufgeklärt und pazifistisch zu inszenieren. Im Kontrast dazu wollen „Anti-EuropäerInnen“ die nationale Souveränität zurückerobern. Die EU und die Nationalstaaten werden als Gegensätze dargestellt. Dabei sind beide

längst miteinander verwachsen. Die Regierungen stellen den Rat, das mächtigste Gremium der EU. Umgekehrt haben viele nationale Gesetze ihren Ursprung auf EU-Ebene. In der Debatte um pro- vs. Anti-europäisch geht es vielmehr um den Kampf zwischen VerfechterInnen des Neoliberalismus und des Nationalismus.

Wenn wir uns in dieser Auseinandersetzung zwischen „Pro-“ und „Anti-EuropäerInnen“ auf eine Seite schlagen, können wir also nur verlieren! Wir müssen diese irreführenden und lähmenden Kategorien überwinden – einerseits, weil sie nicht stimmen und andererseits, weil sie für unsere Position keinen Platz bieten. Stattdessen sollten wir unsere eigenen Themen in den Vordergrund stellen, zum Beispiel indem wir Verteilungsfragen stellen oder aufzeigen, wie Reiche und Konzerne von der aktuellen EU-Politik profitierten.

### Wie kommen wir aus dem „gegen die EU sein heißt nationalistisch sein“ raus?

Wer Kritik an der EU übt, wird schnell als NationalistIn diffamiert. Das müssen wir aufbrechen. Fundamentale Kritik an der EU muss nicht nationalistisch sein, sondern ist aus fortschrittlicher Perspektive angesichts der EU und ihrer Politiken sehr wichtig. Unter anderem schaffen wir das, indem wir die falsche Zweiteilung von „pro-“ vs. „anti-europäisch“ aufbrechen. Um mit Menschen, die andere Positionen vertreten, ins Gespräch zu kommen, sollten wir ihre Standpunkte hören. Gleichzeitig muss unser eigenes Ziel, das gute Leben für alle, in unserer Argumentation eine zentrale Rolle spielen.

In Diskussionen hilft es, wenn wir unsere Kritik an der EU ruhig und differenziert angesichts konkreter Politiken und Beispiele erklären. Wenn es uns gelingt aufzuzeigen, wer von den aktuellen Strukturen profitiert und wessen Interessen umgesetzt werden, wer die AkteurInnen sind, können wir differenziert diskutieren und darlegen, warum unsere Kritik an der EU progressiv und nicht nationalistisch begründet ist. So kommen wir aus dem populistischen Diskurs zwischen „pro- vs. anti-europäisch“ heraus und schaffen Aufmerksamkeit für unseren Standpunkt.

### Warum ist es für Österreich nicht sinnvoll aus der EU auszutreten?

Ein Austritt wäre in der jetzigen politischen Lage wenig erfolgversprechend. Aus dem über die EU-Ebene durchgesetzten Neoliberalismus lässt sich nicht einfach austreten, denn große Teile der entsprechenden Regeln wurden in nationales Recht übernommen. Auch die starke Verflechtung der österreichischen Wirtschaft mit anderen EU-Staaten würde einen Austritt stark erschweren. Die Mindestvoraussetzung, um all das zu bewältigen, wäre eine Übermacht fortschrittlicher Kräfte in Politik und Gesellschaft. Davon sind wir weit entfernt. Wahrscheinlicher ist, dass ein Austritt Nationalismus und Rassismus stärken würde, wie das in Großbritannien der Fall war. Dennoch sollten wir den Austritt entdämonisieren. In anderen Staaten, unter anderen Bedingungen, kann er eine sinnvolle politische Option sein.

*(Auszüge aus einem Rundbrief an die Mitglieder von Attac Österreich)*

# Konferenz ¡No pasarán! gegen Rechtsextremismus in London am 2. März 2019

## Aus der Einladung:

Eine extremrechts gerichtete Dominanz der europäischen Politik würde für Millionen von Menschen auf dem gesamten Kontinent eine Katastrophe bedeuten. Wir rufen alle linken und progressiven Kräfte aus ganz Europa auf, nach London zu dieser Konferenz zu kommen. Unser Ziel ist es, zusammenzuarbeiten, zu analysieren und Strategien zu entwickeln, um den Rechtsextremismus entgegenzuwirken, um tragfähige politische Alternativen zu fördern und eine wirksame Reaktion zu koordinieren.  
*Einladungstext auf [Deutsch](#)*

Organisiert von Transform UK

Unterstützt von Trades Union Congress (TUC), European Trade Union Confederation (eTUC), Momentum, Global Justice Now, Stand up to Racism, Muslim Association of Britain, Another Europe is Possible, European Left Party, DiEM 25 UK, Transform Europe Network, SUD (France), Stop the War Coalition, Day-Mer, Espaces Marx, The Monitoring Project, Greece Solidarity Campaign, Francis Boutle Publishers, Haymarket Books, Bertrand Russell Peace Foundation, Pluto Press, Jewish Socialist Group, Care4Calais, Italians United against Fascism, Jewish Voice for Labour, Institute of Race Relations, and others.

## Kurze Auszüge aus einem längeren Bericht:

### **Ken Loach (Filmemacher)**

„Die Austeritätspolitik hat bei Millionen von Menschen zu einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit geführt. Die Medien tun alles, was sie können, um die Schuld für alle Probleme der Gesellschaft auf die Ärmsten und Schwächsten zu schieben. In diesem Zusammenhang kann die extreme Rechte gedeihen.“

*Materialien der Projekt Gruppe Europa von Attac Deutschland) über die Europa-Konferenz in Kassel (Okt. 2018), die aktuelle Entwicklung in Europa, die Wahlen zum Europäischen Parlament:*

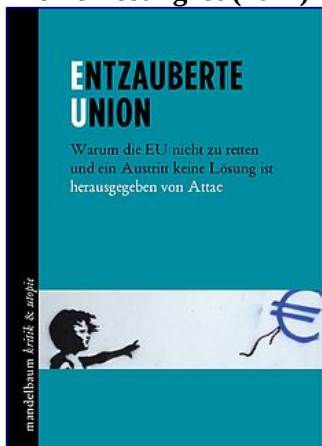
<https://www.attac.de/kampagnen/europa/startseite/>

## **Attac Deutschland: Ein anderes Europa ist möglich und nötig!**

... friedlich, demokratisch, sozial, ökologisch, geschlechtergerecht! [Erklärung](#) anlässlich der Europawahlen 2019

### Attac Österreich

**Entzauberte Union. Warum die EU Nicht zu retten ist und ein Austritt keine Lösung ist (2017)**



[Der Sammelband macht unsere Kritik an der Europäischen Union deutlich, zeigt aber auch Veränderungsperspektiven auf.](#)

### Hermann Mahler/Andreas Fisahn/ Peter Wahl/T. Eberhardt-Köster

**EU in der Krise. Hintergründe, Ursachen, Alternativen**



Inhalt und Leseprobe:  
[www.vsa-verlag.de-AttacBasisTexte54-Mahler-ua-EU-in-der-Krise.pdf489K](http://www.vsa-verlag.de-AttacBasisTexte54-Mahler-ua-EU-in-der-Krise.pdf489K)

### Frank Bsirske/Klaus Dörre/Jeanne Chevalier/Andrea Ypsilanti u.a.

**Ein anderes Europa ist möglich. Demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch**



*Herausgegeben von Attac Deutschland  
Der Band enthält Beiträge und Analysen zu den Themen des Europa-Kongresses im Oktober 2018*